

(Beginn: 15.44 Uhr – Ende: 21.44 Uhr)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 50. Sitzung des Rates der Stadt Köln in der Wahlperiode 2004/2009 und begrüße insbesondere unsere Gäste auf der Zuschauertribüne, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse, die Bezirksbürgermeisterinnen und Bezirksbürgermeister sowie alle Mitglieder des Rates.

Nach den mir vorliegenden Meldungen sind heute entschuldigt: Frau Holländer, Frau Manderla, Frau Dr. Müller, Herr Bartsch, Herr Dr. Paul, Herr Köhler und Herr Simons.

Als Stimmzähler für heute benenne ich Herrn Möring, Herrn Walter und Herrn Wolter.

Bevor wir nun mit den Beratungen beginnen, müssen wir wie üblich die heutige Tagesordnung festlegen. Der Entwurf liegt Ihnen vor. Die nachträglichen Zu- beziehungsweise Absetzungen sind im Entwurf gesondert gekennzeichnet. Die nachträglich eingegangenen Änderungsanträge finden Sie bei den jeweiligen Tagesordnungspunkten aufgeführt.

Unter Punkt 01 der Tagesordnung ist eine Aktuelle Stunde der Fraktion pro Köln zum Thema „Anti-Islamisierungskongreß der Bürgerbewegung pro Köln vom 8. bis zum 10. Mai 2009“ aufgeführt. Unsere Geschäftsordnung schreibt in § 5 Abs. 3 unter anderem vor, dass der Antrag zur Durchführung einer Aktuellen Stunde den Fraktionen am Tag vor der Ratssitzung zugegangen sein muss. Das ist hier nicht erfolgt. Einer Fraktion wurde dieser Antrag nicht zugesandt. Wegen dieses Verstoßes gegen die Geschäftsordnung sollte die Aktuelle Stunde nicht durchgeführt werden.

Die Verwaltung schlägt die Zusetzung einer Reihe von Punkten vor, die ich Ihnen jetzt verlesen werde: 1.1, 3.2, 4.4.1 und 4.4.2, 9.2.3, 9.2.4, 9.2.5 und 9.2.7, 16.4, 16.5, 16.6, 16.7, 16.8, im nichtöffentlichen Teil die Punkte 23.2, 23.3 sowie 24.5, 24.6 und 24.7.

Abgesetzt wurden die Tagesordnungspunkte 5.2.2, 9.2.0 und 9.2.1 sowie die Vorlage zu 9.2.6, im nichtöffentlichen Teil die Vorlage zu 23.1.

Gibt es zu den Zu- und Absetzungen Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gibt es weitere Fragen zur Tagesordnung? - Das ist

auch nicht der Fall. Dann lasse ich über die Änderungsvorschläge zur Tagesordnung abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Dann ist die Tagesordnung so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 1 auf:

1. Annahme von Schenkungen / Vermächnissen / Erbschaften

Lassen Sie mich zunächst an unsere Ratssitzung vom 25. September letzten Jahres erinnern. Damals hatten wir hier beschlossen, dass der Rat der Stadt Köln mit Dank das Schenkungsangebot zur Errichtung eines Erweiterungsbaus für das Kölnische Stadtmuseum und der Projektsteuerung und Leitung der anstehenden Sanierung des Gebäudealtbestandes annimmt und die Verwaltung mit dem Abschluss des Schenkungsvertrages beauftragt. Gleichzeitig sollten die notwendigen verkehrstechnischen Untersuchungen hinsichtlich der Möglichkeiten zur Umgestaltung der Zeughausstraße in eine Fußgängerzone mit eingeschränkter Verkehrsnutzung und deren Finanzierbarkeit durchgeführt und dem Rat hiernach ein Beschlussvorschlag unterbreitet werden.

Meine Damen und Herren, wie Sie schon am Wochenende der Presse entnehmen konnten, ist es nach einer zuletzt sehr erfreulichen Entwicklung gelungen, den Weg freizumachen für einen Erweiterungsbau des Kölnischen Stadtmuseums, und zwar dank des Schenkungsangebotes einer Stiftung für eine Stärkung des Kulturstandortes Köln. Zur Einigung kam es am vergangenen Donnerstag in der Abschlusssitzung des im Schenkungsvertrag vereinbarten Workshop-Verfahrens.

Ursprünglich hatte die Stiftung der Stadt die Errichtung eines Erweiterungsbaus des Kölnischen Stadtmuseums nach einem Entwurf des Kölner Architekten Hanspeter Kottmaier angeboten. Der Workshop hatte nun die Aufgabe, einen eingeschränkten Architektenwettbewerb im Rahmen einer Mehrfachbeauftragung auf der Grundlage der Voruntersuchungen des Büros Kottmaier durchzuführen und über fünf Entwürfe nationaler und internationaler Architekten zu beraten. An dem moderierten Workshop waren Vertreter der Stiftung, des Rates, des Gestaltungsbeirates und der Verwaltung stimmberechtigt beteiligt.

Die Erweiterung des Kölnischen Stadtmuseums erfolgt nun nach dem von dieser

Empfehlungskommission einstimmig ausgewählten Vorentwurf des Berliner Architektenbüros raumzeit. Zur Durchführung der weiteren Planungen für den Neubau und die Sanierung der Bestandsbauten bilden die Architekten aus Berlin eine Arbeitsgemeinschaft mit dem Kölner Architekturbüro Kottmaier.

(Beifall bei der SPD)

Es wird nicht nur ein Anbau, ein neues Gebäude, das später mit dem Zeughaus und der Alten Wache ein interessantes und, wie ich finde, gelungenes Ensemble bilden wird, realisiert; auch die Bestandsgebäude werden saniert und konzeptionell überarbeitet. In der Geschichte unseres Stadtmuseums wird also in vielerlei Hinsicht eine neue Epoche beginnen.

Die Baumaßnahme soll noch in diesem Jahr begonnen werden. Wir gehen von einer drei- bis vierjährigen Bauzeit aus. Gleichzeitig hat sich die Stadt verpflichtet, im Zuge der Baumaßnahmen das Museumsumfeld städtebaulich qualitativ neu zu gestalten. Hierzu gehört insbesondere eine eingeschränkte Verkehrsnutzung im Bereich der Zeughausstraße. Auch dies wird dem Haus - da bin ich sicher - guttun.

Meine Damen und Herren, damit sind die im Ratsbeschluss vom 25. September 2008 über die Annahme der Schenkung formulierten Auflagen hinsichtlich der architektonischen Gestaltung des Anbaus für das Kölnische Stadtmuseum erfüllt. Wir werden schon bald die notarielle Beurkundung der Schenkung vollziehen können.

Im Namen von Rat und Verwaltung und auch im Namen der Kölner Bürgerschaft danke ich der Stiftung für ihren Langmut, ihre Kooperationsbereitschaft und vor allen Dingen für ihre Großzügigkeit. Ihr Engagement ist Ausdruck einer lebendigen bürgerlichen Stiftungstradition in unserer Stadt, einer Tradition, der wir die Vielfalt der Kölner Museumslandschaft und den Reichtum ihrer Sammlungsschätze verdanken. Das Kölnische Stadtmuseum erhält damit die einmalige Chance, sich innerlich neu zu positionieren, sein Profil zu schärfen und als kultureller Glanzpunkt nachhaltig zu strahlen. Der Name der Stiftung wird nach notarieller Beurkundung des Schenkungsvertrages bekannt gemacht. Ich möchte im Namen von Rat und Verwaltung allen Beteiligten noch einmal herzlich Danke sagen.

(Beifall bei der SPD sowie von
Teilen der FDP)

Frau Moritz, bitte.

Barbara Moritz (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Auch wenn wir sehr zufrieden sind mit dem Ergebnis, möchte ich hier noch einmal festhalten, dass Sie eine Presseerklärung veröffentlicht haben, die nicht ganz korrekt ist. Ich unterstelle einmal, dass das ein Fehler ist, und möchte das hier richtigstellen. Sie schreiben nämlich in Ihrer Presseerklärung, der Rat habe im September die Schenkung einstimmig angenommen. Dem ist nachweislich des Protokolls nicht so. Ich bitte, das in den Unterlagen zu korrigieren.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Ich weiß gar nicht, ob wir „einstimmig“ geschrieben haben.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/
Die Grünen]: Ich habe es ja hier liegen!)

- Das muss ich nachschauen. Wenn dem so sein sollte, wird das natürlich korrigiert.

Ich rufe nun Tagesordnungspunkt 1.1 auf:

**1.1 Schenkung zur Ergänzung des Ratssilbers der Stadt Köln
Jeweils Stiftung eines Bechers und eines Brotellers**

- durch die Firma MCM Klosterfrau Betriebsgesellschaft mbH, Herrn Friedrich Neukirch,
- durch die Firma HDI-Gerling Lebensversicherung AG, Herrn Dr. Hans Löffler,
- durch das Bankhaus Delbrück Bethmann Maffei AG, Herrn Matthias Wesseling
1721/2009

Im Namen von Rat und Verwaltung möchte ich auch diesen Spendern ein herzliches Dankeschön sagen und Sie fragen, ob Sie damit einverstanden sind, dass diese Stiftung angenommen wird. Gibt es Gegenstimmen? - Gegen einige Grüne. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das mit großer Mehrheit so angenommen.

(Beifall bei Teilen der SPD
und der FDP)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 2 auf:

2. Anträge des Rates / Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen

2.1 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Zu Tagesordnungspunkt 2.1.1:

2.1.1 Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend „Erhalt des Bahnhof Köln-Mülheim für Regionalzüge bzw. als Halt für den Rhein-Ruhr-Express (RRX)“ AN/0619/2009

Für die antragstellenden Fraktionen haben sich Herr Ciesla-Baier und Frau Tull zu Wort gemeldet. - Bitte schön, Herr Ciesla-Baier.

Dietmar Ciesla-Baier (SPD): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Keine Frage, der Rhein-Ruhr-Express wird ein wichtiges Angebot, um den Nahverkehr in Nordrhein-Westfalen zu ergänzen. Dass aber nach jetzigem Planungsstand der Haltepunkt Köln-Mülheim nach wie vor keine Berücksichtigung findet, ist völlig unverständlich. Der Mülheimer Bahnhof ist für das rechtsrheinische Köln von besonderer Bedeutung und im letzten Jahrzehnt mit erheblichem Einsatz von öffentlichen Mitteln zu einem bedeutsamen innerstädtischen und regionalen Verknüpfungspunkt in der Metropole Köln ertüchtigt worden.

(Beifall bei Teilen der SPD)

Es bestehen hervorragende Umsteigemöglichkeiten zwischen elf ÖPNV-Linien. Die Regionalexpresslinien der Achse Köln-Düsseldorf halten hier in einem 20-beziehungsweise 40-Minuten-Takt.

Nach Ersatz der Regionalexpresslinien durch das RRX-System gäbe es Köln-Mülheim keinen Regionalverkehr mehr von und nach Düsseldorf. Dies wäre eine massive Angebotsverschlechterung nicht nur für Köln-Mülheim selbst, sondern auch für den gesamten nördlichen rechtsrheinischen Bereich der Stadt Köln und für die Fahrgäste aus Bergisch Gladbach. Die S-Bahn mit ihrer höheren Haltestellendichte und der damit einhergehenden längeren Fahrzeit von 42 Minuten für die Strecke Köln-Mülheim-Düsseldorf kann kein adäquater Ersatz für den Regionalexpress, der eine Fahrzeit von nur 22 Minuten hat, sein.

Mit dem Wegfall der Anbindung an den Regionalverkehr würde ein Siedlungsraum mit mehr als 250 000 Einwohnern erheblich benachteiligt. Üblicherweise werden bei der Planung neuer ÖPNV-Angebote neben reinen Nachfragezahlen auch Verknüpfungspunktfunktionen als wesentliche Kriterien in eine Haltepunktentscheidung einbezogen. Derartige Erwägungen sind hier nicht zu erkennen.

Wir fordern deshalb vom Land eine Planung des RRX, in der die Haltepunkte Köln-Mülheim und Leverkusen erhalten bleiben.

(Beifall bei Teilen der SPD und des Bündnisses 90/Die Grünen - Jörg Detjen [Die Linke.Köln]: Steht aber nicht in der Resolution!)

Ein derartiges Projekt macht nur Sinn, wenn es neue Fahrgäste gewinnt, nicht aber, wenn es vorhandene Fahrgäste von der Nutzung ausschließt, was zu erwarten ist, wenn die bisherigen Planungen des Landesverkehrsministers unverändert umgesetzt werden. Bemerkenswert ist auch, dass zum Beispiel zwischen Köln und Koblenz, aber auch zwischen Köln und Aachen alle bisherigen Halte vollumfänglich erhalten bleiben und mit teilweise hohen Investitionskosten auf RRX-Standard nachgerüstet werden.

Warum ist eine Einbeziehung von Köln-Mülheim in die RRX-Linie so wichtig? Betrachtet man die Ein- und Ausstiege in den Hauptverkehrszeiten, so nimmt man in den Spitzenzeiten Fahrgastbewegungen von bis zu knapp 100 Ein- und Ausstiegen je Zug in oder aus Richtung Düsseldorf wahr, die zukünftig entweder vom ÖPNV abwandern würden oder deutlich längere Umwegfahrten in Kauf nehmen müssten. Würde man eine Meinungsumfrage zum Wegfall des Haltes Köln-Mülheim unter diesen Fahrgäste machen, würde diese sicherlich ergeben, dass mit einem erheblichen Widerstand der Fahrgäste zu rechnen ist. Diese Umsteigebeziehungen werden wesentlich längere Fahrzeiten bewirken, weil davon auszugehen ist, dass es aufgrund von Verspätungen und dadurch verpasste Anschlüsse noch länger dauern wird als in den Fahrplänen ausgewiesen. Das wäre unzumutbar für die Fahrgäste.

Aufgrund der im Bereich von Köln-Mülheim noch moderaten Maximalgeschwindigkeit von 80 Kilometer pro Stunde ist der Fahrzeitverlust durch Abbremsen und Beschleunigen deutlich geringer als an anderen Stellen, wo sich die

Brems- und Beschleunigungsvorgänge jeweils von 160 Kilometer pro Stunde auf Null deutlich zeitaufwändiger gestalten.

Es ist davon auszugehen, dass durch eine pünktliche halbstündige Verbindung von und nach Düsseldorf in einem schnellen und modernen Verkehrsmittel ein zusätzliches Fahrgastaufkommen generiert werden kann, was zu einer Entlastung der chronisch überlasteten A 3 führen kann. Im Umkehrschluss ist davon auszugehen, dass der Fortfall eines dem jetzigen Regionalexpress entsprechenden schnellen Angebots zu einer Abwanderung von Fahrgästen und einer Verlagerung von Berufsverkehren auf die Straße führen wird.

(Beifall bei der SPD sowie von Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, auch die Gremien des Zweckverbandes Verkehrsverbund Rhein-Sieg und Nahverkehr Rheinland haben bereits dafür votiert, den Haltepunkt bestehen zu lassen.

Zum Schluss möchte ich noch auf die 41. Sitzung der Bezirksvertretung Mülheim am 16. März 2009 verweisen. Dort haben SPD-Fraktion und CDU-Fraktion gemeinsam beantragt, dass der Rhein-Ruhr-Express nach wie vor am Mülheimer Bahnhof halten muss. Dieser Antrag wurde einstimmig beschlossen. In diesem Sinne bitten wir um Zustimmung zu unserem gemeinsamen Antrag mit den Grünen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie von Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Herr Ciesla-Baier. - Für die Fraktion der Grünen Frau Tull, bitte.

Bettina Tull (Bündnis 90/Die Grünen): Lieber Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich fahre täglich die Strecke Köln-Düsseldorf mit dem Regionalexpress und kann aus eigener Anschauung sagen: Der Nahverkehr auf dieser Strecke ist am Ende - am Ende seiner Kapazität, am Ende des Komforts und am Ende bezüglich der Pünktlichkeit. Morgens bekommt man ab Köln-Mülheim selbst in der 1. Klasse keinen Sitzplatz mehr, ab Leverkusen quetschen sich die Menschen derart in die Züge, dass es zu Problemen mit den Türen führt. Bei Verspätungen im Fernverkehr hängt der Zug in

Leverkusen wegen Überholung fest. Fast täglich sind einzelne Türen defekt, die Toiletten funktionieren nicht, oder die Heizung ist kaputt. Beide Regionalexpresslinien auf dieser Strecke sind nicht vertaktet; das heißt, die Züge fahren innerhalb von 20 Minuten, dann dauert es 40 Minuten, bis der nächste kommt. Trotz all dieser Schrecklichkeiten steigt die Zahl der Nutzerinnen und Nutzer im ÖPNV auch auf dieser Strecke. Es ist deshalb dringendst notwendig, dass dort Verbesserungen in Angriff genommen werden.

In den Rhein-Ruhr-Express werden große Hoffnungen gesetzt. Ein Zug, der jede Viertelstunde fährt, mit neuem Wagenmaterial und deutlich mehr Kapazitäten klingt für die geplagten Bahnkundinnen und -kunden wie ein Märchen. Doch was nutzen diese Versprechungen, wenn ein Gutteil der heutigen Pendlerinnen und Pendler einfach abgehängt werden, weil sie diesen Zug entweder gar nicht oder nur durch Umsteigen erreichen können?

Köln-Mülheim ist kein kleiner Bahnhof. Er ist unter den Kölner Bahnhöfen nach dem Hauptbahnhof und Deutz der größte. Tausende von Menschen nutzen ihn täglich. Wenn Köln-Mülheim nicht angefahren wird, bringt der RRX für etwa 250 000 Einwohnerinnen und Einwohner im nördlichen rechtsrheinischen Bereich eine massive Verschlechterung des ÖPNV-Angebots mit sich. Schließlich ist gerade Mülheim zu einem der Hauptverknüpfungspunkte ausgebaut worden. Dort finden sich drei Stadtbahnlinien, zwei S-Bahn-Linien und zwei innerstädtische Buslinien, ganz zu schweigen von den jetzigen Regionalexpresslinien, die dann quasi ersatzlos wegfallen würden. Das kann nicht sein, liebe Kolleginnen und Kollegen. Da muss noch einmal neu geplant werden und, falls notwendig, entsprechendes Geld in die Hand genommen werden.

Die völlig unsinnigen Planungen zum Metrorapid haben damals massiv Finanzmittel verschlungen, ohne dass dabei etwas Nutzbringendes herausgekommen ist. Deshalb wäre es jetzt an der Zeit, die Schieneninfrastruktur komplett auszubauen, die Engpässe zu beseitigen und die Menschen da abzuholen, wo sie stehen, nämlich am Bahnhof in Köln-Mülheim und Leverkusen. - Danke.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen sowie von Teilen der SPD)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Frau Tull. - Für die CDU-Fraktion Herr Möring, bitte.

Karsten Möring (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Den Ausführungen meines Vorredners und meiner Vorrednerin stimme ich gerne zu. Gleichwohl gibt dieser Antrag Anlass zu verschiedener Verwunderung.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Verschiedener was?)

- Verschiedener Verwunderung. Ich bin wohl zu groß für die Mikros.

(Der Redner bezieht sich auf seinen großen Abstand zum Mikrofon - Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Dem stimmen wir zu!)

- Danke. Das ist selten.

Anlass zu Verwunderung gibt zweierlei: Zum einen hatte Herr Ciesla-Baier hier erwähnt, dass der NVR bereits über eine entsprechende Resolution abgestimmt hat. Er hat ihr mit sehr großer Mehrheit zugestimmt; aus Leverkusen gab es Vorbehalte. Allerdings hat er dabei unterschlagen zu sagen, dass der entsprechende Antrag von der CDU-Fraktion gestellt worden ist. Wenn man diesen hier schon weitestgehend abkupfert, wäre es die Sache durchaus wert gewesen, einmal anzufragen, ob man daraus vielleicht einen gemeinsamen Antrag formulieren könnte. Denn die Rettung des Haltepunktes Mülheim ist per se kein rot-grünes Projekt, sondern das betrifft in der Tat uns alle.

(Beifall bei der CDU sowie von Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen])

Deshalb werden wir trotz unserer Verwunderung diesem Antrag auch zustimmen.

Der Verwunderung zweiter Teil: Wenn das der einzige Antrag ist, mit dem Rot-Grün heute in dieser Ratssitzung hier auftritt, stellt sich die daran anknüpfende Frage von selbst.

(Ralph Sterck [FDP]: Das verwundert mich aber nicht, Herr Kollege! - Ossi Helling [Bündnis 90/Die Grünen]: Die Masse der CDU-Anträge macht es aber auch nicht! - Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Lieber keinen als so schwache CDU-Anträge! - Angela Spizig

[Bündnis 90/Die Grünen]: Klasse statt Masse!)

- Ich werde die Zwischenrufe später im Protokoll genau nachlesen.

Zurück zur Sache selbst. Wir werden also dem Antrag zustimmen, erheben aber Urheberrechtsansprüche.

(Jochen Ott [SPD]: Das war ein wegweisender Redebeitrag, Herr Kollege! Mehr davon! - Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Vor jeder Ratssitzung vor der Wahl gibt es Urheberansprüche!)

Gleichwohl möchte ich darauf hinweisen, dass unser Eintreten für Mülheim auf sehr heftige Gegenwehr stoßen wird und wir uns mit sehr heftigen Gegenargumenten auseinandersetzen müssen. Das ändert jedoch nichts an unserem Engagement für den Einbezug des Haltepunktes Mülheim.

Die Grünen haben im Landtag einen Antrag gestellt, auch die Haltepunkte Wattenscheid und Benrath mit einzubeziehen. Damit führt die ganze Diskussion zu der Frage: Ist das eine Expresslinie, und, wenn ja, wie oft soll diese halten? Das ist die Abwägungsfrage.

Wir haben in unseren damaligen Antrag ausdrücklich den Haltepunkt Leverkusen mit aufgenommen, weil für uns der regionale Aspekt wichtig ist. Ich bin dankbar, dass SPD und Grüne das ebenfalls in ihrem Antrag aufführen. Es darf bei dieser Auseinandersetzung natürlich nicht darum gehen, dass der eine auf Kosten des anderen gewinnt. Wir wollen, dass beide gewinnen. Das wird schon schwierig genug.

Wir können auch nicht mit den Nachteilen, die das für Mülheim bringen würde, argumentieren. Vielmehr müssen wir die Vorzüge, die ein Haltepunkt Mülheim bringen würde, in den Vordergrund unserer Argumentation stellen. Nach Lage der Dinge sind das in der Tat der große Einzugsbereich, die Investitionen, die in Mülheim schon getätigt worden sind, sowie der wachsende Nahverkehr zwischen Köln und Düsseldorf, auch wenn es mir schwerfällt, zu sagen: Die Leute wollen alle nach Düsseldorf. Aber sie wollen ja auch alle wieder von Düsseldorf nach Köln zurück. Insofern gleicht sich das dann wieder aus.

Wir wollen mit allen Kräften dafür eintreten, dass der Haltepunkt Mülheim in das RRX-Konzept eingefügt wird. Über die Sache ist ja auch noch

lange nicht entschieden. Nach unseren Informationen wäre man mit dem Betriebskonzept des RRX, das derzeit in Vorbereitung ist, sehr wohl in der Lage, diesen Haltepunkt aufzunehmen. Ob das auch für mehrere andere gilt, weiß ich nicht; aber für diesen Raum hier dürfte das gelten.

Wir haben im Nahverkehr Rheinland und im VRS die Geschäftsführung beauftragt, eine eigene Überprüfung dieses Betriebskonzeptes vorzunehmen und entsprechende Vorschläge an das Land zu richten. Denn nur wenn wir nachweisen können, dass es zum einen funktioniert und zum anderen bezahlbar ist, haben wir eine Chance. Ich denke, wir haben diese Chance. Deswegen sollten wir heute mit großer Mehrheit beschließen, dass wir diese Forderung auch an das Land richten, so wie es im Antragstext vorgeschlagen wird. - Danke.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Herr Möring. - Frau Kirchmeyer für die FDP, bitte.

Christtraut Kirchmeyer (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Kurz nachdem der damalige Ministerpräsident Peer Steinbrück den Metrorapid aus Kostengründen im Jahr 2003 eingestellt hat, wurde der Rhein-Ruhr-Express geboren. Dieser befindet sich zurzeit in der Vorentwurfsplanung. Wer weiß, was das heißt, weiß auch, wie lange es noch dauern kann. Die Rede ist von einem Baubeginn 2015 oder gar erst 2020; denn die Zuständigen - Bund und die DB AG - kommen einfach nicht in die Gänge.

Trotz dieser Vorentwurfsplanung weiß man heute schon, was wegfallen soll und was nicht, wo gehalten werden soll und wo nicht. Da die Regionalexpresslinien nach Einführung des RRX wegfallen werden und offenbar auch die Aufgabenträger vor Ort nicht so schnell sind, ist es richtig, jetzt zu fordern, den Halt in Köln-Mülheim in die Planung mit einzubringen.

Das ändert natürlich nichts an dem heutigen Zustand. Frau Tull hat hier geschildert,

(Zuruf von Bettina Tull [Bündnis 90/
Die Grünen])

wie überfüllt die Regionalexpresszüge sind. Eigentlich wäre schon jetzt eine Änderung wünschenswert.

Der Bahnhof Mülheim - das hat Herr Ciesla-Baier auch schon ausgeführt - wurde kostenintensiv zu einem regionalen Verknüpfungspunkt ausgebaut. Mit sieben Gleisen ist er relativ groß. Wenn nicht jetzt, wann dann sollen wir auf einen Halt in Köln-Mülheim pochen? Wir laufen Gefahr, dass unser Anliegen in den Planungen später nicht berücksichtigt wird.

Wir werden dem Antrag zustimmen, obwohl wir der Meinung sind, dass die Stadt Leverkusen für sich selbst sprechen sollte. Leverkusen ist groß genug, die Bedenken selbst vorzutragen. Wenn hier jedoch die Auffassung besteht, dass wir das zusammen machen sollten, werden wir dem zustimmen, auch wenn wir in diesem Punkt anderer Meinung sind. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Frau Kirchmeyer. - Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Detjen.

Jörg Detjen (Die Linke.Köln): Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD und von den Grünen, ich finde Ihren Antrag so weit in Ordnung, aber er kommt etwas eingeschlafen herüber. Warum ist das so? Weil Sie in der Frage des Metrorapids jahrelang falsch aufgestellt waren. Deswegen mache ich Ihnen, meine Damen und Herren von der SPD und von den Grünen, einen Vorschlag: Lassen Sie uns doch einmal Verkehrsminister Tiefensee, der der SPD nahesteht, einladen zu einer Veranstaltung vor Ort, in Mülheim; wir befinden uns ja im Wahlkampf. Dann kann man dort dieses Thema intensiv diskutieren. Ich finde, das wäre ein bisschen praktischer und prickelnder als das, was Sie hier vorschlagen, nämlich eine Pflichtresolution zu verabschieden; denn daraufhin wird überhaupt nichts passieren. Das wird uns nicht weiterbringen.

(Jochen Ott [SPD]: Quatsch!)

Lassen Sie uns vor Ort mit dem Verkehrsminister und dem Chef der Deutschen Bahn über diese Vorschläge und unser Anliegen diskutieren. Dann würden wir konkrete Aussagen erhalten und könnten dieses Thema vorantreiben. Ihr Antrag, eine Resolution zu verabschieden und diese nach Berlin zu schicken, bringt uns meines

Erachtens nicht viel weiter und würde lediglich unsere Pflicht erfüllen.

(Jochen Ott [SPD]: Lies doch mal nach!
Dann weißt du, um was es geht!)

Wenn wir nur so tun, als seien wir dafür, kommt das bei unseren Wählerinnen und Wählern genau verkehrt an. So zeigen wir in der Sache kein Engagement. Ein Engagement wünsche ich mir aber. Machen wir von der Linken, der SPD und den Grünen eine gemeinsame Veranstaltung mit Herrn Verkehrsminister Tiefensee. Das wäre eine interessante Sache. - Danke schön.

(Beifall bei der Linken.Köln - Jochen Ott [SPD]: Du hast gar nicht begriffen, um was es geht!)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich abstimmen. Gibt es Stimmen gegen diesen Antrag? - Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? - Auch keine. Dann ist das einstimmig so angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 2.1.2:

2.1.2 Antrag der CDU-Fraktion betreffend „Unterstützung des Ehrenamtes durch Einführung der Ehrenamtskarte NRW“ AN/0644/2009

Änderungs- bzw. Zusatzantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen AN/0828/2009

Zunächst spricht für die CDU-Fraktion Herr Granitzka.

Winrich Granitzka (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine sehr verehrten Damen und Herren Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Anerkennung und Unterstützung bürgerschaftlichen Engagements der Kölnerinnen und Kölner sind für die CDU-Fraktion, den Oberbürgermeister und gewiss den ganzen Rat eine Herzensangelegenheit und Ehrensache.

In Ihrem Antrag, meine Damen und Herren von Rot-Grün, heißt es - ich zitiere -:

Eine angemessene öffentliche Anerkennung und Würdigung bürgerschaftlichen Engagements ist

eine wesentliche Grundvoraussetzung für ein erfolgreiches Wirken in einem Gemeinwesen.

Dem können wir nur zustimmen.

In einer Reihe von Städten und Gemeinden unseres Landes, unter anderem in Mönchengladbach und Mülheim, ist die Ehrenamtskarte in der Zwischenzeit erfolgreich eingeführt worden; in Bonn steht die Einführung kurz bevor. Ich möchte dazu einen Kommentar aus der *Kölnischen Rundschau* vom 14. April zu unserem Antrag zitieren:

Viele tausend Menschen arbeiten meist weitgehend unbemerkt von der Öffentlichkeit für das Gemeinwohl. Ehrenamtler ersparen der Stadt Unmengen von Kosten. Das ist unstrittig. Im Gegenzug bekommen sie allenfalls einen warmen Händedruck. Insofern ist der Vorschlag der CDU zur Schaffung einer Ehrenamtskarte als Anerkennung, nicht als Vergütung eine gute Idee. Sie wäre sicherlich beflügelnd für Aktive und solche, die es noch werden wollen, und eigentlich ist ein kleines Dankeschön in diesem Fall ja auch Ehrensache.

Dem ist nicht viel hinzuzufügen.

Lassen Sie mich zum Änderungsantrag von SPD und Grünen zur Ehrenamtskarte Stellung nehmen, der ja unseren Antrag ganz offensichtlich nicht nur verändern, sondern ersetzen soll. Wir möchten einen einfacheren, effizienteren Weg gehen als Sie, und zwar in zwei Schritten, die ich hier noch einmal kurz beschreiben will:

Erstens. Die Verwaltung soll den nötigen Aufwand für die Ehrenamtskarte darstellen, und zwar personell und finanziell.

Zweitens. Die Verwaltung legt dem Rat ein Konzept zur Einführung der Karte unter Einbeziehung aller denkbaren Vergünstigungen öffentlicher und privater Träger vor. Ich füge hinzu: Die Suche nach Sponsoren ist hier ausdrücklich mitbedacht.

Meine Damen und Herren von Rot-Grün, während wir das Signal auf „Machen“ stellen wollen, möchten Sie zunächst einmal alles Mögliche prüfen lassen, bevor es vielleicht irgendwann ans Machen geht. Ich sage Ihnen: Würden unsere Menschen in Köln ihr Engagement für ihr Ehrenamt so lange prüfen,

wie Sie es in Ihrem Antrag formulieren, der Einsatz für das Gemeinwohl wäre mit Sicherheit nur halb so groß.

(Beifall bei der CDU)

Was soll zum Beispiel die Forderung, in zeitlichen Abständen zu prüfen, ob die Menschen, die sich engagieren, ausdrücklich gewürdigt werden? Denken Sie an eine Art von Ehrenamts-TÜV, oder wie soll das vonstatten gehen?

Gewiss, es gibt in Köln vielseitige Formen der Anerkennung wie zum Beispiel den Ehrenamtstag und den Ehrenamtspreis. Es gibt das Kölner Netzwerk Bürgerengagement sowie das Projekt StadtAktiv. Es gibt auch schon punktuell Unterstützung von Ehrenamtlern. Ich denke, hier wird jeder unserem Oberbürgermeister bescheinigen, dass er eine hervorragende Arbeit geleistet hat.

(Beifall bei der CDU)

Die Kommunalstelle zur Anerkennung und Förderung bürgerschaftlichen Engagements, angesiedelt im Amt des Oberbürgermeisters, koordiniert all diese Dinge. Uns geht es jedoch um die Erfassung des Großen und Ganzen, unabhängig von der Anbindung an Einzelinitiativen, die sich um ihre Freiwilligen jeweils schon kümmern.

Meine Damen und Herren, mir bleibt nur der nochmalige Appell: Lassen Sie uns unser avisiertes Ziel auf geradem Wege erreichen, ohne die Menschen, die wir dorthin mitnehmen wollen, durch unser Zögern, Zaudern und Prüfen zu verunsichern. Die gute Sache verlangt Anerkennung, und zwar jetzt. Deshalb bitte ich Sie sehr herzlich und nachdrücklich: Stimmen Sie unserem Antrag zu! - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Herr Granitzka. - Für die SPD Herr Kluth, bitte.

Walter Kluth (SPD): Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren! Nach Schätzungen der Stadtverwaltung gibt es in unserer Stadt circa 200 000 Menschen, die sich in Vereinen und Einrichtungen in verschiedenster Form ehrenamtlich betätigen. Die Förderung des ehrenamtlichen Engagements hat bei uns eine

lange Tradition. Seit Jahrzehnten werden Vereine, Organisationen und aktive Gruppen in Köln in ihrer Arbeit für Jugend-, Sozial- und Sportaktivitäten von der Stadt mit Zuschüssen in Millionenhöhe unterstützt. Im Rahmen der Steuergruppe des Kölner Netzwerkes Bürgerengagement arbeiten seit Jahren die Kommunalstelle zur Anerkennung und Förderung bürgerschaftlichen Engagements FABE, der Kölner Arbeitskreis Bürgerschaftliches Engagement KABE sowie Wissenschaftler und Vertreter der Ratsfraktionen zusammen, um weitere ehrenamtliche Aktivitäten in Köln zu initiieren.

In dieser Steuergruppe haben wir auch mehrfach über die Einführung einer Ehrenamtskarte gesprochen, die, ähnlich wie der Köln-Pass, finanzielle Vergünstigungen bei öffentlichen und privaten Trägern vorsieht. Nach längerer Überlegung sind wir zu dem Ergebnis gekommen, keine kostenintensiven Vergünstigungen von der Stadt zu fordern, sondern stattdessen neben den schon bestehenden weiteren Anerkennungsformen zu suchen. Während man beim Köln-Pass davon ausgehen konnte, dass eine finanzielle Vergünstigung bei den Einrichtungen und privaten Anbietern zu weiterer Nachfrage führt - siehe zum Beispiel die steigende Besucherzahl bei den Bädern -, würde eine Eintrittspreisvergünstigung für weitere bis zu 200 000 Berechtigte zu erheblichen Einnahmeausfällen führen. Dies wäre gerade auch für die nahe Zukunft, in der mit erheblichen Steuermindereinnahmen zu rechnen ist, nicht akzeptabel. Daher stehen wir dem Konzept der Ehrenamtskarte, so wie sie jetzt angedacht ist, eher skeptisch gegenüber. Wenn sich das Land jedoch finanziell beteiligte und keine großen finanziellen Belastungen für die Stadt damit verbunden wären, hätten wir selbstverständlich keine großen Probleme mit der Einführung der Ehrenamtskarte.

SPD und Grüne schlagen daher mit ihrem Änderungsantrag eine Reihe von Prüfanträgen zur Verbesserung der Förderung des ehrenamtlichen Engagements vor. Wir würden uns freuen, wenn Sie unserem Antrag zustimmten. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Herr Kluth. - Herr Helling für die Grünen, bitte,

Ossi Helling (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Wie eben schon gehört, haben wir in Köln über 200 000 Ehrenamtler. Die Idee der CDU sieht vor, diesen über 200 000 ehrenamtlich tätigen Menschen eine Ehrenamtskarte zu verschaffen.

Schauen wir uns einmal die Vorgeschichte zur heutigen Ratsantragsstellung an: Wir haben eine Steuerungsgruppe Bürgerschaftliches Engagement, in der Wirtschaft, Fraktionen, Wissenschaft, Verbände und Verwaltung zusammenarbeiten. Kollege Kluth hat schon dargestellt, welche wichtigen Funktionen diese Steuerungsgruppe hat. Ihre Aufgabe ist, für diese über 200 000 Menschen die Bedingungen in der täglichen Praxis des Ehrenamts überprüfbar zu verbessern. Ihr kommt damit eine ähnliche Stellung zu wie den Leitbildgruppen, die wir einmal installiert hatten.

Allerdings müssen wir feststellen, dass trotz der Tatsache, dass wir dort zentrale strategische Fragen dauerhaft diskutieren, die CDU seit etlichen Jahren durch Abwesenheit in dieser Steuerungsgruppe glänzt. Herr Granitzka, das ist gerade kein Zeichen von Machen und Tun, wie Sie es hier heute dargestellt haben, sondern ein Zeichen von absolutem passivem ignorieren dieser Bewegung.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

In dieser Steuerungsgruppe ist das Thema Ehrenamtskarte Köln schon mehrfach diskutiert worden. Das haben Sie aber gar nicht mitbekommen. Sie haben offenbar nur einmal auf die Homepage Ihrer Landesregierung geschaut und dort gelesen - das ist relativ aktuell -, dass den Kommunen vorgeschlagen wird, kommunale Ehrenamtskarten einzuführen. Sie vergessen dabei jedoch, zu erwähnen, dass die Landesregierung den Kommunen diese Aufgabenerledigung nahelegt, sie aber für die Umsetzung dieser Vorgabe wieder einmal keinerlei materielle oder finanzielle Ressourcen zur Verfügung gestellt hat. Es wäre nur redlich von Ihnen gewesen, zu benennen, dass die Landesregierung, indem sie die Kosten erneut auf die Kommunen abwälzen will, der Förderung des Ehrenamts offenbar nur einen geringen Stellenwert beimisst. So weit zur Vorgeschichte und der Rolle der CDU dabei.

Wir in Köln haben bei der Förderung des Ehrenamts nicht geschlafen. Wir haben im Rat einstimmig das Netzwerk Bürgerschaftliches Engagement geschaffen. Wir haben seit Jahren auch Diskussionen geführt und Beschlüsse

gefasst - wir haben also gemacht und getan und nicht nur geplant -, um die uns andere Kommunen erheblich beneiden. Wir haben nicht nur die Steuerungsgruppe ins Leben gerufen, sondern wir fördern fünf Freiwilligenagenturen. - Herr Granitzka, die meisten anderen Städte, auch Großstädte, fördern *eine* Agentur, während hier bei uns in Köln die Vielfalt von *fünf* Agenturen gefördert wird. - Wir haben ein 40-Punkte-Handlungspaket im Rat verabschiedet, das dazu beitragen wird, dass die Bedingungen für Ehrenamtler in den nächsten fünf Jahren noch weiter verbessert werden. Wir haben Leitlinien für Träger formuliert, die mit Ehrenamtlern arbeiten. Wir haben Wirtschaftsbetriebe, die schon längst bereit sind, ihre Mitarbeiter tageweise freizustellen, damit diese ehrenamtlich in Köln arbeiten können. Wir haben eine eigene Homepage. Wir haben Fachtagungen in Köln. Wir haben Ehrenamtspreise. All diese Fakten belegen: Köln macht in dieser Hinsicht etwas. Wir müssen uns nicht verstecken hinter einer Ehrenamtskarte, wie sie jetzt in der einen oder anderen Stadt eingeführt wird.

Unser Antrag sieht vor, dass all das aufgelistet wird. Angesichts der Tatsache, dass wir die Förderung des Ehrenamts schon mit Hunderttausenden Euro bezuschussen, wollen wir prüfen lassen, ob eine solche Ehrenamtskarte vielleicht kostenneutral in Köln eingeführt werden kann. Kostenneutral heißt: Wir müssen prüfen, ob die Verwaltung diese Aufgabe ohne zusätzliches Personal bewältigen kann. Und wir müssen prüfen, inwieweit städtische Träger nicht erneut in finanzielle Vorleistung gehen müssen und ob zum Beispiel durch Aktionstage die Einführung der Karte möglichst kostenneutral beziehungsweise kostengünstig gestaltet werden kann. Das ist der Kern unseres Antrags. Das heißt: Wir wollen eine Ehrenamtskarte als Ergänzung, aber nicht, wenn sie mit horrenden finanziellen Belastungen verbunden ist. - Danke schön.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Herr Helling. - Für die FDP Herr Bürgermeister Wolf.

Manfred Wolf (FDP): Herr Oberbürgermeister! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, wir alle sind uns einig, dass wir noch etwas mehr für das Ehrenamt tun wollen. Aber wie die

vorgelegten Anträge und auch die vorgetragenen Reden zeigen, gibt es Plus- und Minuspunkte. Wir haben uns daher entschlossen, zunächst einmal abzuwarten, was uns die Verwaltung dazu vorlegt. Wir würden begrüßen, wenn sie bei der Erarbeitung der Vorlage beide Anträge zugrunde legte. Aufgrund der Vorlage der Verwaltung werden wir uns eine Meinung bilden und dann eine endgültige Entscheidung treffen. Wir werden uns daher bei dieser Abstimmung enthalten.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön. - Für die Fraktion pro Köln Herr Rouhs, bitte.

Manfred Rouhs (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich bin ganz fasziniert, wie konstruktiv, wenn auch kontrovers, Sie dieses schöne Thema, das hier vor zwei Jahren schon einmal auf der Tagesordnung stand, diskutieren können. Damals hatte die Fraktion pro Köln die Einführung einer Ehrenamtskarte beantragt. Wenn die CDU-Fraktion diese Sache ernst meinen würde, hätte sie bereits vor zwei Jahren dem Pro-Köln-Antrag zustimmen können. Wenn es im Rat eine Mehrheit dafür gegeben hätte, hätten wir bereits seit zwei Jahren die Ehrenamtskarte. Diese wurde in Nachbarkommunen, unter anderem in Neuss, bereits vor geraumer Zeit recht erfolgreich etabliert. Ich freue mich, hier wieder einmal feststellen zu können, dass meine Fraktion offenbar nicht nur der Zeit, sondern insbesondere auch Ihnen hier im Ratssaal ein ganzes Stück voraus ist.

Was ist passiert? Wir steuern auf die Kommunalwahl zu, und da fängt man allmählich auch bei der CDU an, vielleicht nicht gleich wach, aber zumindest nervös zu werden. Also überlegt man sich, welche konstruktiven Dinge man für die Leute beantragen kann. Wahrscheinlich hat irgendjemand in diesem Zusammenhang auch die alten Anträge von pro Köln durchgesehen

(Beifall bei pro Köln)

und, den pro-Köln-Effekt bedenkend, festgestellt: Das, was die damals beantragt haben, war ja gar nicht so dumm. Damals haben wir zwar kurzen Prozess gemacht und deren Antrag ohne jegliche Diskussion niedergestimmt, einfach nur, weil der Antrag von pro Köln eingebracht worden

ist. Aber jetzt geben wir Winrich Granitzka den Auftrag, von Bernd Schöppe, der seinerzeit die Idee dazu gehabt hatte, abzuschreiben und das als eigenen Antrag in den Rat neu einzubringen. - Nichts weiter als das, meine Damen und Herren, haben Sie hier getan. Nichtsdestotrotz ist der Antrag, wenn auch ein Plagiat, in der Sache richtig. Wir werden ihm deshalb zustimmen.

Eine Bemerkung sei mir an die Adresse von Roten und Grünen gestattet. Sie behaupten, das würde die Stadt in Unkosten stürzen. Ich sehe das nicht so. In dem Moment, in dem Sie eine Privilegierung des recht überschaubaren Personenkreises von Ehrenamtlern in dieser Stadt über diese Ehrenamtskarte etablieren, geben Sie diesem nur die Möglichkeit, öffentliche Leistungen in Anspruch zu nehmen. Ohne diese Ehrenamtskarte würden wahrscheinlich die meisten Ehrenamtler diese Leistungen gar nicht in Anspruch nehmen. Dass daraus definitiv Einnahmeausfälle für die Stadt entstehen werden, halte ich für extrem unwahrscheinlich. Im Gegenteil, es können sich auch Synergieeffekte ergeben, beispielsweise wenn diese privilegierte Minderheit den vielen Menschen, mit denen sie im Rahmen ihres Ehrenamtes zu tun haben, erzählen, wie schön und spannend es in den Kölner Museen ist. Vielleicht fühlt sich dann der eine oder andere motiviert, einmal mitzukommen oder diese auf eigene Faust zu besuchen und dafür ein paar Euro Eintritt zu bezahlen. Meine Damen und Herren von Rot-Grün, das, was Sie hier vorgetragen haben, ist eine Milchmädchenrechnung. Das ist der Versuch, einen guten und vernünftigen Antrag der Fraktion pro Köln schlechtzureden.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Zunächst werde ich über den Änderungsantrag abstimmen lassen. Dieser wird ja wahrscheinlich die Mehrheit bekommen. Ich hätte zwar gerne dem Antrag der CDU zugestimmt; denn ich denke, eine solche Ehrenamtskarte würde gut in unser Portfolio passen. Aber dieser Antrag wird wahrscheinlich gar nicht mehr zur Abstimmung kommen. Da Sie mit Ihrem Änderungsantrag der Verwaltung aber auch einen Prüfauftrag erteilen - damit bleibt das weiter im Bereich des Möglichen -, werde ich mich ebenso wie die FDP an dieser Stelle enthalten. Ich hoffe, dass wir,

wenn die Verwaltung die entsprechende Vorlage gemacht hat, vielleicht noch einmal auf das Thema zurückkommen.

Ich lasse jetzt über den Änderungsantrag von SPD und Grünen abstimmen. Wer dafür ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD, die Grünen, die Linke. Das ist die Mehrheit. Gegenstimmen? - Von pro Köln. Enthaltungen? - Bei der CDU-Fraktion, bei der FDP-Fraktion, bei Frau May, bei Herrn Dr. Müser und beim Oberbürgermeister.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 2.1.3 auf:

**2.1.3 Antrag der FDP-Fraktion betreffend
„Einrichtung eines Europabüros für
Köln und die Region in Brüssel“
AN/0723/2009**

**Änderungs- bzw. Zusatzantrag der SPD-
Fraktion und der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen
AN/0838/2009**

Herr Repgen, bitte.

Dietmar Repgen (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Klappern gehört zum Handwerk; das wissen wir alle. Ein Blick über den Tellerrand fördert manchmal ganz lehrreiche Eindrücke zutage. So haben wir, wie schon des Öfteren in der Vergangenheit, wieder einmal nach Süden, nach Stuttgart, geschaut. Vor nicht allzu langer Zeit haben wir uns hier darauf geeinigt, ein Modell aus Stuttgart zu übernehmen und es auch hier in Köln umzusetzen, nämlich das Haus des Jugendrechts. Auch im Hinblick auf die Europaarbeit lohnt es sich, nach Stuttgart und die umliegende Region zu schauen. Es gibt dort 2,7 Millionen Einwohner. Im Raum Stuttgart und Umgebung gibt es eine starke Wirtschaft und eine hohe Forschungsdichte. Wichtige Wirtschaftszweige in der Region sind der Fahrzeugbau, der Maschinenbau, die Informationstechnologie und die Medien.

Wenn man einen Augenblick darüber nachdenkt, können all diese Attribute nahezu deckungsgleich auch unserer Stadt und der Region rund um Köln zugeordnet werden. Wir finden in Köln einen Wirtschaftsraum vor. Köln als der Anker der Region hat 1 Million Einwohner; einschließlich der Region um Köln sind es etwa 3 Millionen Einwohner. In einem hat uns die Stadt Stuttgart und ihre Region aber etwas voraus: Sie sind nämlich seit 1994 auch

als Region verfasst. Anders als in Köln und Umgebung wird die Regionalversammlung dort direkt gewählt. Auch deshalb sind dort einige Entscheidungswege etwas schneller und effizienter.

Köln und seine Region arbeiten natürlich in vielfältiger Weise und zumeist auch sehr gut zusammen. Stellvertretend für die Interessen, die gebündelt werden können, möchte ich den Verein Region Köln/Bonn e. V. nennen. Aber wie in vielen Bereichen gilt auch hier: Köln kann mehr.

Wir glauben, dass ein Europabüro für Köln und die Region die Lobbyarbeit in Brüssel für unsere Stadt und die umliegenden Gemeinden entscheidend verbessern kann. Auf der Internetseite „Die Region Stuttgart in Europa“, mit der das Europabüro präsentiert wird, wird richtig betont - ich zitiere -:

Persönliche Kontakte sind entscheidend ... Nur mit der Kenntnis der relevanten Ansprechpartner lassen sich zur rechten Zeit die richtigen Dinge bewegen.

Das trifft den Kern des Ziels, das wir mit der Einrichtung des Europabüros für Köln in Brüssel verfolgen.

Was soll und muss ein derartiges Europabüro leisten? Wir haben unsere Vorstellungen in unserem Antrag dargelegt. Sie sind deckungsgleich mit den Vorstellungen der Region Stuttgart.

Die Interessenvertretung gegenüber der EU muss in einem Europa der Regionen selbstverständlich sein. Alle bisherigen Versuche, das auch in den EU-Verträgen entsprechend zu regeln, sind, wenn wir ehrlich sind, nicht so ganz gelungen. Deshalb ist eine lebendige Präsenz in Brüssel für die Region wichtig.

Bei Politik- und Fördermonitoring geht es vor allem darum, in das Förderdickicht, das wir vorfinden, ein bisschen Licht hineinzubringen. Es gibt vielfältige Möglichkeiten und Wege, auch Zuschüsse für die Region zu akquirieren. Das wird mit einem Büro vor Ort sicherlich besser gelingen.

Des Weiteren geht es um Projektberatung und -betreuung. Um das Thema „Europa in die Regionen holen“ in die Tat umzusetzen, also eine engere Verzahnung mit Europa zu erreichen, wirkt die Stadt Stuttgart mit Projekten

in die Region hinein. Selbsterklärend ist dafür die Präsentation der Regionen in Brüssel.

All das erfordert umfangreiche Vorbereitungen. Dazu muss man Gespräche mit den Kommunen in der Region führen - wir verstehen unter „Kommunen in der Region“ diejenigen Kommunen, die unmittelbar an Köln grenzen. Sicherlich müssen auch Gespräche mit der Landesvertretung NRW geführt werden. Interessant ist, dass der Leiter der Landesvertretung NRW in Brüssel ein Kölner ist, noch dazu ein Liberaler.

(Zuruf von Jörg Detjen
[Die Linke.Köln])

Wenn man sich vergegenwärtigt, dass die Landesregierung mit dem Ministerpräsidenten und seinem Stellvertreter an der Spitze auch Vertreter unserer Region sind, kann man davon ausgehen, dass wir sicherlich auch entsprechende Befürworter haben, die uns in diesem Punkt weiterbringen.

(Jochen Ott [SPD]: Habt ihr die noch nicht wegrationalisiert?)

Das, was wir heute beschließen wollen, ist nur ein erster Schritt, nicht mehr, aber auch nicht weniger. Darum geht es uns heute.

Ich komme zum Änderungsantrag, den wir erst kurz vor Sitzungsbeginn erhalten haben; aber das macht nichts. Wir haben festgestellt, dass Sie sich offenbar nicht ganz einig sind in der Bewertung unseres Antrags. An einer Stelle heißt es: nicht zielführend, während es an anderer Stelle heißt: derzeit nicht sinnvoll. Was denn jetzt: „nicht zielführend“ oder „derzeit nicht sinnvoll“? Nicht zielführend kann sehr wohl trotzdem sinnvoll sein. Heißt „derzeit nicht sinnvoll“, dass es später sinnvoll ist, oder dass es vielleicht sinnvoll ist?

(Ralph Sterck [FDP]: Nach der Wahl!)

Wir wissen es nicht. Aber auch Ihnen, meine Damen und Herren von SPD und Grünen, müsste klar sein, dass wir, wenn heute Ihrem Änderungsantrag gefolgt wird, weiterhin in unserem eigenen Saft schmoren werden.

(Beifall von Ulrich Breite (FDP) sowie von Ralph Sterck (FDP))

Die Botschaft muss doch sein: Wir müssen heraus aus der Region. Wir müssen unsere Region mit einer ständigen Präsenz in Brüssel besser darstellen. Die Zusammenarbeit über die

Verbände ist in diesem Punkt nicht ausreichend. Insofern brechen Sie sich sicherlich keinen Zacken aus der Krone, wenn Sie unserem Antrag hier heute zustimmen. Es wird ja auch zunächst einmal geprüft; das ist der Sinn unseres Antrags. Wir beschließen heute noch nicht endgültig über eine Einrichtung dieses Büros, wollen aber erreichen, dass es in diese Richtung geht. Wenn Sie unserem Antrag zustimmen, können wir heute den ersten Schritt machen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Herr Repgen. - Für die CDU spricht Frau Gärtner, bitte.

Ursula Gärtner (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Zweifellos ist eine enge Zusammenarbeit auf europäischer Ebene von großer Bedeutung. Entscheidungen europäischer Gremien und Institutionen beeinflussen zunehmend unser konkretes Lebensumfeld. Selbst die nationalen Parlamente haben Probleme, ihren Einfluss und ihre Entscheidungskompetenz zu wahren. Vielfach werden Entscheidungen nur auf Regierungsebene diskutiert. Da die europäischen Staaten mehrheitlich zentralstaatlich organisiert sind, haben schon unsere Bundesländer Probleme damit, ihre im Grundgesetz garantierten Rechte zur Geltung zu bringen. Vor diesem Hintergrund unterhalten die Bundesländer seit langem Vertretungen am Sitz der Europäischen Union, um möglichst frühzeitig Entwicklungen zu erkennen und den Ländereinfluss geltend zu machen.

Noch schwieriger ist die Situation der Regionen und Kommunen. Unser System der kommunalen Selbstverwaltung ist in der EU eher ein Exot. Die Rechte und Interessen der Regionen und Kommunen zu wahren, ist äußerst schwierig. Gremien wie der Ausschuss der Regionen und der Rat der Gemeinden und Regionen Europas sind bemüht, die kommunalen und regionalen Interessen gegenüber der EU zu wahren. Sie sind aber eher allgemeine Interessenvertreter. Die einzelnen Regionen - übrigens ein Begriff, der in Europa höchst unterschiedlich definiert und interpretiert wird - müssen daher selbst dafür sorgen, dass sie ihre Interessen wahren können.

Insofern zielt der vorliegende Antrag der FDP in die richtige Richtung. Das Land Baden-

Württemberg ist in der Tat in Deutschland führend, wenn es um die Wahrnehmung kommunaler und regionaler Interessen auf europäischer Ebene geht. Dies gilt nicht nur für das Land, sondern auch für den kommunalen Bereich. In einem Punkt müssen wir der FDP jedoch widersprechen: Es ist nicht zutreffend, dass die Stadt auf europäischer Ebene nicht aktiv ist. Wir haben, angesiedelt beim Oberbürgermeister, ein erfolgreich arbeitendes Europabüro. Es wäre aber auch kein Fehler, auszuloten, ob sich die Region Köln in ähnlicher Weise positionieren kann wie die Region Stuttgart. Deshalb sind wir bereit, einen Auftrag an die Verwaltung zu unterstützen, dass sie in unserer Region auslotet, wie wir noch besser gemeinsam als Region Köln in Brüssel auftreten können. Dieser Vorposten sollte da, wo die Musik spielt, Entwicklungen aufspüren und beobachten, unsere Interessen frühzeitig einbringen und damit Lobbyarbeit im positiven Sinne leisten. Es versteht sich von selbst, dass wir uns dabei bemühen sollten, durch Kooperation mit der Landesvertretung NRW Synergieeffekte zu erzielen.

Zum Änderungsantrag von SPD und Grünen. Wir haben festgestellt, dass Sie Teile des FDP-Antrags abgeschrieben haben. Wir betrachten die Punkte 1, 2 und 4 eher als eine Ergänzung zum FDP-Antrag. Allerdings lehnen Sie in Punkt 3 die Einrichtung des Europabüros ab. Wir sind der Meinung: Prüfen sollte man das auf jeden Fall; das wäre sicherlich kein Fehler. Es gibt vielleicht auch kostengünstige Lösungen. Deshalb schlagen wir vor, dass der Änderungsantrag von SPD und Grünen getrennt abgestimmt wird: Die Punkte 1, 2 und 4 können aus unserer Sicht gemeinsam abgestimmt werden. Wir bitten aber darum, Punkt 3 getrennt abzustimmen, weil wir hier den Antrag der FDP favorisieren. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Frau Gärtner. - Herr Kaske, bitte.

Axel Kaske (SPD): Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist immer wieder nett, zu hören, dass wir in Köln der Mittelpunkt der Welt sind. Wenn der Bund ein Europabüro in Brüssel hat, dann muss auch Köln ein Europabüro dort haben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren von der FDP, das Modell Stuttgart ist im Prinzip das, was wir auch haben. Stuttgart hat ein Europabüro, das ähnlich arbeitet wie unser Büro, das bei 01 angesiedelt ist. Das hätten Sie sich eigentlich schon zu Gemüte führen können.

(Ralph Sterck [FDP]: Haben wir!
Haben wir!)

- Das scheint mir nicht so; jedenfalls kam das hier nicht deutlich zum Ausdruck.

(Winrich Granitzka [CDU]: 01 gehört zum Oberbürgermeister! - Dr. Lothar Theodor Lemper [CDU]: Können wir einmal aufklären, was 01 ist?)

Sie haben davon gesprochen, dass Stuttgart ein Modell hat, das wir unbedingt auch hier umsetzen sollten. Ich sage: Wir haben schon das, was Stuttgart hat. Wir haben bereits ein Europabüro.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir von der SPD-Fraktion halten die Einrichtung eines Kölner Büros in Brüssel für nicht unbedingt angezeigt. In Brüssel gibt es weit mehr als 5 000 registrierte Lobbyistenverbände und mehr als 10 000 weniger bekannte Lobbyadressen. Für die Lobbyinteressen der öffentlichen Stellen existieren im Wesentlichen drei Verbände: erstens der Europäische Zentralverband der öffentlichen Wirtschaft, CEEP; zweitens der Rat der Gemeinden und Regionen Europas, RGRE; drittens Eurocities, der Zusammenschluss der Metropolen Europas. Auf institutioneller Seite sind der Ausschuss der Regionen, der von deutscher Seite vor allem mit Entsandten der Länder besetzt wird, einzelne Abgeordnete des Europäischen Parlaments sowie einige wenige Dienststellen der Europäischen Kommission von Belang. Aus all dem ergibt sich, dass Aktivitäten substaatlicher Gebietskörperschaften und kleinerer nationaler Verbände im Regelfall in Brüssel kein Gewicht entwickeln können, einfach weil es zu viele von ihnen gibt.

Wir von der SPD-Fraktion sind überzeugt, dass es generell vorteilhafter ist, wenn sich eine Region oder ähnliche Gebietskörperschaften über Verbandsstrukturen auf der Brüsseler Ebene bewegen. Die Hauptarbeit sollte ohnehin zu Hause, also vor Ort, geleistet werden. Hier in Köln müssen mit den Brüsseler Strukturen vertraute Spezialisten den Transfer von europäischen Informationen zur Region und umgekehrt sicherstellen.

Die Stadt Köln unterhält seit 2004 das Büro für Internationale Angelegenheiten, das aus dem Fachreferat Protokoll und Städtepartnerschaften sowie aus dem Europabüro, das es schon vorher gab, entstanden ist. Das Büro ist Teil des Amtes des Oberbürgermeisters und eng an Verwaltung und Politik angebunden. Der Leiter dieses Büros verfügt über einen großen Erfahrungsschatz mit den Brüsseler Strukturen und ist ein auch über die Grenzen Deutschlands hinaus anerkannter kommunalpolitischer Europaexperte. Das Büro für Internationale Angelegenheiten arbeitet als Lobbyist für Köln insbesondere über die Verbände RGRE und Eurocities.

Im Stadtwerkekonzern gibt es verschiedene Stellen, die über sektorale Verbände eine Interessenwahrnehmung in Brüssel sicherstellen. Im Wesentlichen erfolgt das über Fachverbände und deren Spitzen. So wird beispielsweise die RheinEnergie national über den Verband kommunaler Unternehmen, VKU, oder über den Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft, BDEW, sowie auf europäischer Ebene über EURELECTRIC, Eurogas oder Eureau sowie über weitere Verbände tätig.

Die HGK und die KVB bedienen sich der entsprechenden Fachverbände für den Transport- und Logistikbereich.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, in diesem Jahr wurde bei den Stadtwerken die Stabsstelle Grundsatzangelegenheiten der kommunalen Daseinsvorsorge eingerichtet. Über diese Stabsstelle wird der Transfer von Informationen aus Brüssel in den Konzern und - das ist noch wichtiger - aus Köln nach Brüssel sichergestellt. Der Leiter dieser Stabsstelle hat aus seiner vorhergehenden Tätigkeit die allerbesten Kontakte nach Brüssel. Die Stadtwerke streben an, die Stabsstelle, so weit möglich, personell zu verstärken. Das ist der richtige Weg. Unser Bestreben sollte es sein, den Stadtwerkekonzern darin zu bestärken, die Politik der Daseinsvorsorge über die große europäische Verbandspolitik, nämlich über den CEEP, gegebenenfalls auch über sektorale Verbände auf europäischer Ebene sowie über existierende oder zum Teil noch zu schaffende Netzwerke kommunaler Unternehmen oder Verbände von Gebietskörperschaften sicherzustellen.

Ich bin zuversichtlich, dass wir mit einem solchen Vorgehen mehr Einfluss in Brüssel auf die sogenannten horizontalen Politiken, wie zum Beispiel Ausschreibungspolitik, Beihilfepolitik,

Politiken zur Rolle der Kommunen und der kommunalen Unternehmen und der Daseinsvorsorge, gewinnen werden, als wenn wir die Vorschläge des FDP-Antrags umsetzen. Diesen lehnen wir deshalb ab. Stattdessen bitten wir um Zustimmung zum gemeinsamen Änderungsantrag von SPD und Grünen. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Herr Kaske. - Für die Grünen Herr Frank, bitte.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Werter Herr Oberbürgermeister! Werte Damen und Herren! Herr Repgen hat seine Rede mit der Aufforderung begonnen, wir sollten doch einmal über den Tellerrand schauen. Sicherlich kann man ab und an den Eindruck gewinnen, dass wir hier im eigenen Saft schmoren. Aber ich denke, in dieser Frage tut man der Verwaltung und sogar dem Rat Unrecht. Köln schaut schon seit langem über den Tellerrand und verfügt deshalb auch über Einrichtungen, die bereits seit geraumer Zeit eine vernünftige Beobachtung und Intervention in die Europapolitik ermöglichen. Zum einen ist die Abteilung für Internationale Angelegenheiten beim Oberbürgermeister in den von Ihnen aufgezählten Bereichen längst tätig - dazu hat Herr Kaske ja schon einige Ausführungen gemacht. Zum anderen ist der Stadtwerkekonzern nicht nur mit seinen Tochtergesellschaften in allen entscheidenden Verbänden vertreten, sondern hat seit dem 1. Januar dieses Jahres eine Stabsstelle gebildet. Wir wollen die Verwaltung ausdrücklich ermuntern, dafür zu sorgen, dass diese beiden Stellen - die Stelle beim Oberbürgermeister und die Stabsstelle bei den Stadtwerken - zukünftig verstärkt zusammenarbeiten.

Eines aber haben Sie übersehen. Deshalb haben wir einen Punkt 4 in unseren Änderungsantrag aufgenommen. Seit dem 1. September 2007 gibt es COMPASS. COMPASS ist eine eigene Dienstleistungseinheit beim Verband Region Köln/Bonn e. V. Diese Einheit unterstützt alle Mitgliedskommunen, zum Beispiel hinsichtlich Antragsstellungen für den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung. Sie betrachtet als ihre Hauptaufgabe Information, Beratung und Qualifizierung der Verwaltungsmitarbeiter. Sie macht die Koordinierung in den Regionen und unterstützt

Wettbewerbsverfahren. Insofern wirkt sie auch als Interessenvertretung gegenüber den Stellen der EU in Brüssel.

Offenbar haben Sie von dieser Einheit noch nichts gehört. In den Gremien des Vereins Region Köln/Bonn e.V. wurde sie schon mehrfach thematisiert. Offensichtlich besteht hier noch Informationsbedarf. Deshalb beantragen wir ausdrücklich, darzulegen, wie diese Einheit arbeitet und welchen Nutzen wir daraus ziehen. Im letzten Bericht, der mir vorliegt, ist eine sehr imposante Übersicht mit der Überschrift „Siegreiche Projekte aus der Region Köln/Bonn“ aufgelistet. Ich empfehle Ihnen, den Bericht zu lesen. Sie werden erkennen, dass natürlich auch Köln profitiert hat. Ihre Behauptung, wir seien in dieser Frage schlecht aufgestellt, ist also falsch. Ich habe allerdings den Eindruck, dass vieles bei der FDP-Fraktion noch nicht angekommen ist.

Wir müssen unsere Aktivitäten verstärken. Das ist auch eine Kostenfrage; denn es bringt doch nichts, eine oder anderthalb Personalstellen für ein Büro in Brüssel vorzusehen. Die Leute werden in dem großen Dschungel des europäischen Lobbyismus einfach untergehen. Sinnvoll sind gezielte projektorientierte Interventionen, und dazu sind wir durchaus in der Lage. Wenn überhaupt, dann wird in den nächsten Jahren ein Regionalmodell zu diskutieren sein, das sich an dem Beispiel der Städte Amsterdam, Den Haag, Rotterdam und Utrecht orientiert, die einen sogenannten G-4-Verbund gegründet haben. Diese vier Städte operieren mit gemeinsamen Ressourcen in Brüssel. Das heißt, sie haben dort ein Büro und teilen sich die entsprechenden Kosten. Es lohnt sich sicherlich, das weiter zu beobachten.

Entscheidend ist jedoch zunächst einmal, die vorhandenen Möglichkeiten besser auszuschöpfen und zu nutzen. Die bisherigen Aktivitäten waren schon sehr erfolgreich. Da wir nur mit begrenzten Ressourcen arbeiten können - wer gestern im Finanzausschuss war, konnte feststellen, dass es eher noch schwieriger wird -, halten wir es für richtig, die vorhandenen Institutionen zu stützen, diese Tätigkeiten auch zu evaluieren und mit den schon vorhandenen Möglichkeiten möglichst erfolgreich in Brüssel zu operieren. Das ist der Kern unseres Antrags. Wer eine vernünftige Europapolitik der Stadt Köln und der Region will und nicht nur, weil wir jetzt zufällig bald Europawahl haben, auf ein Thema aufspringen will, der sollte unseren Änderungsantrag unterstützen. Auch die FDP würde sich nichts

vergeben, wenn sie sich dem anschliesse. - Danke.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Herr Frank. - Herr Detjen, bitte.

(Dr. Lothar Theodor Lemper [CDU]: Die Linken haben gegen den Lissabon-Vertrag gestimmt!)

Jörg Detjen (Die Linke.Köln): Herr Lemper, wir diskutieren jetzt über das Europabüro, das die FDP vorschlägt; um diese Frage geht es.

Meine Damen und Herren! Herr Oberbürgermeister! Die FDP hat das Stuttgarter Modell angesprochen. Dazu möchte ich Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP, ein Zitat vortragen, und zwar aus der Presseerklärung zur Einrichtung des Büros Stuttgart. Ich zitiere:

Nach Baden-Württemberg fließen, verglichen mit Bundesländern wie Bayern oder Nordrhein-Westfalen, proportional zu wenig europäische Fördermittel. Stadt und Region wollen diese Möglichkeit der Kofinanzierung regionaler Projekte effektiver nutzen. Das Europabüro des Verbands Region Stuttgart in Brüssel bietet dazu wertvolle Unterstützungsleistungen.

Das heißt, die Stuttgarter haben gesagt, dass ihre Landesregierung zu schlecht arbeitet und sie ein eigenes Europabüro haben müssen.

(Ralph Sterck [FDP]: Sie sagen, unsere Landesregierung arbeitet gut genug?)

Ich frage Sie: Muss man Ihre Intention so verstehen, dass das Europabüro Nordrhein-Westfalen schlecht arbeitet? Es ist ja, wie Sie vorhin hier erwähnt haben, in Händen der FDP - ich wusste das gar nicht.

Weiterhin stellt sich die Frage, warum die Tätigkeit des Europabüros der Landesregierung Nordrhein-Westfalen nicht intensiviert wird.

(Ralph Sterck [FDP]: Steht doch in unserem Antrag drin!)

Anscheinend arbeitet es gar nicht so schlecht. Zumindest wird das von den Baden-Württembergern so behauptet. Ich sehe

deswegen im Moment in dieser Angelegenheit keinen Handlungsbedarf.

Mich bewegt noch eine dritte Frage: Haben Sie eventuell Angst wegen des Urteils des Europäischen Gerichtshofs in Sachen Messe? Dafür kommt Ihr Vorschlag zur Einrichtung eines Europabüros einfach zu spät. Das wird uns auf dem kurzen Weg nicht weiterhelfen.

Wir stehen dem Antrag von SPD und Grünen viel näher, der vorschlägt, diese Tätigkeiten insgesamt zu überprüfen. Ich glaube auch, dass, wenn man ein Büro in Brüssel ernsthaft betreiben möchte, dafür mindestens drei bis fünf Personen notwendig sind. Wir sollten eher darüber reden, unser eigenes Europabüro mit zwei zusätzlichen Personalstellen aufzustocken. Das könnte eine Menge bringen. Es scheint mir realistischer zu sein, solche Maßnahmen nach erfolgreicher Prüfung umzusetzen.

Die CDU will unbedingt Punkt 3 des FDP-Antrags beschließen. Ich verlese einmal den Wortlaut:

Mit der Landesvertretung NRW in Brüssel sind Gespräche zu führen, inwieweit das Regionalbüro Köln in deren Räumlichkeiten unterzubringen ist, um Synergieeffekte zu erzielen.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen von der SPD und von den Grünen, diesen Punkt sollte man auf jeden Fall ablehnen; denn damit würden vollendete Tatsachen geschaffen. Man kann deshalb diesem Punkt nicht zustimmen.

Sehr geehrte Damen und Herren von der FDP, wenn Ihre Europaabgeordnete, die bekanntlich aus Köln kommt - es heißt ja: Eine Kölnerin für Brüssel -, noch eine Unterkunft in Brüssel sucht, wird sie auf dem dortigen Wohnungsmarkt bestimmt auch eine ansprechende Wohnung, dem neoliberalen Standard entsprechend, finden. Das dürfte kein Problem sein.

(Ulrich Breite [FDP]: Hat sie schon!)

Wir werden Ihrem Antrag nicht zustimmen. - Danke schön.

(Beifall bei der Linken.Köln)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Herr Sterck, bitte.

Ralph Sterck (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Man kann sich nicht davor schützen, wenn in einer solchen Debatte grober Unfug erzählt wird, wie es zum Beispiel Kollege Detjen gerade getan hat. Herr Detjen, vielleicht haben Sie schon mitbekommen, dass Frau Koch-Mehrin schon mehr als fünf Jahre dem Europäischen Parlament angehört, also schon lange in Brüssel arbeitet. Von daher brauchen Sie sich um die Unterbringung von ihr und ihrer Familie keine Sorgen zu machen. Gleiches gilt für das, was Sie über den Leiter der Landesvertretung NRW in Europa, Hans-Hermann Stein, gesagt haben. Sie sehen also, die Kölner sind dort schon sehr gut vertreten. Unser Antrag ist mit diesen Personen auch abgesprochen. Frau Koch-Mehrin und auch Herr Stein haben uns immer wieder darauf hingewiesen, dass andere Städte diesbezüglich einfach mehr tun.

Ich will noch auf das eingehen, was Herr Frank hier gesagt hat. Natürlich ist die Stadt Köln mit seinem Europabüro schon sehr gut aufgestellt. Die Arbeit, die Herr Wolf mit seinem Team leistet, will ich auch gar nicht schlechtmachen. Sicherlich sind wir im Vergleich mit vielen anderen Städten Vorreiter. Es wird aber festgestellt, dass die Stadt Stuttgart noch einen Tick mehr macht, dass sie, was die Kontakte zu Brüssel angeht, noch einen Baustein mehr zu bieten hat als die Stadt Köln. Das haben wir, als wir mit der Fraktion im vergangenen Jahr in Brüssel waren - wir haben Frau Koch-Mehrin und Herrn Stein besucht und uns deren Arbeit angeschaut -, erfahren. Sie haben auch das Beispiel, das Sie eben genannt haben, angeführt. Die niederländischen Städte betreiben dort erheblich mehr Lobbyarbeit, als es die deutschen Städte und auch Stuttgart tun.

Sie, Herr Detjen, haben gefragt, wie ein solches Büro ausgestattet sein muss. Wir sind dort im Europabüro von Stuttgart gewesen. Es ist nicht bei der Landesvertretung, sondern sehr bescheiden in einem anderen Haus untergebracht, wo im Grunde nur eine Person arbeitet, die von Praktikanten unterstützt wird. Ich glaube, dass sich das sehr kostengünstig umsetzen lässt.

Uns geht es in unserem Antrag nicht darum, die bisherigen Europaaktivitäten der Stadt Köln irgendwie schlechtzumachen. Diese verdienen hohe Anerkennung. Auch die Aktivitäten der Verbände in diesem Bereich sollen durch eine Vertretung der Stadt Köln weiter verstärkt werden. Es ist doch klar, dass man viel eher das Gras in Brüssel wachsen hören kann, wenn man

vor Ort ist, als wenn man nur einmal im Monat herüberfährt, um ein paar Termine wahrzunehmen.

Es ist einfach Fakt, dass die politische Musik immer mehr in Brüssel spielt. Viele Vorgaben werden in Brüssel gemacht. 70 Prozent der deutschen Gesetze werden in Brüssel gemacht. Da sind die Bundesrepublik Deutschland und auch die Stadt Köln zu schlecht aufgestellt. Mit der Einrichtung unseres Europabüros wollen wir einen Beitrag leisten, um das zu verbessern.

Frau Kollegin Gärtner hatte vorgeschlagen, wie man mit dem Antrag verfahren kann. In den Punkten 1, 2 und 4 des Änderungsantrages von Rot-Grün steht ja nichts Falsches drin. All das sind Dinge, die man machen kann; nice to have. Leider wird der Vorschlag für diesen zusätzlichen Baustein, nämlich ein Büro vor Ort einzurichten, heute keine Mehrheit finden. Wahrscheinlich müssen wir die Europawahl und die Kommunalwahl abwarten, um für diesen Vorschlag in diesem Hause eine Mehrheit zu bekommen. Wir würden daher dem Vorschlag von Frau Gärtner folgen und werden die Punkte 1, 2 und 4 unterstützen, Punkt 3 jedoch ablehnen. Von daher bitte ich Sie, Herr Oberbürgermeister, entsprechend abstimmen zu lassen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Herr Sterck. Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Die Abstimmung hätte sowieso in dieser Reihenfolge erfolgen müssen. Ich lasse jetzt über den Änderungsantrag abstimmen und stelle zunächst einmal die Punkte 1, 2 und 4 zur Abstimmung. Wer dafür ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die antragstellenden Fraktionen, die CDU, die FDP, Herr Dr. Müser, Frau May, und meine Stimme. Gegenstimmen? - Bei pro Köln. Enthaltungen? - Bei der Linken. Das ist so beschlossen.

Ich lasse nun über Punkt 3 des Änderungsantrags abstimmen. Wer dafür ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die antragstellenden Fraktionen SPD und Grüne. Gegenstimmen? - Gegen die CDU, die FDP, pro Köln, Dr. Müser, Frau May. Das ist die Mehrheit. Enthaltungen? - Eine Enthaltung von meiner Seite. Damit ist Punkt 3 abgelehnt.

(Tagesordnungspunkt 2.1.3 wurde im späteren Verlauf der Ratssitzung erneut aufgerufen, da die Gesamtabstimmung zum Änderungsantrag von SPD-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen aufgrund eines Zählfehlers wiederholt wurde)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 2.1.4 auf:

**2.1.4 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend „Einsatz freiwilliger Helfer zur Gewalt- und Vandalismus-Prävention“
AN/0668/2009**

Es spricht Herr Rouhs.

Manfred Rouhs (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Fast ein halbes Jahrzehnt lang haben uns im Kölner Stadtgebiet Plakate der Polizei begleitet, auf denen vollmundig verkündet wurde, Köln werde im Jahre 2010 die sicherste Stadtregion sein. Diese Plakatserie wurde rechtzeitig zur Kommunalwahl 2004 aufgelegt. Die Spitzen der Kölner Kommunalpolitik sowie die Verantwortungsträger im Polizeipräsidium haben jahrelang den Mund sehr voll genommen.

Erst seit kurzem tauchen die Plakate nicht mehr im Stadtbild auf. Alles andere würde auch ein bisschen lächerlich wirken; denn mittlerweile liegt die polizeiliche Kriminalstatistik für das Jahr 2008 vor. Im vergangenen Jahr kamen in Köln 14 765 Straftaten auf 100 000 Einwohner. Im bundesweiten Durchschnitt waren es weniger als 7 000. Damit ist die Kriminalitätsquote in Köln mehr als doppelt so hoch wie im bundesweiten Durchschnitt. Diese Zahlen konterkarieren den Anspruch, Köln könnte möglicherweise bis zum Jahre 2010 zur sichersten Stadtregion werden.

Meine Damen und Herren, tatsächlich kam auch sowohl von Ihnen, den Mehrheitsfraktionen im Kölner Rathaus, als auch von der Spitze der Polizei außer bunten Plakaten, vollmundigen Worten und ein wenig nach außen gekehrtem Aktionismus überhaupt nichts, um dieses hehre Ziel umzusetzen.

Was ist denn im Einzelnen geschehen, um aus Köln bis zum Jahr 2010 die sicherste Stadtregion zu machen? Die Liste ist sehr kurz. Es gab einige Aktionen, die mal ein paar Wochen gedauert haben, mit denen verstärkt gegen Einbruchsdiebstähle vorgegangen worden ist. Immer wieder mal hat man gerne verschärft im Stadtgebiet kontrolliert, wer mit dem Pkw

unterwegs war. Dabei gab es einen Beifang am Rande. Mehrheitlich wurden nur Leute erwischt, bei deren Fahrzeugen der TÜV abgelaufen war oder nicht mehr genug Profil auf den Reifen gewesen ist. Wenn an diesem Tag zufällig auch ein Einbrecher mit seiner Beute unterwegs war, geriet er mit ins Netz. Eine große Einwirkung auf die Kriminalitätsstatistik haben diese Maßnahmen aber nicht gehabt, wie die jetzt vorliegenden Zahlen beweisen.

Meine Damen und Herren, wenn wir tatsächlich etwas unternehmen wollen, um in dieser Stadt die Kriminalitätsrate zu senken, müssen wir vor allem eines garantieren: dass derjenige Personenkreis, der für die Einhaltung von Recht und Gesetz in Köln sorgen soll, im öffentlichen Leben dieser Stadt wahrnehmbar ist.

In Hessen sind in unseren Augen sehr gute Beispiele gesetzt worden, an denen wir uns sinnvollerweise orientieren sollten. Der Einsatz freiwilliger Helfer zur Gewalt- und Vandalismusprävention hat in Hessen bemerkenswerte Erfolge gezeitigt. Meine Damen und Herren von der CDU-Fraktion, vielleicht machen Sie sich einmal damit vertraut. Es war der hessische Ministerpräsident Roland Koch, der die Initiative ergriffen hat. Er konnte auf diesem Feld durchaus etwas bewegen und erreichen. Das könnte auch für Köln beispielgebend sein.

Deshalb beantragen wir, nach hessischem Vorbild einen solchen Freiwilligen-Dienst einzurichten - wohl wissend, dass die freiwilligen Helfer selbstverständlich nur die Jedermannsrechte haben und primär durch ihre regelmäßige Präsenz - also durch die Aufstockung der Zahl von im Stadtbild wahrnehmbaren Menschen, die für die Einhaltung von Recht und Gesetz sorgen - eine Veränderung bei der Gesetzestreue derjenigen Personen, die ein Risikopotenzial darstellen, hervorrufen können.

Das ist ein nicht nur in der Theorie guter Ansatz; es ist, wie wir am hessischen Beispiel sehen, ein bewährter Weg. Sie würden dem Interesse der gesetzestreu Menschen in dieser Stadt schaden, wenn Sie nicht bereit wären, diesen Weg mit uns zu gehen und dem hier vorliegenden Antrag zuzustimmen.

Eine kleine Hintertür haben Sie natürlich noch. Wenn das Jahr 2010 gekommen ist und Köln - entgegen all dem, was Sie und der Polizeipräsident sich auf die Fahnen geschrieben haben - eine der unsichersten Stadtregionen ist,

kann sich ja vielleicht die CDU-Fraktion - oder eventuell auch die FDP-Fraktion, die sich hier offenbar aufgelöst hat und schon einmal die Ratszusammensetzung nach der nächsten Wahl vorwegnimmt -

(Beifall bei pro Köln)

auf das besinnen, was pro Köln hier im Mai des Jahres 2009 beantragt hat, so wie Sie das bei der Ehrenamtskarte NRW heute auch schon getan haben. Dann können Sie diesen Antrag von pro Köln herauskramen, ihn wieder einmal abschreiben und das Ganze als eigenen Antrag einbringen.

Vielleicht fällt es Ihnen dann erstens leichter, sachgerecht darüber zu diskutieren, statt selbstgefällig zu schwätzen, und Sie haben zweitens auch nicht eine so hohe emotionale Hürde, einem solchen Antrag zuzustimmen.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Gibt es weitere Wortmeldungen, meine Damen und Herren? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich abstimmen. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion pro Köln. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Wir kommen zu:

2.1.5 Antrag der Fraktion Die Linke.Köln betreffend "Aufräumarbeiten am ehemaligen Stadtarchiv nur mit tariflicher Bezahlung" AN/0725/2009

Stellungnahme der Verwaltung vom 04.05.2009 1872/2009

Wer meldet sich hierzu zu Wort? - Herr Kellner.

Michael Kellner (Die Linke.Köln): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Kölner Presse berichtete ab Mitte April dieses Jahres mehrfach darüber, dass Ein-Euro-Jobber und -Jobberinnen bei der Sortierung und Sichtung von Dokumenten aus dem eingestürzten Stadtarchiv eingesetzt würden. Laut *Express* vom 16. April 2009 waren zu dieser Zeit bereits 14 Arbeiter und Arbeiterinnen mit Mehraufwandsentschädigung

im Lagerzentrum im Kölner Süden im Einsatz. Andere Berichte sprechen von zehn Personen. Insgesamt plant die Stadt den Einsatz von 50 Ein-Euro-Jobbern und -Jobberinnen für mindestens ein Vierteljahr.

Die Stadt erhofft sich von den Ein-Euro-Jobbern und -Jobberinnen mehr Kontinuität, heißt es in dem Bericht weiter. Offensichtlich stehen viele Freiwillige, die die Stadt dringend braucht, nur für wenige Tage zur Verfügung. Für die Kontinuität der Arbeit ist das sicher von Nachteil. Daher ist es erst einmal verständlich, dass die Stadt nach weiteren Möglichkeiten sucht, die Arbeiten mit den Archivalien zügig voranzubringen.

Meine Fraktion begrüßt es durchaus, wenn in dieser Situation, in der dringend Arbeitskräfte gebraucht werden, Arbeitsplätze auch für einen begrenzten Zeitraum von der Stadt angeboten werden. Sie ist allerdings der Meinung, dass diese Kräfte notwendige und nicht zusätzliche Arbeiten verrichten. Die Stadt Köln betont in ihren Presseerklärungen immer wieder, wie dringend sie die Helfer braucht und wie schnell die Sichtung und Sicherung der Archivalien vonstatten gehen muss.

Auch wenn die Arbeiten nach Aussagen vonseiten der Kulturverwaltung keine schwierigen Tätigkeiten beinhalten, müssen sie nach Auffassung der Fraktion Die Linke.Köln nach dem TVöD entlohnt werden. Es ist einfach nicht einzusehen, dass eine Stadt mit 17 000 Beschäftigten nicht imstande ist, für einen begrenzten Zeitraum entweder Angestellte für diese Aufgaben freizustellen oder - was wir für noch besser halten - arbeitslose Kölnerinnen und Kölner einzustellen und tariflich zu bezahlen.

Meine Damen und Herren, Sie kennen die Haltung der Fraktion Die Linke zu den Arbeitsgelegenheiten. Abgesehen davon stellt sich aber die Frage: Ist es wirklich angemessen, an einem Unglücksort wie diesem Arbeitsgelegenheiten zu schaffen, bei denen Schlüsselqualifikationen wie Zuverlässigkeit, Pünktlichkeit usw. eingeübt werden sollen?

Im Vorfeld der Anstellung der Ein-Euro-Kräfte hat es einige Irritationen gegeben. Zunächst hat eine private Personaldienstleistungsfirma für diese Arbeit 50 Arbeiter und Arbeiterinnen mit Vermittlungsgutschein für drei Monate im Internet gesucht. Der Lohn sollte etwa 7,50 Euro betragen. Geht man von einem Betrag von 2 000 Euro für einen Vermittlungsgutschein aus, abrechenbar nach einem Monat Anstellung, kann man sich ausrechnen, wie hoch der Gewinn für

diese Firma gewesen wäre. Nach einem Anruf bekam sie kalte Füße und zog ihre Stellenanzeige zurück. Wer diese Firma beauftragt hat, war nicht zu ermitteln.

Die in der Presse erwähnten und bereits arbeitenden Ein-Euro-Kräfte wurden nach unseren Recherchen zunächst offensichtlich direkt vom Kulturamt bei der Arge beantragt, ohne dass die Zustimmung des Personalrats vorlag. Wenn dem so war - die Verwaltung äußert in ihrem Bericht eine andere Meinung -, entspricht das nicht dem üblichen Prozedere und war nicht in Ordnung.

Zwischenzeitlich ist das Verfahren aber offensichtlich angelaufen, und der Personalrat hat zugestimmt. Allerdings hat er deutlich gemacht, dass das Ende der Arbeiten absehbar ist, und seine Zustimmung nur bis Ende März 2010 gegeben. Zu diesem Zeitpunkt wird die Frage nach einer tariflichen Anstellung neu gestellt.

Die Fraktion Die Linke.Köln bleibt deshalb bei ihrer Forderung nach tariflich abgesicherten befristeten Arbeitsplätzen im Zusammenhang mit dem eingestürzten Archiv. Sie wird im kommenden Frühjahr sicher darauf zurückkommen. - Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der Linken.Köln)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Herr Kellner. - Gibt es weitere Wortmeldungen? - Von der Verwaltung meldet sich Frau Bredehorst. Bitte schön.

Beigeordnete Marlis Bredehorst: Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Zusätzlich zu der Information der Verwaltung möchte ich drei Dinge noch einmal klarstellen.

Erstens herrscht bei diesen Tätigkeiten absolute Freiwilligkeit. Darauf wird auch strikt geachtet. In dem System der Integrationsjobs in Köln beruht zwar nicht die Entscheidung, ob jemand einen Integrationsjob ausüben kann oder soll, aber die Entscheidung, welcher Job ausgeübt wird, immer auf Freiwilligkeit. Hierauf wird bei den Archivbergungsarbeiten genau geachtet.

(Claus Ludwig [Die Linke.Köln]: Damit ist es nicht freiwillig!)

- Die Tätigkeit bei den Bergungsarbeiten ist freiwillig.

(Claus Ludwig [Die Linke.Köln]: Der Ein-Euro-Job ist nicht freiwillig!)

Zweitens laufen im Moment noch die unmittelbaren Bergungsarbeiten. Wir - die Arge, das Kulturdezernat und mein Dezernat - haben uns darauf verständigt, dass wir dann, wenn wir bei der weiteren Aufarbeitung des Archivgutes einmal bei etwas geordneteren Tätigkeiten sein werden, durchaus zu anderen Modellen kommen müssen, die auch eine tarifliche Bezahlung beinhalten. Das ist völlig klar. Dies kann man im Moment noch nicht machen, weil die Zeit der unmittelbaren Bergung relativ kurz ist.

Drittens. Man könnte sich vorstellen, dass es besser ist, wenn die Stadt dazuzahlt und tariflichen Lohn bezahlt. Ich will nur noch einmal darauf hinweisen, dass es sich um sehr einfache Tätigkeiten handelt; das wird auch danach noch der Fall sein. Damit ist eine nicht besonders hohe tarifliche Entlohnung verbunden. Wenn von den Betroffenen noch Familien, also ganze Bedarfsgemeinschaften, zu versorgen sind, wird die Arge trotzdem aufstockende Leistungen bezahlen müssen. Darauf wird diese tarifliche Entlohnung angerechnet - aber leider nicht auf die kommunalen Leistungen, nämlich die Unterkunftskosten. Vielmehr werden zuerst - so sieht es das Gesetz vor; das finden wir als Kommune ungerecht, müssen es aber akzeptieren - die Leistungen des Bundes berücksichtigt.

Das wollte ich nur noch ergänzend dazu erklären. - Danke.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Frau Bredehorst. - Damit scheint sich dieses Thema als erledigt zu ergeben, wie ich finde. - Stellt jemand den Antrag auf Übergang zum nächsten Punkt der Tagesordnung?

(Martin Börschel [SPD]: Wir würden den Antrag sonst einfach ablehnen! Das geht auch!)

- Dann lasse ich abstimmen. Wer ist für den Antrag? - Die Linke. Gibt es Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Meine Damen und Herren, ich möchte noch einmal den Punkt 2.1.3 zurückholen und ihn erneut aufrufen:

2.1.3 Antrag der FDP-Fraktion betreffend „Einrichtung eines Europabüros für Köln und die Region in Brüssel“ AN/0723/2009

Änderungs- bzw. Zusatzantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen AN/0838/2009

Aufgrund ungewöhnlicher Konstellationen ist ein kleiner Rechenfehler entstanden. „Ungewöhnliche Konstellationen“ heißt: krankheitsbedingte Ausfälle bei der CDU-Fraktion in Höhe von sechs Stimmen und, wie uns mitgeteilt worden ist, eine irriige Abstimmung bei der Linken.

Aufgrund dieses Stimmenverhältnisses ergibt sich zunächst einmal für die Beibehaltung des Punktes 3 des Änderungsantrages eine knappe Mehrheit von 42 zu 41 Stimmen.

Das hat aber auch zur Folge, dass ich jetzt noch einmal eine Gesamtabstimmung über den Änderungsantrag durchführen lasse, sodass sich derjenige, der möchte, auch noch korrigieren kann. Wir haben ja getrennt abgestimmt. Passen Sie also bitte alle auf. Ich lasse noch einmal über den gesamten Änderungsantrag unter Tagesordnungspunkt 2.1.3 schlussabstimmen.

Karl Klipper (CDU): Herr Oberbürgermeister, soweit ich mich erinnere, haben Sie bei der Abstimmung sehr lange abgewartet und extra in die Richtung der Linken geschaut. Hier kann es sich nicht um einen Irrtum handeln. An dieser Stelle muss ein bewusstes Nichtabstimmen vorliegen.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Das können die Linken jetzt ja demonstrieren.

Karl Klipper (CDU): Nein, nein. Das war eine Abstimmung, die auch nicht zu beanstanden ist.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Sie ist auch nicht beanstandet. Das ist ja in Ordnung.

Karl Klipper (CDU): Wir können doch nicht davon ausgehen - -

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Wir haben uns aber hier oben erzählt. Das ist der entscheidende Punkt.

Karl Klipper (CDU): Sie haben zusammen mit den Linken ja nur eine Mehrheit von 42 zu 41 Stimmen.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Nein. Ich habe die Stimmen der Linken jetzt als Gegenstimmen gerechnet.

(Martin Börschel [SPD]: Rot-Grün kommt auf 42 Stimmen! Und sie haben nicht dagegen gestimmt! Sie haben sich nicht beteiligt!)

- Ja. Ich habe es als eindeutige Gegenstimmen gewertet. Trotzdem gibt es eine Mehrheit von 42 zu 41 Stimmen, Herr Börschel. Wir hatten nach Fraktionsstärke gerechnet. Normalerweise ergibt sich dann ein anderes Verhältnis. Das ist ja das übliche Verfahren.

Deswegen musste ich diesen Punkt jetzt noch einmal aufrufen, um über den gesamten Änderungsantrag schlussabstimmen zu lassen. Das tue ich jetzt und frage, wer dafür ist. - Die antragstellenden Fraktionen von SPD und Grünen sowie die Linke und Herr Dr. Müser - und damit auf jeden Fall eine Mehrheit. Gegenstimmen? - Von pro Köln. Enthaltungen? - Beim Rest des Rates. Damit ist der gesamte Änderungsantrag angenommen.

Ich bitte, dieses Ergebnis noch ins Protokoll aufzunehmen. Das war ein reiner Zählfehler. Bei den normalen Zahlenverhältnissen hätte sich vorhin ein anderes Ergebnis ergeben. Aufgrund der heutigen Ausnahmesituation haben wir hier oben noch einmal nachgerechnet.

Jetzt kommen wir zu:

2.1.6 Antrag von Ratsmitglied May (Einzelmandatsträgerin) betreffend "Verzicht auf herabwürdigende Darstellungen im Kölner Karneval" AN/ 0499/2009

Ich bitte Frau May, nach vorne zu kommen.

Petra May (Einzelmandatsträgerin): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren!

(Die Rednerin hält ein Buch hoch)

Ich habe hier das Grundgesetz in der Hand, und zwar ein sehr altes Exemplar. Warum habe ich - ich bin ja nicht Konrad Adenauer - ein altes Exemplar? Weil diese Stadt ihren Schülern früher zum Abschluss ein Grundgesetz geschenkt hat. Das tut sie leider nicht mehr. Wenn wir hier über vieles diskutieren, sollten wir auch dafür eintreten, dass den Schülerinnen und Schülern wieder das Grundgesetz in die Hand gegeben wird, wie es früher üblich war.

(Beifall bei pro Köln)

Ich benutze dieses Grundgesetz, um zu meinem Antrag daraus zwei Artikel zu zitieren. In Art. 1 Abs. 1 heißt es:

Die Würde des Menschen ist unantastbar.

Außerdem möchte ich Art. 2 Abs. 1 zitieren:

Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.

Aber was ist das Sittengesetz, meine Damen und Herren? Wo fängt es an? Wo hört es auf? Fängt es dort an, wo Herr Ott nicht aufhört? Oder wie können wir damit umgehen?

Mein Thema ist aber der Kölner Karneval und die Darstellung unserer Bundeskanzlerin im Kölner Karneval. Es geht um Nacktheit und Blöße.

(Dr. Lothar Theodor Lemper [CDU]: Die Verfassung ist kein Gesetz!)

- Herr Lemper, hören Sie auf, dazwischenzuquatschen.

(Heiterkeit bei der SPD, dem Bündnis 90/Die Grünen und der Linken.Köln)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Frau May, durch diese Rüge vor dem Publikum haben Sie Herrn Dr. Lemper jetzt zu einer Zwischenfrage provoziert - wenn Sie sie zulassen.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Das hat sie jetzt davon!)

Herr Dr. Lemper, bitte.

Dr. Lothar Theodor Lemper (CDU): Würden Sie bitte zur Kenntnis nehmen, dass ich mich bemüht habe, Sie nachträglich über den Grad der Verfassung aufzuklären -

Petra May (Einzelmandatsträgerin): Sie brauchen mich nicht aufzuklären.

Dr. Lothar Theodor Lemper (CDU): - doch -, und dass es nicht angemessen ist, diesen Hinweis mit dem von Ihnen gerade geprägten Begriff abzuwehren, der in die Nähe der Verbalinjurie kommt?

Darf ich Sie darauf hinweisen - das wollte ich bei dieser Gelegenheit sagen -, dass das Grundgesetz, die Verfassung, kein Gesetz ist? Es gibt nämlich einen Unterschied zwischen Verfassung und Gesetz. Deswegen hat die Verfassung Artikel, wohingegen die Gesetze Paragraphen haben. Könnten Sie das freundlicherweise zur Kenntnis nehmen? Ich hoffe, dass es Ihnen noch aus der Zeit in Erinnerung ist, als Sie dieses Grundgesetz geschenkt bekommen haben.

Petra May (Einzelmandatsträgerin): Vielen Dank, Herr Lemper. Es ist aber mein Beruf, das Grundgesetz zu erklären. Sie können versichert sein: Ich kann das.

Hier geht es - Herr Lemper hat wieder sehr nett abgelenkt - um die Darstellung der ersten Frau im Staate, und zwar mit einem Hauch von nichts. Damit bin ich bei meinem Thema: Nacktheit und Blöße oder entblößen. Blöße kennen wir aus der Fechtkunst - entblößen, Blöße geben.

(Zuruf von Dr. Lothar Theodor Lemper [CDU] - Jochen Ott [SPD]: Da kennt Herr Lemper sich aus!)

Wir kennen es aber auch aus dem Mittelalter, Herr Lemper. Damals war es im Bereich der Sanktionen anzusiedeln.

(Martin Börschel [SPD]: Mancher kennt es auch vom Rednerpult, Frau May!)

Darum geht es mir jetzt aber nicht. Mir geht es um das Frauenbild. - Ich sehe, dass bei diesem Thema bei einigen nicht der entsprechende Sachverstand und Ernst waltet. Herr Lemper kann ja gleich noch einmal einen Kommentar abgeben. - Es gibt Gesellschaften, die ihre Frauen bis zur Unkenntlichkeit verhüllen. Andere

Gesellschaften entblößen die Frauen - mit dem Tenor: Sex sells. Beides kollidiert aber mit dem Frauenbild im Sinne der Aufklärung.

Unsere Bundeskanzlerin ist die erste Frau im Staate.

(Dr. Lothar Theodor Lemper [CDU]: Das ist auch nicht richtig!)

Sie ist unsere Repräsentantin im In- und Ausland. Was mag das Ausland darüber denken - Herr Lemper, ich möchte jetzt nicht über den Bundespräsidenten diskutieren, sondern über die Außenwirkung reden. Ich möchte, dass Sie unterscheiden, wie man das bewerten kann. Hören Sie bitte endlich auf, sich hier ein Späßchen zu machen. Das können Sie auch im Kulturausschuss tun. Dort machen Sie das ja oft genug.

(Martin Börschel [SPD]: Der Kulturausschuss ist für Späßchen nicht geeignet! Das verbitten wir uns!)

Es geht hier um die Darstellung unserer Bundeskanzlerin und darum, wie man diese Darstellung im Ausland aufgreifen mag. Ich warte noch darauf, dass demnächst nicht nur die Bundeskanzlerin so dargestellt wird. Demnächst wird man vielleicht auch keinen Halt vor dem Papst machen.

(Unruhe)

Die Frage ist einfach, wie man mit Menschen in der Öffentlichkeit umgeht. Es gibt eine bestimmte Art des Umgangs - deswegen habe ich hier das Grundgesetz zitiert -, die die Grenzen überschreitet. Weil man diese Grenzen überschreitet und weil im Kölner Karneval inzwischen an vielen Stellen Grenzen überschritten werden - sei es beim Verhalten von Jugendlichen, sei es bei anderen -, ist es wichtig, an dieser Stelle einmal - -

(Anhaltende Unruhe)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Meine Damen und Herren, ich darf Sie bitten, Ihre Gespräche zu reduzieren. Es fällt mir schon hier oben schwer, etwas zu verstehen.

(Götz Bacher [SPD]: Das wühlt uns doch auf, Herr Oberbürgermeister!)

- Lieber Götz, bitte! Ich kann schon hier oben kaum noch etwas verstehen. Dort unten könnt ihr

das erst recht nicht. Ihr solltet der Rednerin doch wenigstens ein bisschen Gehör schenken.

(Dr. Lothar Theodor Lemper [CDU]: Hier werden aber einfach falsche Dinge wiedergegeben!)

Petra May (Einzelmandatsträgerin): Deshalb sollte dies ein erstes Anliegen sein. Wir haben in dieser Stadt vieles erreicht. Es sollte aber auch Aufgabe der Stadt sein, mit dem Festkomitee Kölner Karneval zu sprechen, um solche Dinge frühzeitig, schon im Vorfeld, zu vermeiden; denn das muss einfach nicht sein. - Vielen Dank.

(Beifall von Hans Martin Breninek [pro Köln])

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Frau May. - Gibt es weitere Wortmeldungen? - Frau Kronenberg hat sich für die Verwaltung gemeldet. Bitte schön.

Gleichstellungsbeauftragte Christine Kronenberg: Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren! Als Gleichstellungsbeauftragte unterstütze ich diesen Antrag uneingeschränkt.

Fakt ist - das haben Sie alle mitbekommen -, dass das Ereignis mit der Kanzlerin Anlass gegeben hat, sexistische Karikaturen von Frauen im Rosenmontagszug öffentlich zu diskutieren, beispielsweise in der Lokalpresse, und zwar sehr kritisch - mehrheitlich übrigens mit der Aussage, dass diese Darstellung respektlos und frauenverachtend ist.

Warum ist das so? Weil die Darstellung weiblicher Körper in dieser Form ein bewährtes Mittel ist, Frauen - und eben auch Frauen in Machtpositionen - auf ihre Sexualität zu reduzieren. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler haben bewiesen - der überwiegende Anteil der Bevölkerung vertritt auch diese Auffassung -, dass solche Darstellungen sehr beschämend, erniedrigend und beleidigend sind.

Trotz Karneval reden wir hier nicht über Prüderie, guten oder schlechten Geschmack und ironischen Umgang mit Klischees. Vielmehr geht es um Respekt und menschliche Würde. Dafür engagieren sich in Köln zahlreiche Frauen und Männer - auch zahlreiche Frauen aus diesem Rat.

Als Gleichstellungsbeauftragte habe ich diese Kritik öffentlich gemacht. Ich habe auch Herrn Ritterbach und Herrn Kuckelkorn angeschrieben. Auf eine Antwort warte ich noch.

Deshalb kann ich Sie alle - Sie alle als Frauen und Männer - nur ermutigen, sich fraktionsübergreifend und vielleicht auch außerhalb Ihrer Fraktion diesem Antrag anzuschließen, damit Sie sich alle gemeinsam gegen sexistische Darstellungen - nicht nur von Frauen, sondern ebenso von Mädchen und manchmal auch von kleinen Jungen - in Köln aussprechen. Ich finde, dass es an dieser Stelle ein erster Schritt ist, mit den Verantwortlichen im Karneval zu reden. Deshalb bitte ich noch einmal darum, Frau May hier zu unterstützen.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Frau Kronenberg. - Gibt es weitere Wortmeldungen? - Bitte schön, Frau von Bülow.

Brigitta von Bülow (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich in Reaktion auf diesen Antrag von Frau May mit einem Zitat von Kurt Tucholsky beginnen:

Was darf die Satire?

Wenn einer bei uns einen guten politischen Witz macht, dann sitzt halb Deutschland auf dem Sofa und nimmt übel. ...

Der Satiriker ist ein gekränkter Idealist: er will die Welt gut haben, sie ist schlecht, und nun rennt er gegen das Schlechte an.

Die Satire eines charaktervollen Künstlers, der um des Guten willen kämpft, verdient also nicht ... das empörte Fauchen, mit dem hierzulande diese Kunst abgetan wird. ...

Wir sollten nicht so kleinlich sein. Wir alle - Volksschullehrer

- er meint bestimmt alle Lehrerinnen, Frau May -

und Kaufleute und Professoren und Redakteure und Musiker und Ärzte und Beamte und ... Volksbeauftragte - wir alle haben Fehler und komische Seiten und kleine und große Schwächen. Und wir müssen nicht immer gleich

aufbegehren ..., wenn einer wirklich einmal einen guten Witz über uns reißt. ... Es wehte bei uns im öffentlichen Leben ein reinerer Wind, wenn nicht alle bel nähmen. ...

Was darf die Satire?

Alles.

Darf sie wirklich alles, wie Tucholsky sagt? Ich höre Kritikerinnen, die gerade von mir als Frauenpolitikerin einen anderen Beitrag erwartet hätten - vielleicht auch in Reaktion auf die Rundmail der Gleichstellungsbeauftragten an alle Ratsfrauen mit dem Appell, diesen Antrag von Frau May zu unterstützen. Trotzdem halte ich es für vermessen, vonseiten des Rates dem Festkomitee Kölner Karneval Vorschriften machen zu wollen, was es inhaltlich darf und was nicht.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Lassen Sie mich daher, bevor ich auf das eingeehe, was ich für den eigentlichen Kern des Problems halte, noch einmal kurz so viel sagen: Es ist nicht Aufgabe des Rates und auch nicht Aufgabe der Verwaltung, darüber zu befinden, wie die Festwagen im Kölner Karneval aussehen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wenn es so wäre, wäre es schlecht um Köln und erst recht schlecht um den Karneval bestellt.

Bei dem umstrittenen Wagen, entworfen von der Karikaturistin Ariane Paffenholz, ging es vor allem darum, uns Politikerinnen und Politiker anzugreifen, nämlich die Schnheitskosmetik der Politik vor jeder Wahl - die wir dieses Jahr noch in Hlle und Fälle erleben werden - anzuprangern. Daneben ging es auch darum, die Schönheitschirurgie selbst in den Fokus des Spottes zu stellen. Auf dieser Ebene ist das durchaus gelungen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die Diskussion in Köln entbrannte dennoch heftig, auch wenn Komiteesprecherin Sigrid Krebs betonte, man wolle niemanden verletzen oder bloßstellen. Ob das gelungen ist oder nicht, sei einmal dahingestellt; das bleibt auch ein Stück weit Geschmackssache.

Für viel wichtiger als diesen vor uns liegenden effekthascherischen Antrag halte ich es, dass wir uns mit dem dahinter liegenden wichtigen Thema

beschäftigen, nämlich der herabwürdigenden, respektlosen Darstellung von Frauen im öffentlichen Raum, von Frauen in der Werbung. Dass sexistische Objekte und Plakate im öffentlichen Raum nichts zu suchen haben, ist in meinen Augen das eigentlich anzusprechende Thema.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen
sowie bei Teilen der SPD)

berall auf der Straße begegnen uns Werbebilder, die aufgrund ihrer sexistischen Botschaft diskriminierend sind. Herabwrdigende, menschenverachtende Darstellungen finden sich, wo immer wir uns bewegen - auf Plätzen, in Gebäuden, auf Straßen.

Davon lese ich im Antrag von Frau May nichts. Das ist für mich ein unredlicher Antrag; denn er beschäftigt sich nur mit scheinbaren Problemen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen
sowie bei Teilen der SPD)

Viele Kölner Bürgerinnen und Bürger gaben bei einer Befragung an, sich über sexistische Werbung im Stadtbild zu ärgern. Rund 70 Prozent fühlen sich dadurch gestört. Das heißt, dass tatsächlich Handlungsbedarf gegen diese Form der Darstellung von Frauen in der Werbung besteht.

Es ist höchste Zeit, Konzepte zu entwickeln, wie diese Art von Werbung auch bei uns in Köln aus dem öffentlichen Raum verschwinden kann. Gesetze greifen da noch nicht; Gesetze kann man im Augenblick noch nicht in Anwendung bringen. Dennoch halte ich es für wichtig, zum Beispiel mit den Betreibern der Kölner Werbeflchentrger ein Konzept zu entwerfen, wie diese Art von Werbung langfristig aus unserer Stadt verbannt werden kann - und zwar über alle Parteigrenzen hinweg, jenseits von jedem Wahlkampf und natürlich jenseits von jedem Karneval. Es wäre eine wichtige langfristige Aufgabe, hier Energie einzusetzen.

Dass die Kanzlerin mit Bikini im Rosenmontagszug tatsächlich unsere Energien binden sollte und dass das Problem gebannt wäre, wenn die Kanzlerin statt des Bikinis ihren üblichen Hosenanzug angehabt hätte, bezweifelt meine Fraktion. Insofern lehnen wir diesen Antrag ab, arbeiten aber weiter an dem eigentlichen Problem und hoffen dabei auch auf große Unterstützung. - Danke sehr.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen
sowie bei Teilen der SPD)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Frau von Bülow. - Jetzt hat Frau Kirchmeyer für die FDP das Wort.

Christtraut Kirchmeyer (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Als ich diesen Antrag zum ersten Mal gesehen habe, hat er mich doch etwas überrascht. Ich möchte jetzt nicht so weit ausholen wie Frau von Bülow. Die Rede von Frau May hat mich aber veranlasst, doch noch einige Sätze dazu zu sagen.

Ich glaube, dass hier verkannt wird, was Karneval überhaupt ist und wie der Karneval entstanden ist. Es gab die Hofnarren, die Freiheit am Hofe hatten. Sie durften alles sagen. Sie durften die Obrigkeit, die Hoheiten, angreifen.

(Martin Börschel [SPD]: Das ist wie heute Frau May!)

Daraus ist nachher auch der Karneval entstanden. Er ist entstanden, damit Bürgerinnen und Bürger gegen die Obrigkeit wettern konnten, ohne bestraft zu werden.

Wenn unsere Bundeskanzlerin im Karneval im Bikini dargestellt wird - das sollte ja eine Reinkarnation nach einem Schönheitsdurchlauf sein -,

(Heiterkeit bei der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

kann man darüber natürlich streiten. Über Geschmack lässt sich ganz bestimmt streiten. Solange der Karneval besteht, war so etwas aber immer erlaubt.

Ich denke auch, dass wir gegenüber dem Festkomitee keine Zensur vornehmen sollten;

(Beifall bei der FDP und dem Bündnis 90/Die Grünen sowie bei Teilen der SPD)

denn der Kölner Karneval ist dafür bekannt, dass er eigentlich immer frei von Zoten war. Das wird er auch bleiben; davon bin ich fest überzeugt. Ich weiß nicht, ob sich die Stadt Düsseldorf über den wesentlich hässlicheren Wagen, den sie von der Bundeskanzlerin hatte, auch so aufgeregt hat.

Wir sollten diesen Antrag heute ablehnen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP sowie bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Frau Kirchmeyer. - Gibt es weitere Wortmeldungen? - Frau Wolter, bitte.

Judith Wolter (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich mache es ganz kurz. Wir sehen es im Wesentlichen ähnlich wie die FDP und die Grünen. Das Problem besteht zwar grundsätzlich. Wir haben auch ein gewisses Problembewusstsein, ähnlich wie Frau May. Daher finden wir den Antrag nicht ganz schlecht. Den Ansatz, gerade im Karneval mit Zensur zu reagieren, halten wir aber für falsch. Deshalb müssen wir dagegen stimmen. - Danke.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke. - Noch einmal Frau May, bitte.

Petra May (Einzelmandatsträgerin): Tucholsky hat Satire gemeint - und nicht Geschmacklosigkeit und Verletzung von anderen Personen. Das möchte ich ganz klar unterscheiden.

Der Kölner Karneval ist unser Aushängeschild und wird in der ganzen Welt übertragen. Der Kölner Karneval war früher einmal anders - mehr Gemütlichkeit, mehr im Viertel. Er hat sich verändert - nicht zum Positiven.

Das Frauenbild insgesamt ist natürlich auch zu kritisieren. Dabei spielt der Karneval ebenfalls eine Rolle. Die Darstellung der grünen Vorrednerin finde ich in diesem Zusammenhang ganz vermessen. Eines kann ich Ihnen sagen: Die Kölner Grünen sind schon nicht mehr in der Umweltpolitik aktiv. Heute haben sie sich aber auch aus der Frauenpolitik verabschiedet. Das ist bedauerlich.

Diesen grünen Kollegen, die hier die Aufrechten spielen, ist ja noch nicht einmal aufgefallen, dass direkt vor der Tür des Rathauses Bordellwerbung hing. Sie sprechen hier von flächendeckender Werbung und haben noch nicht einmal gemerkt,

welche Sprüche auf Plakaten standen, die fast vor dem Rathaus hingen. Das finde ich verlogen.

Mithilfe des Frauenamtes haben wir dafür gesorgt, dass dieses Schild entfernt wurde. Das hat wirklich gut funktioniert. Ich habe dieses Plakat seinerzeit auch im Hauptausschuss angesprochen. Keiner hat es moniert. Es war aber anstößig.

Hier geht es um die Grenzen - nicht um die Grenzen des guten Geschmacks, sondern um die Grenzen in Bezug auf die Würde des Menschen. Das Grundgesetz gilt auch für Frauen. In vielen Bereichen sind diese Grenzen überschritten. Wie Frauen in diesem Land dargestellt werden, nehmen wir leider schon als viel zu selbstverständlich hin. Das ist traurig.

Hätten wir mit dem Kölner Karneval einen Anfang machen können, wären wir in diesem Punkt einen Schritt weitergekommen. Offensichtlich hat der Rat aber nicht das Bewusstsein, dass die Mehrheit der Kölner Kölnerinnen sind. Das finde ich mehr als traurig. Natürlich können Sie gegen diesen Antrag stimmen, weil er Ihnen jetzt nicht passt, oder sich etwas dagegen einfallen lassen, weil er von einer Einzelmandatsträgerin gestellt wurde. Das Problem bleibt aber bestehen.

Wenn Sie von den Grünen hier für eine Satzung plädieren, frage ich Sie: Wo ist diese Satzung denn, bitte schön? Wann haben Sie in dieser Ratsperiode eine Satzung gegen frauenfeindliche Werbung fertiggestellt? Dort ist ja nichts vollbracht. Ich kann Sie einfach nicht ernst nehmen.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Frau Bürgermeisterin Spizig, bitte.

Angela Spizig (Bündnis 90/Die Grünen): Frau May, wir sind schon seit der letzten Ratsperiode aktiv. Ich glaube, es war das Jahr 2003, als in der Stadt eine frauenverachtende Plakatwerbekampagne einer großen Zeitung stattfand. Damals haben wir im Rat mit einer großen Mehrheit - auch der Männer - eine Resolution an den Deutschen Werberat, den Deutschen Presserat, die Firmen, die Aussteller und die Verantwortlichen für die Werbung an den Haltestellen verfasst. Seinerzeit hat sich ein Arbeitskreis aus Ratsfrauen, Frauen aus der Verwaltung und Frauen aus autonomen Frauengruppen gebildet, der regelmäßig intensiv zu diesem Thema arbeitet.

(Zuruf von Petra May
[Einzelmandatsträgerin])

Es gibt noch keine Gesetze, wie Frau von Bülow gesagt hat. Es gibt aber durchaus Konzepte, an denen gearbeitet wird, und zwar unter Einbeziehung der Verwaltung. Wenn es so weit ist, stellen wir sie Ihnen gerne vor. Sie können auch gerne Ihre Anregungen mit einbringen.

Auf jeden Fall sind wir aktiv. Der Vorwurf, dass die grünen Frauen dieses Thema nicht besetzten, ist nicht berechtigt. Vielleicht ist es bei Ihnen nicht angekommen; aber wir arbeiten intensiv daran.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön. - Frau Wilden, bitte.

Regina Wilden (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Hier in Köln gerät vieles aus dem Ruder. Ich gebrauche jetzt einen Begriff, der bei Ihnen auf Empörung stoßen wird oder dümmliches Lachen auslösen wird. Gerade in Köln gibt es so viel sexuelle Enthemmtheit, dass man lange suchen muss, um etwas Ähnliches zu finden.

Deswegen ist der Antrag von Frau May - ich möchte Frau May nicht angreifen; ich verstehe ihre Intention auch sehr gut - nur ein Feigenblatt. Ich kann diesen Antrag so nicht akzeptieren.

Hier in Köln geschehen Dinge, bei denen es um mehr geht, als dass jemand - und sei es auch unsere Bundeskanzlerin - nackt dargestellt wird. Hier in Köln, und zwar in diesem Saal, gibt es Menschen - ich meine Sie, Herr Oberbürgermeister, Herrn Ott und den Herrn von der FDP -, die andere Menschen im Saal jeglicher Menschenwürde berauben. - Frau May, im Grundgesetz steht auch:

Die Würde des Menschen ist unantastbar.

Sie bezeichnen uns als Dreck. Sie bezeichnen uns als Nazidreck. Sie bezeichnen uns als braune Soße. Wo bleibt da der Aufschrei?

(Jochen Ott [SPD]: Ihr habt es immer noch nicht begriffen! Es ist unerträglich!)

Ich finde es in diesem Saale beschämend.

Deswegen werden wir diesen Antrag von Frau May ablehnen, obwohl wir ihn - das möchte ich

noch einmal betonen - durchaus gut nachvollziehen können. - Danke.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Gibt es weitere Wortmeldungen dazu? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich abstimmen. Wer für den Antrag von Frau May ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Antragstellerin selbst. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Damit ist dieser Antrag mit großer Mehrheit abgelehnt.

Nun kommen wir zu:

2.1.7 Antrag der CDU-Fraktion betreffend "Erhalt und Entwicklung des Südstadions" AN/0645/2009

Änderungs- bzw. Zusatzantrag der FDP-Fraktion AN/0836/2009

Wer spricht für die antragstellende Fraktion? - Herr van Benthem.

Henricus van Benthem (CDU): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Es wird natürlich sehr schwer, nach dieser Debatte um die Bikiniformen von Frau Bundeskanzlerin jetzt wieder einen trockenen Vortrag zu halten. Ich werde aber versuchen, mich kurz zu fassen.

(Zuruf Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen])

- Gut; das kann man so sehen, wie man will.

Meine Damen und Herren, mit dem unter diesem Tagesordnungspunkt vorliegenden Antrag bekennen wir von der CDU-Fraktion uns zur Zukunft des Südstadions - und sicherlich auch zur Zukunft der Fortuna als zweitstärkster Fußballmannschaft in Köln.

Unser Antrag, das Südstadion in seinem Bestand zu erhalten und zur Nutzung für die 3. Bundesliga, die Regionalliga sowie die NRW-Liga zu modernisieren und auszubauen, ist aufgrund von mehreren Kriterien zwingend notwendig.

Wie im Antrag bereits formuliert, benötigen wir in Köln dringend ein drittligataugliches Stadion, in dem die Fortuna ihre Heimspiele in der NRW-

Liga absolvieren kann. Die Auflagen des DFB und des WFLV sind hier unmissverständlich. Zurzeit kann die Fortuna nur aufgrund einer temporären Lösung, nämlich mit einer Sondergenehmigung versehen, ihre Heimspiele absolvieren.

Die ersten Schritte sind sicherlich gemacht. So wurden der Gästebereich von dem anderen Bereich abgetrennt und die Sitzplätze gemäß den Vorgaben des DFB erneuert. Dies reicht aber nicht, damit weiter in der NRW-Liga gespielt werden kann. Deutliche Verbesserungen der Lautsprecheranlage und der Sicherheitseinrichtungen sind notwendig und werden von der Polizei gefordert. Weiterhin ist eine gravierende Leistungssteigerung der Flutlichtanlage vonnöten. In die Sanitäreinrichtungen muss ebenfalls dringend investiert werden.

Das sind die minimalen Anforderungen in Bezug auf die Tauglichkeit. Ansonsten wird es dauerhaft keine Spiele der NRW-Liga im Kölner Stadtgebiet geben, da das RheinEnergieStadion durch den Spielbetrieb des 1. FC Köln - heute freuen wir uns darüber, dass er fast nicht mehr absteigen kann - belegt ist.

Meine Damen und Herren, ich frage Sie ernsthaft: Was wäre denn die Folge, wenn wir diesen Antrag - in welcher Form auch immer - nicht weiter durchziehen könnten? Ich kann mir nicht vorstellen, dass die Fortuna, wenn sie ihre Heimspiele gegen Düsseldorf, Schalke oder Mönchengladbach austragen muss, das nicht auf Kölner Stadtgebiet tun kann, weil das Südstadion dafür nicht geeignet ist, sondern zum Beispiel nach Leverkusen oder Düsseldorf ausweichen muss. Dies wäre für unsere Sportstadt Köln, wie wir meinen, ziemlich blamabel. Auch in Köln muss das möglich sein, was beispielsweise in den Städten München, Hamburg und Berlin geht: dass es eine zweite Mannschaft gibt, die in einer der höheren Spielklassen spielen kann. Zurzeit ist dies im Südstadion nicht möglich.

Ein zweiter Teil unseres Antrags betrifft die Umwandlung vom Tennenplatz in einen Kunstrasenplatz. Damit soll auch gewährleistet werden, dass wetterunabhängig ein dauerhafter Sportbetrieb möglich ist.

Meine Damen und Herren, wir dürfen nicht vergessen, dass alle diese Maßnahmen nicht nur der Fortuna und dem Leistungssport dienen, sondern dass wir damit auch den Breitensport sehr stark unterstützen können. Hier denken wir an den Schul- und Breitensport; denn dem Schulsport - ich muss die Kollegen von der FDP

einmal fragen, ob wir nicht ein wenig darüber nachdenken sollten - fehlt die Möglichkeit der Leichtathletik.

(Ulrich Breite [FDP]: Was?)

- Der Leichtathletik; nicht wie ich - ich bin schwer -, sondern wie du: leicht.

(Heiterkeit)

Die vorhandene Tartanbahn ist für relativ kleines Geld wieder so nutzbar zu machen, dass die Schulen und Vereine hier ihrem Sport nachgehen können. Sicherlich wird es schon allein aus finanziellen Gründen nicht möglich sein, an dieser Stelle richtig zu investieren. Man kann aber so investieren, dass die Schulen und Vereine hier Leichtathletik betreiben können.

Daher sollte man diesen Punkt nicht aus unserem Antrag streichen; denn das hat nichts mit Hochleistungssport zu tun, sondern mit einer Förderung des Breitensports, für den wir in diesem Rat eigentlich alle sind. Das kann man mit kleinem Geld machen, wie ich bereits gesagt habe: ein paar Linien ziehen, ein bisschen Dichtheit auf dem Platz schaffen - schon ist man fertig.

Wenn wir das Südstadion verbessern und es so herrichten, wie es aufgrund der Vorschriften des DFB notwendig ist, haben wir des Weiteren die Möglichkeit, die hervorragende Jugendabteilung der Fortuna, in der fantastische integrative Ansätze verwirklicht werden, hier weiterzuführen. Damit würde die Ertüchtigung dieser Sportanlage der Entwicklung des Sports weiteren Vortrieb geben.

Meine Damen und Herren, nicht zuletzt ist die Nutzung durch die Universität zu Köln und die Fachhochschule Köln im Rahmen der Weiterentwicklung des Wissenschaftsstandorts Köln ebenfalls zu prüfen - dies auch in Bezug auf eine finanzielle Kooperation mit dem Land.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, damit wir uns recht verstehen: Der vorliegende Antrag basiert auf aktuellen Erkenntnissen und geänderten Rahmenbedingungen für den Fußballsport in Köln. Wir verbinden damit ausdrücklich eine Abkehr von einem früheren Antrag aus dem Jahre 2006, der von der Aufgabe des Stadions als Spielstätte ausgegangen ist. Dass dies heute anders ist, ist - glauben Sie es mir - auch meine ganz persönliche Freude; denn nichts ist schlimmer, als Sportanlagen zu verlieren, an deren Stelle dann irgendeine Wohnbebauung errichtet wird.

Die Summe der vorgeschlagenen Maßnahmen wird unserer Sportstadt gut zu Gesicht stehen. Die unverzügliche Umsetzung ist unverzichtbar für die Zukunft der Fortuna und des Fußballsports sowie des Schul-, Vereins- und Breitensports insgesamt.

Abschließend darf ich noch auf einen Punkt eingehen, der uns als CDU-Fraktion sehr am Herzen liegt. Dort befinden wir uns im tiefen Einverständnis mit unserem Oberbürgermeister.

(Martin Börschel [SPD]: Darauf muss man auch besonders hinweisen!)

- Im Gegensatz zu Ihnen haben wir einen Oberbürgermeister. Wir sind immer stolz darauf, mit ihm im Einklang zu sein, Herr Börschel.

(Beifall bei der CDU)

Es ist auch noch nicht gesagt, Herr Kollege, dass wir, wenn wir in der nächsten Legislaturperiode alle erneut gewählt sind, nicht auch wieder mit unserem eigenen Oberbürgermeister sprechen werden. So weit sind wir ja noch nicht.

(Zuruf von Peter Kron [SPD])

- Das ist doch in Ordnung, Peter. Ich habe es ja nur vorgeschlagen. Das machen wir auch weiter.

Bei dem Punkt, der uns sehr am Herzen liegt, geht es um die Würdigung eines großen Mäzens und Fußballpräsidenten aus Köln, der mehrere Jahrzehnte lang für diese Stadt viel Gutes getan hat. Deswegen bitten wir Sie, die Bezirkssportanlage Süd in "Jean Löring Sportpark" umzubenennen. Ich hoffe, dass wir hier Ihre Zustimmung finden.

In Bezug auf die Verhandlungen, die wir schon ein wenig geführt haben, sage ich Ihnen auch Folgendes: Sollten wir hier zur weiteren Behandlung im Sportausschuss kommen müssen, werden wir dies sicherlich mittragen - allerdings unter der Bedingung, dass uns die Ergebnisse der Gutachten, die seit ungefähr 34 Monaten auf dem Weg sind, auch endlich vorgelegt werden, damit wir vernünftig entscheiden können.

Hier geht es nämlich um das Wohl der Sportler und Sportlerinnen in Köln. Mehr wollen wir nicht. Daher bitte ich um Zustimmung. - Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Herzlichen Dank, Herr van Benthem. - Für die SPD-Fraktion Herr Bosbach, bitte.

Wolfgang Bosbach (SPD): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr van Benthem hat versucht, es kurz zu machen. Ich werde es kurz machen.

Mit dem Letzten - auch wenn er es nicht so deutlich ausgesprochen hat, wie ich es aussprechen möchte - können wir uns einverstanden erklären, nämlich mit der Vertagung beziehungsweise Überweisung an den Sportausschuss, und zwar unter der Bedingung, dass dieses Thema dort behandelt wird, wenn die Prüfung der Verwaltung - die nach meiner Zählung immerhin schon seit 35 Monaten auf sich warten lässt; er hat von 34 Monaten gesprochen; das ist auch egal - vorliegt. Es hat nämlich keinen Zweck, dass wir im Sportausschuss darüber beraten, wenn die Verwaltung ihre Aufgabe nicht gemacht hat.

Ich halte es für den richtigen Weg, das Ganze noch einmal im Sportausschuss zu behandeln. Ich sage Ihnen aber auch, weshalb der CDU-Antrag in der Art und Weise, in der er gestellt worden ist, nicht abstimmungsfähig ist. Es gibt nämlich einige Unstimmigkeiten.

Es gibt den Ratsantrag, der vor 35 Monaten einstimmig beschlossen wurde.

Es gibt den Ratsbeschluss vom Mai 2008 - nicht ganz so alt, aber immerhin auch schon fast ein Jahr -, in dem es um das Großmarktgelände geht.

Es gibt Unstimmigkeiten im Städtebaulichen Masterplan für die Kölner Innenstadt, der nachher noch einmal auf der Tagesordnung steht.

Es gibt, wie Sie alle wissen, zurzeit auch die an die Firma Deloitte vergebene Untersuchung über die Frage der Zukunft der städtischen Sportstätten in Köln. Das Ergebnis wird in den nächsten Tagen vorgelegt werden. Es wird ein Gespräch mit den sportpolitischen Sprechern stattfinden.

Das alles muss man abwarten. Wir sind damit einverstanden, das Ganze dann im Sportausschuss zu diskutieren, wenn die anderen Dinge vorliegen. Dies wird hoffentlich in einigen Monaten der Fall sein. Von daher bitten

wir die Verwaltung, diese einstimmig gefassten Planungsanträge des Rates zu bearbeiten.

Insoweit sind wir mit der Verweisung in den Sportausschuss - unter der Bedingung, dass dieses Thema erst aufgerufen wird, wenn die Vorlagen der Verwaltung vorliegen - einverstanden. Wir hoffen, dass wir dann ein ziemlich einheitliches Votum bekommen können. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Herr Bosbach. - Als Nächste spricht Frau Moritz für die Grünen.

Barbara Moritz (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren! Wahrscheinlich sind Sie erstaunt, mich hier zum Thema Sport reden zu hören. Ich springe hierfür nur temporär ein, weil Frau Thelen bis jetzt in Urlaub war. Im Übrigen möchte ich nicht verhehlen, dass ich als Südstadtbürgerin und Mitglied bei Fortuna beim oberflächlichen Lesen zunächst einmal eine spontane Sympathie verspürt habe.

(Karl Klipper [CDU]: Dann bist du befangen!)

Herr Oberbürgermeister, ich wollte Sie ohnehin fragen: Darf ich als Vereinsmitglied in dieser Angelegenheit eigentlich mit abstimmen?

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Ja. Ich bin ebenfalls Mitglied und stimme auch mit ab.

Barbara Moritz (Bündnis 90/Die Grünen): Ich wollte nur sichergehen - nicht dass hinterher irgendjemand eine Befangenheit konstruiert.

(Karsten Möring [CDU]: Solange Sie nicht im Vorstand sind, ist das kein Problem!)

Es wird Sie wundern, dass ich trotz meiner gerade geschilderten Sympathie für diesen Antrag darum bitte, ihn zurückzustellen, und zwar bis zu dem Zeitpunkt, zu dem uns bestimmte Unterlagen vorliegen.

Wie gerade schon gesagt wurde, wird derzeit eine Untersuchung über die Sportstätten

durchgeführt. Das Ergebnis wird in Kürze erwartet.

Egal zu welchem Schluss man kommt - ob man ein Stadion für viel Geld herrichtet, ob man ein Stadion verkleinert oder ob man ein Stadion ganz aufgibt -, wird es große Diskussionen geben. Von daher muss auch Datenmaterial vorliegen, auf dessen Grundlage man eine solche Entscheidung trifft.

Neben der Untersuchung über die Sportstätten finden auch vorbereitende Untersuchungen nach dem Baugesetzbuch für eventuelle Aufstellungen von Sanierungsgebieten statt. Das hat der Rat beschlossen. In diesem Zusammenhang werden auch Akteure, Nutzer, Eigentümer und Träger öffentlicher Belange gefragt. Diese Untersuchungsergebnisse liegen meines Wissens ebenfalls noch nicht vor.

Es gibt auch eine große Debatte über diesen Standort an sich. Ich erinnere nur an die Reden von 2006. Es wurde diskutiert, ob das Ganze nicht auch im Kontext mit den Angeboten in Zollstock zu sehen ist.

Wir müssen den sportpolitischen Bedarf natürlich auch entsprechend messen und uns fragen, ob das Stadion in dieser Größe notwendig ist. Zwar haben wir die Zuschauerzahlen gesteigert. Jetzt sind es - was zu begrüßen ist - im Durchschnitt nicht mehr 200 Zuschauer pro Spiel, sondern 1 200. Bei einem Gesamtangebot von 15 000 Plätzen sind wir von einer Auslastung aber noch weit entfernt.

Außerdem werden wir bestimmte Bedarfe künftig nicht mehr befriedigen müssen. Das gilt beispielsweise für das temporäre Spielen einer Einzelmannschaft. Bayer Leverkusen II will demnächst wieder in der eigenen Arena spielen. - Ist das richtig? Ich muss mich ein bisschen entschuldigen. Ich bin nicht die Expertin; ich springe ja nur ein.

Auch nachdem das Franz-Kremer-Stadion wiederhergestellt wurde und die Leichtathletik-Trainingsmöglichkeiten der Sporthochschule bestehen, darf man mit Recht fragen, ob man sich eine solche defizitäre Einrichtung in Zukunft überhaupt noch leisten kann.

Ich zitiere einmal aus der Begründung des CDU/FDP-Antrags aus dem Jahre 2006. Darin heißt es - Herr Köhler hat das hier auch vorgetragen -:

Die enormen Zuschüsse für das Südstadion belasten den

Wirtschaftsplan der Kölner Sportstätten GmbH und mittelbar den Haushalt der Stadt Köln in

- jetzt kommt es -

kaum noch zu verantwortender Weise. Dies ist vor dem Hintergrund der wachzunehmenden Finanzverantwortung nicht länger hinnehmbar.

Herr Oberbürgermeister, das war im Juni 2006.

(Walter Grau [CDU]: Na und? Drei Jahre sind viel!)

Ich frage Sie: Hat sich unsere Haushaltssituation jetzt entspannt? Angesichts der internationalen Finanzlage, der zu erwartenden Gewerbesteuerrückgänge, der bevorstehenden zusätzlichen Belastungen durch Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit sowie - ich wage es kaum zu sagen - der zu erwartenden Mehrbelastungen durch das Unglück und seine Folgen kann man unsere Finanzsituation ausdrücklich nicht als entspannter als im Jahre 2006 bezeichnen.

Vor diesem Hintergrund muss man die Fakten noch sorgfältiger prüfen, bevor man sich zu einem solchen Antrag entschließt. Das heißt nicht, dass wir ihn vom Tisch wischen wollen. Wir wollen, dass das Ganze sorgfältig geprüft wird; denn wir tragen den Sportfreunden Köln, aber auch allen anderen Kölner Bürgerinnen und Bürgern gegenüber die Verantwortung, nachhaltige Finanzpolitik zu machen.

Wir sind mit einer Verweisung in den Sportausschuss einverstanden und bitten darum, das Ganze erst dann zu behandeln, wenn das Material der Verwaltung auch tatsächlich vorliegt.

In diesem Zusammenhang appellieren wir an Sie, Herr Oberbürgermeister, den Damen und Herren ein bisschen Druck zu machen.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Ich meine, hier sei die Sportstätten GmbH zuständig.

Barbara Moritz (Bündnis 90/Die Grünen): Es gibt aber auch Untersuchungen, die im Planungsdezernat durchgeführt werden. Ich würde gerne alle Untersuchungen zusammen betrachten. - Danke.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Fritz Schramma:
Herzlichen Dank, Frau Moritz. - Herr Breite, bitte.

Ulrich Breite (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Was hätte man anderes erwarten können? Seit 2005 wird vertagt und verschoben, wenn es um wichtige Projekte für die Menschen geht. Das haben wir schon beim Großmarkt und beim Deutzer Hafen erlebt. Beim Fußball, der Sportart der Nation, geht es jetzt so weiter. Hier soll ebenfalls vertagt werden, weil sich Rot-Grün wieder einmal nicht entschließen kann, etwas Wichtiges durchzuführen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP)

Wir werden diesen Punkt vertagen; das kennen wir ja schon. Lassen Sie uns hoffen, dass er im Sportausschuss dann nicht untergeht. Dort gibt es nämlich ganz andere Mehrheiten. Im Sportausschuss haben SPD und Grüne ihre eigenständige Mehrheit. Am Ende bekommt man das in der Öffentlichkeit vielleicht gar nicht mehr mit.

Wir wollen uns der Diskussion im Sportausschuss aber nicht entziehen. Insbesondere - diese Argumentation ist richtig - wollen wir nämlich auch die Untersuchung über die Sportstätten abwarten.

Was ich in diesem Zusammenhang höre, ruft in mir allerdings schon die Sorge hervor, ob wir wirklich gute Konzepte kriegen. Hier warte ich auf die Ergebnisse der Untersuchung. Es war immerhin das erste Projekt von Schwarz-Grün, ein Kind von euch, als ihr die Kölner Sportstätten GmbH aus der Taufe gehoben habt - gegen ganz erhebliche Widerstände. Die CDU und die Grünen sollten sich noch einmal die Debatten anschauen und nachlesen, wie der Oberstadtdirektor seinerzeit versucht hat, das zu verhindern. CDU und Grüne mussten ein Jahr dafür kämpfen. Es ist übrigens interessant, wie Herr Frank in der Debatte dafür gekämpft hat. Ich befürchte, dass dieses Kind von CDU und Grünen mit dieser Untersuchung begraben werden soll. Lassen Sie uns also darauf achten, ob diese Untersuchung wirklich unabhängig und neutral ist und ob sie wirklich auf die Fakten - insbesondere auf die wirtschaftspolitischen Fakten - Rücksicht nimmt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ganz eindeutig haben sich, wie hier angesprochen worden ist, die Anforderungen für den Fußball-

ligabetrieb erhöht. Das bedeutet natürlich auch bei uns einen anderen Bedarf. Wir brauchen ein Stadion, das wir dafür nutzen können. Das gerade genannte RheinEnergieStadion können wir dafür nicht nutzen, weil es für den Ligabetrieb zu teuer und zu groß ist. Das von Frau Moritz angesprochene Franz-Kremer-Stadion wird nach dem Umbau zwar diese Voraussetzungen erfüllen. Es kommt aber nur den Teams des 1. FC Köln zugute. Damit können wir bei den anderen Vereinen nicht punkten.

Darum brauchen wir ein Stadion, das dem Anspruch des DFB und der Deutschen Fußball Liga GmbH - DFL - entspricht, um Kölner Fußballvereinen auch den Ligabetrieb in der Regionalliga, in der NRW-Liga oder sogar in höheren Ligen zu ermöglichen. Stellen Sie sich nur vor, dass ein Kölner Verein aufsteigt, aber nicht in der entsprechenden Liga spielen kann, weil Köln keine adäquate Spielstätte besitzt. Damit würde Köln wieder einmal zur Lachnummer in Deutschland werden. Deshalb dürfen wir das nicht zulassen.

Wir brauchen aber auch für Jugendländerspiele, Spiele der U-21-Nationalmannschaft und Spiele des Frauen-Nationalteams ein Stadion. Sonst würde man bei diesen Veranstaltungen einen großen Bogen um Köln machen. Das darf nicht passieren.

Deshalb ist der Antrag der CDU-Fraktion folgerichtig, das Südstadion zu einer ligatauglichen Fußballstätte auszubauen. Die FDP-Fraktion unterstützt darum diese Forderung aus dem Antrag.

Auch die hier schon angesprochene Umwandlung des Tennenplatzes der Bezirkssportanlage Süd in einen Kunstrasenplatz komplettiert ein zeitgerechtes Sportangebot.

Die FDP-Fraktion kann sich jedoch nicht mit der in dem Antrag geforderten Sanierung der Laufbahn im Südstadion anfreunden. Leichtathletik ist schon lange kein Massenbeziehungsweise Volkssport mehr. Wer sich die Beschaffenheit der Kölner Sportanlagen anschaut, kann dies auch nicht annehmen, meine sehr verehrten Damen und Herren. Die Kölner Laufbahnen werden so intensiv genutzt, dass darauf schon Bäume wachsen. Ich kann Ihnen entsprechende Bilder von Sportanlagen zeigen. Nein, wir brauchen hier keine weitere Sanierung einer Laufbahn.

Ich selber bin noch vor knapp vier Jahren auf dieser Bahn gelaufen. Damals mussten wir sogar

die Starterblöcke mitbringen. Bei der Sporthochschule habe ich mir dann auch noch die Schusspistole ausgeliehen, was gar nicht so einfach war. Das ist dort nämlich gar nicht mehr vorhanden.

Daran erkennen Sie, dass wir ein solches Angebot nicht brauchen. Über eine so teure Sanierung nur für Bundesjugendspiele sollten wir zweimal nachdenken und überlegen, ob wir das Geld nicht besser ausgeben können.

Vielleicht kommt die Zeit für Leichtathletik ja wieder. Ich weiß, dass sich der Oberbürgermeister bei dem wichtigsten Turnier in diesem Stadion, dem ASV-Turnier, sehr stark engagiert hat. Das waren aber andere Zeiten. Damals war es hervorragend. Man muss aber einfach sehen, dass dieser Bedarf hier zurzeit nicht vorhanden ist.

In unserem Änderungsantrag beantragen wir außerdem die Streichung von Punkt 5 des Antrags der CDU-Fraktion, die Bezirkssportanlage Süd in "Jean Löring Sportpark" umzubenennen. Jean Löring war eine wahrhaft schillernde Persönlichkeit - eine Persönlichkeit mit Höhen, aber auch Tiefen. Wir Liberale wollen in keiner Weise die Leistungen des Herrn Löring für den Kölner Fußball und insbesondere für die Jugendarbeit kleinreden. Für eine Umbenennung ist aber - ich möchte es diplomatisch ausdrücken - die gesamte Lebensleistung zu bewerten. Wir meinen, dass die Bewertung noch nicht abgeschlossen ist. Sie braucht noch ihre Zeit, meine sehr verehrten Damen und Herren. Insbesondere brauchen auch die Gläubiger noch ihre Zeit, damit die Wunden heilen.

Deshalb bitte ich für meine Fraktion darum, dass man unserem Änderungsantrag zustimmt oder unsere Forderungen mit im Sportausschuss diskutiert. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Herr Breite. - Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist im Moment nicht der Fall.

Zunächst werden wir über den Verweis in den Sportausschuss entscheiden. Ich habe die Signale vernommen, dass man sich dort dem Thema weiter widmen will. Wie ich gehört habe, sollen die Ergebnisse der Sportstätten GmbH bis

Ende Mai vorliegen, sodass es dann auch zügig vorangehen kann.

Ich möchte noch einmal allen Fraktionen mit auf den Weg geben, dem Wunsch des Vereins und auch meinem Wunsch sowie auch dem der Antragsteller und vielen anderen, die Bezirkssportanlage so zu benennen, nachzukommen. Das kostet wenig Geld. Man sollte recht schnell zu einer Entscheidung kommen. - Jean Löring hat damals mit über 500 Jugendlichen die Basis gelegt; er hat es verdient. Die Bezirkssportanlage wird ja in jedem Fall bestehen bleiben; sie steht hier nicht zur Debatte. Deshalb kann man zügig verfahren.

Beantragt ist Verweis in den Sportausschuss. Wer ist dagegen? - Dagegen ist keiner. Enthaltungen? - Gibt es auch nicht. Dann solltet ihr in diesem Ausschuss recht bald zu einer Lösung kommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 2.1.8 auf:

2.1.8 Antrag der FDP-Fraktion betreffend „Errichtung einer ‚Schule für Europa‘“ AN/0675/2009

Dazu spricht zunächst für die antragstellende Fraktion Frau Gebauer.

Yvonne Gebauer (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Was haben die Städte Frankfurt am Main, Karlsruhe und München, das wir nicht haben? Jeweils eine sogenannte klassische europäische Schule, an welcher Kinder beziehungsweise Jugendliche, beginnend mit dem Kindergarten und der Grundschule, einen internationalen Abschluss erwerben können. In diesen Genuss wird Köln wahrscheinlich nicht mehr kommen - leider -, da weitere Gründungen dieser klassischen europäischen Schule vorerst in Deutschland und in Europa nicht geplant sind.

Dennoch gab es seitens des Schulverwaltungsamtes der Stadt, auch im Rahmen der Vereinbarungen mit der EASA, Anstrengungen, in Köln eine „Schule für Europa“ einzurichten. Diese sollte aus bis zu drei Grundschulzügen sowie einem Gymnasium mit einer dreizügigen Sekundarstufe I und einer fünfzügigen Sekundarstufe II bestehen. Beginn für die Grundschule und den Sekundarbereich I sollte laut Verwaltung der 1. August 2008 sein. In diesem Zusammenhang ist Anfang vergangenen Jahres seitens der Verwaltung versucht worden, an der Grundschule Annastraße einen

international ausgerichteten Grundschulzweig für insgesamt 28 Kinder einzurichten. Im Mai 2008 ist dieses Vorhaben daran gescheitert, dass sowohl Eltern als auch Schulleitung im Vorfeld unzureichend informiert worden sind. Auch noch im vergangenen Jahr ließ die Verwaltung nochmals mitteilen, dass in Köln mittelfristig die Einrichtung einer Sekundarschule für Europa geplant ist, die zum deutschen und zum französischen Abitur führen wird und im sprachlichen Bereich zahlreiche Zusatzangebote beinhaltet.

Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren, Köln wirbt, eine weltoffene Stadt zu sein, die Bürger aus 184 Nationen beherbergt. Köln bewirbt sich um die Ansiedlung internationaler Unternehmen. Aber Köln muss es auch schaffen, den europäischen Gedanken in die Stadt zu bringen.

(Beifall bei der FDP)

Dieser europäische Gedanke darf sich nicht nur in den Spielern des 1. FC Köln widerspiegeln.

(Beifall von Ulrich Breite [FDP])

Wenn wir in Köln auch im internationalen Bildungsbereich in der ersten Liga mitspielen wollen, müssen wir das volle Spektrum abbilden. Wenn wir als größte Kommune Nordrhein-Westfalens an dem europäischen Gedanken partizipieren wollen, müssen wir diesen auch vor Ort leben; denn: Köln kann mehr - auch im Sinne von Europa. Eine „Schule für Europa“ ist unsere bildungspolitische Antwort auf ein zusammenwachsendes Europa.

Meine Damen und Herren, in unserem Antrag haben wir bewusst auf eine ausschließliche Einrichtung der „Schule für Europa“ auf dem Sürther Feld verzichtet, weil wir darüber in Kenntnis gesetzt worden sind, dass es schon intensive Verhandlungen bezüglich bereits vorhandener Mietobjekte gegeben hat. Diese müssen natürlich ebenfalls bei der Planung berücksichtigt werden. Aber mit dem Weggang des zuständigen Sachbearbeiters bei der Schulverwaltung steht die „Schule für Europa“ schon seit gut einem Jahr nicht mehr auf der Tagesordnung. Die FDP-Fraktion hat durch die Verabschiedung des Bebauungsplans Sürther Feld sowie den hier heute vorliegenden Antrag die notwendige Maßnahme ergriffen, die Einrichtung dieser Schule wieder auf die Agenda der Verwaltung zu setzen. Lassen Sie die bereits getätigten Ansätze und Vorhaben der Verwaltung nicht im Nirwana enden. Mit der

Verabschiedung dieses Antrags sollten wir ihnen heute den dringend notwendigen Drive zur Umsetzung geben. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Herzlichen Dank, Frau Gebauer. - Ich möchte nun die Dezernentin Frau Dr. Klein um Stellungnahme bitten.

Beigeordnete Dr. Agnes Klein: Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Natürlich ist das bei uns auf der Agenda, Frau Gebauer, auch wenn die ursprünglichen Großplanungen, die wir einmal hatten - das war in der Bahnstraße -, auf Schwierigkeiten gestoßen sind. Aber weil das Schulministerium uns einen Strich durch die Rechnung gemacht hat, haben wir unsere Planungen umstellen müssen.

Zur aktuellen Situation: Eine internationale Kita zur Abrundung des Gesamtangebots haben wir in Deutz bereits.

Sie haben das Problem an der Grundschule Annastraße angesprochen. Die Gemeinschaftsgrundschule Annastraße hat vor wenigen Wochen - das finde ich sehr erfreulich - ihren Schulkonferenzbeschluss revidiert. Nachdem wir noch einmal sehr aktiv mit der Schule gesprochen haben - die aktuellen Anmeldezahlen für diese Schule haben dabei natürlich auch eine Rolle gespielt -, haben die Elternvertreter und die Schulleitung, obwohl es im Moment nur eine kommissarische ist, deutlich gemacht, dass sie eine „Schule für Europa“ werden wollen.

Zu den Bedenken, die bestanden: Ich gebe zu, dass die Kommunikation im letzten Jahr vielleicht etwas anders hätte laufen müssen. Die Schule war stark verunsichert, weil sie von einer Zwei-Klassen-Situation ausgegangen ist, die von uns niemals beabsichtigt war. Aber jetzt hat die Grundschule Annastraße eine völlig andere Beschlusslage. Sie ist jetzt so aufgestellt, dass sie das möchte. Das Schulamt der Stadt Köln ist aktuell dabei, eine entsprechende Leitungskraft zu akquirieren; denn solche Projekte sind natürlich nur tragbar, wenn jemand an der Spitze steht, der ein solches Projekt befördert.

Damit hätten wir eine Kita und eine Grundschule. Offen ist noch die Frage nach dem weiterführenden Bereich. Wir arbeiten in einer

Projektgruppe mit der Gesamtschule in Zollstock und deren Schulleiterin Frau Naegele zusammen. Diese Schule ist bereits eine Europaschule. Wir wollen diese Schule weiterentwickeln. Wenn das gelingt, haben wir quasi ein modulares System bestehend aus Kita in Deutz, Grundschule Annastraße und weiterführendem Bereich in Zollstock, verbunden über eine Dach- und Beiratskonstruktion. An diesem Projekt arbeiten wir im Moment. Das heißt, das Thema ist keineswegs verwaist. Es steht sehr wohl auf der Tagesordnung.

Schwierigkeiten gab es, weil uns das Schulministerium deutlich gemacht hat, dass es einen Schulversuch nicht geben wird; das war sozusagen eine inhaltliche Hürde. Deshalb haben wir unsere Planungen eines Großprojektes aufgeben müssen. Wir sind der Auffassung, dass es wahrscheinlich pragmatischer und auch auf der Zeitschiene schneller umsetzbar ist, wenn wir die vorhandenen Standorte, die in dieser Stadt schon erfolgreich arbeiten, nutzen. Diese müssen wir optimieren, indem wir sie umbauen und dann über ein Verbundsystem weiterentwickeln. Gerade mit der Grundschule Annastraße sind wir seit wenigen Wochen auf einem recht guten Weg. - Danke schön.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Frau Dr. Klein. - Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Schöppe für pro Köln.

Bernd M. Schöppe (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Werte Kolleginnen und Kollegen! Als ich mir den Antrag angeschaut habe, stach mir als Erstes das Wort „Sürther Feld“ ins Auge. Da sind bei mir natürlich gleich die Alarmleuchten angegangen. Das Sürther Feld wollen wir nicht bebaut wissen. Insofern ist das ein Minuspunkt dieses Antrags, gar keine Frage. Eben war zwar von der Annastraße die Rede - das wäre etwas anderes -, aber auf dem Sürther Feld brauchen wir weder eine Wohnbebauung noch eine Schule. Dementsprechend ist das schon einmal hinfällig.

Zum Punkt internationaler Abschluss. Das ist ja ganz „toll“. Ich kann mich noch an Zeiten erinnern, als es in Deutschland noch Abschlüsse gab, die überall gern gesehen waren, mit denen man überall in der Welt etwas anfangen konnte. Nicht dass Sie das falsch verstehen: Ich meine die 50er- und 60er-Jahre. Jetzt sollen wir eine

„Schule für Europa“ nötig haben, damit ein internationaler Abschluss erlangt werden kann.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich die Migration ansprechen. Der eine oder andere von Ihnen ist vielleicht gewohnt, dass wir immer nur von Einwanderung sprechen. Wir sollten aber auch einmal an die Auswanderung denken. Die Zahl derjenigen, die auswandern, steigt seit Jahren und Jahrzehnten.

(Unruhe)

- Es wäre schön, wenn Sie hier die Ruhe bewahren könnten. - Wir brauchen keine internationalen Abschlüsse; denn sie könnten dazu führen, dass noch mehr Leute auswandern. Wir brauchen diese Leute hier bei uns im Lande. Wir brauchen hier die Fachkräfte. Internationale Abschlüsse bewirken eher, dass noch mehr Leute abwandern.

Auch in der Bezirksvertretung Rodenkirchen haben wir die Problematik „Schule für Europa“ in Zusammenhang mit den Schulstandorten Annastraße, Sürther Feld und dergleichen schon relativ oft diskutiert. Vonseiten des Schulamtes gab es Versuche, uns ein Konzept darzulegen. Allerdings konnte uns dieses Konzept nicht klar überzeugen, weil es nämlich keiner richtig verstehen konnte. Es ging dabei einfach nur um den tollen Namen: „Schule für Europa“. Sollen wir alle dafür sein, weil Schule und Europa an sich feine Sachen sind? Das halte ich ganz klar für Blödsinn.

Unsere Bildungspolitik war einmal begehrt und beliebt, sie war ein Exportschlager. Auf dieses Niveau sollten wir zurückkommen, auch ohne eine „Schule für Europa“. In diesem Sinne plädiere ich dafür, diesen Antrag abzulehnen. Wir von der Fraktion pro Köln werden gegen diesen Antrag stimmen.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Jetzt spricht Frau Ulke.

Sabine Ulke (Bündnis 90/Die Grünen): Die Verwaltung hat die Situation dargestellt; wir sind auf einem guten Weg. Nachdem wir die Absage von der Landesregierung bekommen haben, haben wir die Zeit genutzt und viele Initiativen gestartet, wie sie Frau Dr. Klein gerade beschrieben hat.

Ich möchte noch eines sagen: Am Anfang der Debatte wurde von der FDP geäußert, das andere Städte etwas haben, das wir in Köln nicht haben; das stimmt so nicht. Denn Internationale Abschlüsse können an zwei Schulen in unserer Stadt erworben werden, nämlich am FEG und am Gymnasium in Porz. Darüber hinaus kann das französische Abitur, das Baccalauréat, am Gymnasium Kreuzgasse erworben werden. Insofern sind wir gut aufgestellt.

Wir halten es für fraglich, ob dieses Projekt in Sürth eingeführt werden muss, vor allem weil die Schulen ihre Profile schon entwickelt haben. Die Grundschule im Sürther Feld hat das Profil des Gemeinsamen Unterrichts. Das wollen wir fördern und haben bereits beantragt, die dafür notwendigen Stellen im Wesentlichen zu verdoppeln. Ich plädiere dafür, dass wir diese Schule jetzt nicht umwidmen, sondern ihr diesen Auftrag lassen, nämlich den Gemeinsamen Unterricht durchzuführen.

Wir haben eine Europaschule; das ist heute schon mehrmals erwähnt worden. Mit dem Namen „Schule für Europa“, den Sie heute immer wieder betont haben, suggerieren Sie, dass das etwas anderes sei als eine ganz normale Schule, an der man internationale Abschlüsse machen kann. Eine Europaschule wird von Brüssel bezuschusst. Dagegen müssten wir eine Schule, wenn wir sie neu bauen würden, selbst finanzieren. Das ginge zulasten der anderen Schulen; das lehnen wir ab.

Ich würde sogar sagen, dass der Antrag der FDP als erledigt zu betrachten ist. Insofern wäre es gar nicht notwendig, darüber abzustimmen; denn die darin enthaltene Intention wird bereits verfolgt; sie ist auf der Agenda. Wir lehnen diesen Antrag ab.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön. - Herr Klipper, bitte.

Karl Klipper (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Sie werden sich wundern, warum ich zu diesem Thema hier ans Pult trete.

(Sabine Ulke [Bündnis 90/Die Grünen]:
Nein!)

Ich darf Sie daran erinnern, dass ich schon vor sechs oder sieben Jahren

(Sabine Ulke [Bündnis 90/Die Grünen]:
Genau!)

vehement gefordert habe, dass das internationale IB in Köln erworben werden kann. Das IB stand damals am Anfang der Diskussion über internationale Abschlüsse. Ich finde, es ist eine Schande, dass es eines Antrags der FDP bedarf, damit die Schulverwaltung dem Auftrag, den Erwerb eines internationalen Abschlusses in Köln zu ermöglichen, weiter nachkommt.

(Beifall bei der FDP sowie von Winrich
Granitzka [CDU])

Wir, der Rat der Stadt Köln, haben am 25. März 2004 beschlossen, dass eine der weiterführenden Schulen in Köln die Möglichkeit erhalten soll - ich zitiere -, „sich das Profil einer Internationalen Schule zu geben“. Die Errichtung einer „Schule für Europa“ wäre die konsequente Umsetzung dieses Beschlusses.

Einen zweiten Punkt will ich anführen und insbesondere auch den Wirtschaftsdezernenten ansprechen. Wir haben mit der EASA einen Vertrag geschlossen, der unter anderem beinhaltet, dass in Köln eine Internationale Schule eingerichtet wird. Ich betone noch einmal: Wir brauchen diese Internationale Schule, um internationale Unternehmen nach Köln zu holen und damit Köln internationaler wird. Deren Mitarbeiter kommen oft auch aus dem europäischen Ausland nach Köln. Für diese Unternehmen ist es ein wichtiges Entscheidungskriterium, ob die Kinder ihrer Mitarbeiter hier eine Internationale Schule besuchen können, damit sie, wenn sie mit ihren Eltern nach einer gewissen Zeit wieder woanders hinziehen, keine größeren Probleme bekommen. Diese Schule fehlt nach wie vor.

Frau Dr. Klein, Sie haben eben vorgetragen, Sie würden schon daran arbeiten. Darauf sage ich: Seit der Vorlage aus dem Jahr 2007 ist an diesem Projekt Einrichtung einer Internationalen Schule mit einem internationalen IB oder mit einem europäischen Abschluss nichts getan worden. Das geht zulasten der Wirtschaft in unserer Stadt.

(Beifall bei der FDP)

Immer wieder eine neue Kommission einzusetzen oder einen neuen Zusammenschluss von verschiedenen Bereichen innerhalb der Verwaltung zu initiieren, wird nicht zur Lösung dieses Problems führen. Wir verlieren den Vorsprung wieder, den wir Anfang

dieses Jahrhunderts hier in Köln im internationalen Vergleich schon gewonnen hatten - und das, obwohl wir damals hervorragend aufgestellt waren.

Ich frage Sie, Frau Klein: Warum verlassen so viele Schüler in der 11. Klasse das Gymnasium und gehen nach England, wo sie einen internationalen Abschluss wie das IB erwerben können?

(Widerspruch bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen sowie bei der Linken.Köln)

Weil sie diesen Abschluss an hiesigen Schulen nicht machen können. Frau Ulke, ich kenne das Problem. Ich selbst habe zwei Kinder, die in England ihren IB gemacht haben. Sie haben es erheblich besser gehabt.

(Zurufe)

Machen Sie die internationalen Abschlüsse, um die es hier geht, möglich und beharren Sie nicht weiter auf diesem veralteten Schulsystem!

(Lachen bei der SPD sowie beim Bündnis 90/Die Grünen - Zuruf von der SPD: Meinen Sie das dreigliedrige Schulsystem?)

Es liegt an uns, sie auszugestalten. Wenn Sie nach USA, England oder in andere europäische Länder blicken, werden Sie feststellen, dass dieses gegliederte Schulsystem richtig ist und zum Erfolg führt. Sie müssen nur wollen, dass wir hier in Köln Schulen einrichten, an denen ein internationaler Abschluss gemacht werden kann. Genau dies bezweifle ich allerdings.

Ich wundere mich, dass der Wirtschaftsdezernent in dieser Diskussion nicht das Wort ergreift; denn die Einrichtung einer Internationalen Schule ist eigentlich Voraussetzung dafür, dass sich internationale Unternehmen hier in Deutschland ansiedeln. Diese Chance scheint vertan.

Frau Klein, da können Sie sagen, was Sie wollen. Ich könnte Ihnen noch weitere Punkte nennen. Sorgen Sie dafür, dass an mehreren Schulen der IB und an anderen Schulen der europäische Abschluss gemacht werden kann, auch wenn das zurzeit nur sehr schwer umzusetzen ist. Initiativen wie die Internationale Friedensschule in Widdersdorf oder die St. George's English International School sind Privatinitiativen. Das sind keine Initiativen, die von der Stadt kommen.

(Sabine Ulke [Bündnis 90/Die Grünen]):
Für alle Kinder! - Zuruf von Ulrich Breite [FDP])

- „Für alle Kinder“. Hören Sie doch auf! - Wir brauchen Leute, die hervorragend ausgebildet sind, Frau Ulke.

(Sabine Ulke [Bündnis 90/Die Grünen]): Aber mehr, mehr!

Wir brauchen Leute, die international bestehen können. Ansonsten werden Sie den Standort Köln auf den Stand der 90er-Jahre zurückführen, als die SPD hier die Mehrheit hatte. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei Teilen der CDU
und der FDP)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke, Herr Klipper. - Frau Heuer für die SPD-Fraktion.

Ulrike Heuer (SPD): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! In gewisser Weise ist das ein Déjà-vu-Erlebnis, Herr Klipper. Wir haben schon des Öfteren über Ihre Kinder gesprochen und darüber, dass Sie sie in andere Länder geschickt haben, damit sie dort eine gute Ausbildung bekommen. Ich glaube, das trifft den Punkt. Wir haben einfach ein Schulsystem,

(Karl Klipper [CDU]: 50 Jahre SPD in Nordrhein-Westfalen! Sie haben vollkommen recht!)

das in vielerlei Hinsicht hinterhinkt, unmodern ist und unsere Schüler nicht optimal ausbildet.

(Beifall bei der FDP - Ulrich Breite [FDP]: 50 Jahre SPD! Das ist Ihr Erbe! Vollkommen richtig!)

- Wir kämpfen dafür, dass sich das ändert. - Ich plädiere allerdings dafür, dass wir bei diesem Thema den Wahlkampf einmal beiseite lassen und wieder auf eine sachliche Ebene zurückkehren. Vielleicht wollten Sie mit Ihrem Antrag kurz vor der Europawahl noch einen besonderen Coup landen.

Ich teile viele der hier geäußerten Ansichten und auch den Unmut darüber, dass diese Dinge in der Verwaltung so lange dauern.

(Zurufe von der FDP: Aha!
- Beifall bei der FDP)

- Es ist schön, dass die FDP mir auch einmal zustimmt. - Es müssen Gespräche mit den Schulen geführt werden. Wir alle sind uns einig, dass es eine Entscheidungsbefugnis der Schulen geben muss, dass wir sie mitnehmen wollen und dass Schulkonferenzen miteingebunden werden müssen. Dem widerspricht hier sicherlich niemand. Diese Gespräche sind inzwischen geführt worden.

Ich plädiere dafür, jetzt diesen Weg beizubehalten und zu sagen: Die Grundschule Annastraße soll sich auf den Weg machen. Die Eltern wollen mitmachen, die Lehrerinnen und Lehrer auch. Auch die Europaschule in Zollstock wollen wir auf diesem Weg mitnehmen. Die Kollegen und Kolleginnen dort haben sich schon warmgelaufen, um diese Dinge mit uns gemeinsam weiter voranzutreiben.

Deshalb plädiere ich dafür, dass wir als Rat der Verwaltung ganz klar sagen, dass es jetzt schneller geschehen muss. An dieser Stelle besteht doch Konsens. Wir sollten im Sürther Feld jetzt nicht ein neues Fass aufmachen. Das würde das Ganze nur wieder verzögern. - Danke.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Frau Heuer. - Jetzt spricht Herr Kellner.

Michael Kellner (Die Linke.Köln): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Frau Dr. Klein hat von Verwaltungsseite schon eine ganze Menge dazu gesagt.

(Ralph Sterck [FDP]:
Frau Heuer auch!)

Ich will aber von politischer Seite noch einiges erwähnen.

Aus der Diskussion mit der Verwaltung über das Thema „Errichtung einer Schule für Europa“ wurde für mich deutlich, dass die Verwaltung Schiffbruch erlitten hat, weil das Land nicht bereit war, diesen Schulversuch zu bezahlen. Das ist einfach so.

(Karl Klipper [CDU]: 2004 und 2007 - drei Jahre!)

Ich finde, die FDP-Fraktion hat sehr schlecht recherchiert. Ansonsten hätten Sie gewusst, dass man ein fremdes Modell einer Schule wie

der Ernst-Moritz-Arndt-Schule nicht einfach aufpfropfen kann, weil diese Schule schon längst in ein Modell, nämlich in den Gemeinsamen Unterricht, eingebunden ist. Sie arbeitet eng mit der Gesamtschule Rodenkirchen zusammen. Mit der engen Zusammenarbeit dieser beiden Schulen wird der Ratsbeschluss zur Ausweitung des Gemeinsamen Unterrichts auch auf die Sekundarstufe vorbildlich umgesetzt. Es wäre völlig kontraproduktiv, die gewachsene Zusammenarbeit dieser beiden Schulen zu stören, indem der Grundschule ein fremdes Modell aufgepfropft wird.

Ein weiterer Punkt. Ich finde es schon hart, dass Sie die Europaschule, die es in Zollstock bereits gibt, einfach übergehen.

(Karl Klipper [CDU]: Das ist keine Europaschule! Die kriegen ja keinen europäischen Abschluss!)

Sie wird in Ihrem Antrag überhaupt nicht erwähnt. Die Gesamtschule in Zollstock heißt nicht nur Europaschule, sondern sie ist eine Europaschule, in der es viel Erfahrung gibt. An ihr werden schon ab der 5. Klasse neben Englisch viele weiteren Sprachen angeboten sowie verschiedene Fächer bilingual unterrichtet.

(Zuruf von Karl Klipper [CDU]: Aber sie kriegen keinen europäischen Abschluss!)

- Herr Klipper, Sie können sich ja dafür einsetzen, dass das Schulsystem von England auch hier durchgesetzt wird. Dann wären wir schon einen Schritt weiter.

(Zurufe bei der Linken.Köln und beim Bündnis 90/Die Grünen: Ja! - Heiterkeit)

Die Europaschule in Zollstock ist eingebunden in das Netzwerk der Europaschulen und sogar mit der Prüfung europäischer Standards an anderen Schulen beauftragt. Sie arbeitet eng mit der nahegelegenen Gemeinschaftsgrundschule Annastraße zusammen. Frau Dr. Klein hat schon erwähnt, dass die Schulkonferenz inzwischen ihren alten Beschluss revidiert hat und die Schule nun bereit ist, die europäischen Standards zu erfüllen.

Damit besteht meines Erachtens schon eine klar geplante europäische Schullandschaft. Natürlich muss sie noch erweitert werden. Natürlich müssen die Ressourcen noch besser genutzt und weiter ausgebaut werden. Aber es besteht bereits ganz klar eine europäische Schullandschaft in dem von der FDP geforderten

Bezirk, die die Bedürfnisse der europäischen Familien, die hier in Köln leben, erfüllt. Von all dem weiß die FDP offensichtlich nichts. Entweder hat sie miserabel recherchiert oder sie will nichts davon wissen. Dann allerdings muss sich die FDP den Vorwurf gefallen lassen, dass sie rechtzeitig zur Europawahl die Errichtung einer exklusiven Schule in einem exklusiven Gebiet für ein exklusives Publikum beantragt, um damit auf Stimmenfang zu gehen. Das Ganze soll dann auch noch von der Stadt bezahlt werden. Wie sie das bezahlen soll, wird jedoch nicht gesagt.

Wir brauchen in Köln keine exklusiven, sondern eher inklusive Schulen,

(Beifall von Jörg Detjen
[Die Linke.Köln])

und zwar für alle Kinder. Wir sollten die bereits bestehenden Systeme und Ressourcen nutzen und ausbauen. Die Fraktion Die Linke.Köln wird dem Antrag der FDP-Fraktion nicht zustimmen.

(Beifall bei der Linken.Köln)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Herr Kellner. - Jetzt noch einmal Frau Gebauer.

Yvonne Gebauer (FDP): Ich möchte noch einige Dinge richtigstellen. Herr Kellner, es ist ja schön, wenn Sie vorlesen, was Sie in Ihrer Zeitung geschrieben haben. Ich glaube aber, dass Sie schlecht recherchiert haben und nicht ich.

(Jörg Detjen [Die Linke.Köln]: Sie dürfen das lesen!)

Wenn es seitens der Grundschule Annastraße die Bereitschaft gibt, dort einen internationalen Grundschulzweig einzurichten, finde ich das sehr positiv. Das steht auch nicht konträr zu unserem Antrag. Wenn man sich diesen nämlich genau durchliest, erfährt man, dass der festgesetzte Standort auf dem Sürther Feld, der ja variabel sein soll - auch das haben Sie nicht richtig gelesen, Herr Kellner -, um eine weiterführende Schule mit den Sekundarstufen I und II ergänzt werden soll; dort ist auch ein Platzhalter dafür gegeben. Im Rahmen dieser Planungen soll überprüft werden - unser Antrag beinhaltet ja auch einen Prüfauftrag -, inwieweit der zukünftige Grundschulstandort dort in die „Schule für Europa“ integriert werden kann, sodass ein Verbund beider Schulen entsteht.

Vor einem Jahr hat die Schulkonferenz der Grundschule Annastraße noch Nein gesagt. Seitdem hatten wir den Eindruck: Still ruht der See. Der Schulausschuss hat über den neuen Beschluss der Grundschule Annastraße mehr aus den Medien erfahren als von der Verwaltung. Eine Sache, die nicht richtig ist, nämlich dass wir unsere Informationen aus den Medien beziehen müssen. Wenn der Schulstandort Annastraße jetzt sagt: wir eröffnen hier einen internationalen Grundschulzweig, dann steht dem von unserer Seite nichts entgegen.

Wir sagen: Wir möchten tatsächlich eine eigene „Schule für Europa“ in Köln installiert wissen. Ich möchte Ihnen auch sagen, warum. Es gibt diverse Vorlagen der Verwaltung, beginnend mit dem Jahre 2007. Lassen wir einmal die Frage der Finanzierung weg. Ich denke, wenn wir internationale Unternehmen nach Köln holen wollen, muss es einer Kommune wie Köln auch gelingen, eine Internationale Schule hier anzusiedeln. In dem Beschlussvorschlag der Verwaltung vom 3. September 2007 heißt es - ich darf zitieren -:

Die „Schule für Europa“ ergänzt und bereichert das bisherige öffentliche und private Schulwesen in Köln.

St. George's ist ja eine Privatschule. Das heißt, dort muss man Schulgeld bezahlen.

Ein Bedarf für eine derartige Einrichtung ergibt sich sowohl aus den Ansprüchen einer teils globalisierten, teils auch europäisierten Ausbildungs- und Arbeitswelt wie auch aus den begründeten Forderungen internationaler Unternehmen, die diese an die Stadt stellen, um den Kindern ihrer Mitarbeiter eine hochwertige internationale Schulbildung zu garantieren. Die „Schule für Europa“ stellt insoweit einen wichtigen Standortfaktor dar.

(Ralph Sterck [FDP]: Hört! Hört!)

Weiter heißt es dort:

Die „Schule für Europa“ in städtischer Trägerschaft beinhaltet ein besonderes Schulangebot und schafft nicht nur die vertraglich vereinbarten Schulplätze für die Kinder der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der EASA, sondern ermöglicht auch anderen in Köln

wohnenden Kindern und Jugendlichen den Erwerb eines hochwertigen, internationalen Ansprüchen genügenden Schulabschlusses mit den entsprechenden Qualifikationen.

Achten Sie auf das nun Folgende, meine Damen und Herren:

Sie trägt darüber hinaus zur Bedarfsdeckung an Gymnasialplätzen bei. Da dieser Bedarf in den Stadtbezirken 1 und 2 besonders hoch ist, sollte die „Schule für Europa“ in einem dieser Stadtbezirke angesiedelt werden.

(Beifall bei der FDP)

So weit die Beschlussvorlage der Verwaltung. - Daraufhin gab es folgende Anfrage seitens der Grünen im Schulausschuss: Wie werden die internationalen Schüler versorgt, die nicht gymnasialfähig sind? - Die Antwort der Verwaltung lautete:

Außer dem Abitur und der Fachhochschulreife sind an der „Schule für Europa“ auch die Abschlüsse der Sec I erreichbar. Im Übrigen können internationale Schüler, die die „Schule für Europa“ nicht besuchen wollen, alternativ zum Beispiel die Europaschule Gesamtschule Zollstock besuchen.

All das sind Vorgaben der Verwaltung, die ganz klar besagen: Sie möchten hier eine „Schule für Europa“ einrichten. Und - in Anführungszeichen“ - nur weil das Land die Finanzierung nicht voll übernehmen will, treten Sie von diesem Vorhaben zurück. Dafür stehen wir als Freie Demokraten nicht. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP sowie von Winrich Granitzka [CDU])

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Jetzt spricht Herr Dr. Müser.

Dr. Martin Müser (Kölner Bürger-Bündnis): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich sympathisiere sehr mit diesem Antrag der FDP, weil auch wir die Themen „Schule für Europa“ und „internationaler Abschluss“ als ein Problem für Köln erkennen. Gerade das Beispiel der vorhandenen

Europaschule in Zollstock zeigt, dass eine engagierte Schulleitung mit einem engagierten Kollegium in der Lage ist, durch eine vorzeigbare Leistung eine eher problematische Schule in eine Vorzeigeschule umzuwandeln. Nicht nur Migranten - Herr Schöppe! -, sondern auch Schüler deutscher Herkunft würden sich die Finger lecken, wenn sie dort aufgenommen würden. Das zeigt, dass Sie, der Sie meinen, in Rodenkirchen Mitglied der Bezirksvertretung spielen zu müssen,

(Zuruf von Manfred Rouhs [pro Köln])

gar keine Ahnung davon haben, was tatsächlich in Köln abgeht. Anstatt hier irgendwelche Anti-Islamisierungskongresse zu organisieren, sollten Sie sich lieber in Ihrem Stadtbezirk umschaun und die Realität vor Ort wahrnehmen. Dann würden Sie nämlich feststellen, dass diese Migranten mehr kölsches Hätz haben als Ihre ganze komische Moby-Dick-Partei zusammen.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Ich habe noch eine Frage an die Verwaltung, und zwar an Herr Streitberger. Es steht weiterhin die Frage im Raum - das wurde schon in der vorletzten StEA-Sitzung thematisiert -, inwieweit der Standort am Sürther Feld überhaupt zur Verfügung steht. Wir hatten zwei Sitzungen zuvor die Frage diskutiert, ob ein solcher Verbund von Gesamtschule und Ernst-Moritz-Arndt-Schule an diesem Standort anzusiedeln wäre. Das wurde von Ihrer Verwaltung strikt abgelehnt und als nicht wünschenswert dargestellt. Es wäre allerdings zwingend notwendig, dass die EMA-Schule in dem südlichen Gebiet - das ist ja das Gebiet, das die FDP vorschlägt - angesiedelt wird. Von daher ergibt sich die Frage, ob, wenn die EMA-Schule dort angesiedelt würde, es dann überhaupt noch die Möglichkeit, ein solches Verbundprojekt an diesem Standort anzusiedeln, gäbe. Wie gesagt, ich frage das vor dem Hintergrund, dass Sie es bisher abgelehnt haben, einen solchen Verbund zwischen einer Grundschule und einer weiterführenden Schule am Sürther Feld zu realisieren. Ich bitte Sie deshalb um Aufklärung. - Danke.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Ihre Frage beantwortet Herr Streitberger, bitte.

Beigeordneter Bernd Streitberger: Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Dr. Müser, der Bebauungsplan

für das Sürther Feld ist rechtskräftig; das wissen Sie. Er ist in der letzten Sitzung des Rates als Satzung beschlossen worden. Wir haben eine ausreichend große Fläche im südlichen Bereich des Plangebietes vorgesehen, damit dort eine entsprechende Schule eingerichtet werden kann. Es ist bekannt, dass wir verkehrliche Probleme in diesem Umfeld haben. Die würden aber auch an anderen Stellen der Stadt auftreten. Insofern denken wir, dass das für eine solche Schule ein guter Standort ist. Die Frage, die Sie damals gestellt hatten, betraf ja die Verbindung der Grundschule und der Gesamtschule im Verhältnis zu den Sportanlagen. Die sehen wir in diesem Zusammenhang nicht unmittelbar tangiert.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Frau Dr. Klein, bitte.

Beigeordnete Dr. Agnes Klein: Meine Damen und Herren! Mein Dezernat wurde jetzt schon mehrfach angesprochen. Deswegen will ich noch einmal deutlich machen: Das wäre keine Schule nur für die EASA, aber natürlich auch für die EASA. Wir sind mit der EASA über Gespräche in ständigem Kontakt. Die EASA hat im Moment den Vorteil, dass die Zentrale das Schulgeld für die Internationale Schule Widdersdorf und auch für die St. George's School bezahlt. Insofern fühlt sie sich im Moment versorgt. Das zum einen.

Auf der anderen Seite arbeiten wir mit Vehemenz an der „Schule für Europa“. Die Frage ist nur: Was versteht man darunter? Als wir seinerzeit starteten, gingen alle Beteiligten davon aus, dass das eine neue Schulform werden könnte, eine Schulform, die ein anderes System hat als unser dreigliedriges Schulsystem und die von Brüssel finanziert wird. Damit meine ich nicht die investiven Kosten, sondern die laufenden Kosten, also die Mehrkosten, die sich aus der internationalen Ausrichtung einer solchen Schule ergeben.

Diese Voraussetzungen haben sich jedoch nicht erfüllt. Erstens wurde schnell klar, dass es eine Finanzierung aus Brüssel nicht geben wird. Zweitens hat das Schulministerium in Düsseldorf in Person der Ministerin in einem Gespräch - das fand statt, nachdem die Beschlussvorlage der Verwaltung, aus der Sie, Frau Gebauer, zitiert haben, erstellt worden war - sehr deutlich klargemacht, dass sie einem dafür erforderlichen Schulversuch nicht zustimmen wird. In diesem Gespräch wurde der Stadt Köln sehr deutlich

gesagt, dass wir uns mit unseren Überlegungen bitte im bestehenden Schulsystem bewegen sollen. Es würde also keinen Sinn machen, diesen Weg weiterzuverfolgen. Man würde einen Antrag stellen, bei dem man von vornherein weiß, dass er abgelehnt werden würde.

Das war für uns das deutliche Signal, dass wir den ursprünglich angedachten Weg nicht weiterverfolgen können, weil wir weder von Brüssel noch von Düsseldorf die entsprechende Unterstützung für dieses neue Modell erhalten. Ich spreche im Moment nicht über die Investitionskosten, die natürlich erheblich gewesen wären. Aber das lasse ich jetzt einmal beiseite. Man kann durchaus zu Recht formulieren, dass die Internationalität dieser Stadt, wenn man sie will, für Kinder und Eltern Investitionen erfordert.

Wir wurden also mit dieser Aussage konfrontiert. Wir haben danach sehr schnell beraten, wie wir weiter vorgehen. Mit der Europaschule in Zollstock haben wir nicht nur die Möglichkeit, dass dort die Abschlüsse, die sie im Moment anbietet, erworben werden können, sondern sie kann auch zu einem Schulverbund weiterentwickelt werden. Der Grundschulstandort Annastraße hat sich, wie gesagt, erst sehr schwer getan. Das ist sicherlich auch eine Schule, der es nicht auf die Stirn geschrieben steht, so einen Modellversuch zu starten, auch weil dort eine Leitungsvakanz besteht. Beides wird sich jetzt ändern. Die Grundschule Annastraße sieht das nach einem sehr intensiven Diskussionsprozess - glauben Sie mir, da sind wir nicht untätig geblieben, sondern haben verschiedene Gespräche mit Schulleitung und Schulvertretern geführt - nun anders. Das heißt, der Weg ist frei.

Ich glaube, das ist für Köln das sehr viel aussichtsreichere und auch auf der Zeitschiene umsetzbare Konzept, als weiter eine Konzeption zu verfolgen, die sich, wenn sie den Genehmigungsbehörden vorgelegt werden muss, im Grunde als eine Konstruktion erweisen wird, die von dort aus nicht mitgetragen wird.

Im Ziel sind wir völlig einer Meinung, vielleicht besteht noch eine Differenz, was den Weg dorthin anbelangt. Ich glaube aber, dass wir den begonnenen Weg, den ich gerade geschildert habe, jetzt mit Vehemenz und Intensität weitergehen müssen. Dafür brauchen wir natürlich Schulen und Schulleitungen, die dieses Vorhaben unterstützen. Wie gesagt, die Grundschule Annastraße haben wir jetzt an unserer Seite, worüber ich sehr froh bin.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Frau Dr. Klein, gestatten Sie bitte eine Nachfrage von Herrn Dr. Müser.

Dr. Martin Müser (Kölner Bürger-Bündnis): Herr Oberbürgermeister! Frau Dr. Klein, stimmen Sie mir zu, dass die Europaschule in Zollstock überlaufen ist? Sie muss jedes Jahr Hunderte von Kindern, die gerne gerade auf diese international ausgerichtete Schule gehen würden, abweisen.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist an allen Gesamtschulen gleich!)

- Ja, aber hier besonders. Wir sprechen ja jetzt darüber, ob wir in Köln ein internationales Angebot haben wollen, das der Nachfrage gerecht wird, oder ob wir das nicht wollen. An der Europaschule ist es nun einmal so, dass nicht alle Kinder, die dort aufgenommen werden wollen, auch aufgenommen werden können. Dazu möchte ich eine Aussage.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Die wollen Gesamtschulen haben!)

Nun noch eine Frage: Ist es richtig, dass wir gerade in Köln in den letzten Jahren eine Flut von Gründungen von privaten, international ausgerichteten Schulen zu verzeichnen haben, dass das private Angebot das fehlende Angebot der Kommune ersetzt und damit ein soziales Ungleichgewicht entsteht? - Danke.

Beigeordnete Dr. Agnes Klein: Herr Müser, wir haben jährlich um die 800 bis 900 Abweisungen an unseren Gesamtschulen insgesamt. Die Zahlen schwanken von Schule zu Schule und von Schuljahr zu Schuljahr durchaus erheblich. Auch die Europaschule in Zollstock gehört natürlich zu den Schulen, die Schülerinnen und Schüler abweisen müssen. Aber das Gelände ist groß; das heißt, wir haben auf dem Gelände noch freie Kapazitäten. Es gibt dort ausreichend Erweiterungsmöglichkeiten. Wir wollen die Europaschule zu einer Schule weiterentwickeln, die dann auch die internationalen Abschlüsse anbietet, die Sie, Herr Klipper, eben angesprochen haben.

(Karl Klipper [CDU]: Was machen die für Abschlüsse?)

- Im Moment können dort die normalen Abschlüsse sowie zusätzliche Qualifikationen erworben werden. Aber wenn wir die Europaschule in Zollstock erweitern und weiterentwickeln, wird es die Möglichkeit, dort auch internationale Abschlüsse zu machen, geben. Auch die Schulleiterin hat uns versichert, dass sie genau dieses Ziel mit uns gemeinsam anstrebt.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Herr Klipper hat noch eine Nachfrage.

Karl Klipper (CDU): Frau Dr. Klein, ich habe gerade erfahren, dass an der Europaschule nur der deutsche Abschluss gemacht werden kann. Sie nennt sich zwar Europaschule, bietet aber nur zwei oder drei Fremdsprachen an, die von Anfang an gelehrt werden. Dieses Angebot haben viele andere Schulen auch.

Uns kommt es jedoch darauf an, dass man einen internationalen Abschluss machen kann, der in ganz Europa gilt. Zurzeit ist das nur das IB. Ich habe bisher weder im Rat noch im Schulausschuss feststellen können, dass die Verwaltung einen weiteren IB-Standort vorbereitet. Ich sage das noch einmal, weil wir zurzeit zwei „unechte“ städtische IB-Schulen haben, was die städtischen Schulen anbelangt. Dort wird in der 12. oder 13. Klasse das normale deutsche Abitur abgelegt, und daneben machen die besonders Begabten noch einen IB-Abschluss. Das heißt also: Dort wird von einigen Schülern ein doppelter Abschluss gemacht, nämlich das deutsche Abitur und das IB. Uns geht es aber gerade darum, dass auch ganz normale Schüler, die nicht hochbegabt oder hochmotiviert sind, zwei Abschlüsse zu machen, insbesondere Kinder von Mitarbeitern internationaler Firmen wie zum Beispiel der EASA, hier in Köln die Möglichkeit erhalten, einen reinen IB - von mir aus auf Englisch oder Französisch - zu erwerben.

Den Unterlagen, die ich dazu bekommen habe, und auch den Recherchen, die ich dazu angestellt habe, konnte ich nicht entnehmen, dass Bewegung in dieses Vorhaben kommt. Sie müssen einmal bedenken, dass, bis Schüler einen IB-Abschluss machen, sie von den unteren Klassen her aufgebaut werden müssen, das heißt ab der 8. Klasse. Deshalb sind die erwähnten Schulen für die internationale Wirtschaft eher uninteressant, und die Kinder

ihrer Mitarbeiter müssen auf Privatschulen gehen.

Meiner Meinung nach besteht diesbezüglich ein riesengroßes Defizit an den staatlichen Schulen. Ich sehe zurzeit leider noch keine Abhilfe in dieser Problematik. Wir diskutieren heute erst über die Einrichtung einer solchen Schule. Die Umsetzung also kann frühestens 2010/2011 erfolgen. Das heißt, es wird erst 2015/2016 die ersten internationalen Abschlüsse an einer staatlichen Schule in Köln geben. Das finde ich nicht gut.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Herr Schöppe noch einmal.

Bernd M. Schöppe (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Werte Damen und Herren! Herr Müser, erst einmal muss ich Ihnen gratulieren, dass Sie endlich auch einmal Applaus bekommen haben, aber vielleicht sollten Sie auch darüber nachdenken, auf wessen Kosten und wofür Sie diesen Applaus bekommen haben.

(Zuruf von Michael Kellner
[Die Linke.Köln])

- Herr Kellner, ich bitte Sie.

Ich sagte ganz klar, dass wir meistens von Migration reden, wenn es um Einwanderung geht, ich aber jetzt von Auswanderung sprach. Ich denke, unser großes Ziel sollte es nicht sein, alle darauf vorzubereiten, möglichst gut auswandern zu können und dank eines tollen Abschlusses anderswo einen guten Studienplatz oder eine tolle Stelle zu finden. Vielmehr sollten wir dafür sorgen, dass die Leute hier eine gute Ausbildung bekommen, damit sie hier gute Arbeitsplätze finden und hier eine gute Zukunft haben. Das war meine Aussage, Herr Müser. Es ist schade, dass Sie das trotz Dokortitels und angeblich guter Bildung nicht begriffen haben. Daran sehen wir, was unser Abitur und eine Promotion taugen. Dazu kann ich nur sagen: Traurig!

Sie sprachen den Bebauungsplan an und haben kritisiert, was ich denn in der Bezirksvertretung Rodenkirchen mache. Sie selbst haben lange genug in der BV gesessen. Dort sitzt ja auch noch eine Kollegin von Ihnen. Ich weiß nicht, ob Sie mit der nicht mehr können oder ob sie sich auch von Ihnen getrennt hat wie Ihre ehemalige Kollegin, Frau May; das kann natürlich sein. Sie

waren ja auch schon das eine oder andere Mal als Ratsmitglied in der BV-Sitzung. Von daher hätte Ihnen der Bebauungsplan eigentlich bekannt sein müssen.

Nun zu Ihren dümmlichen und plumpen Beleidigungen. Tut mir Leid. Ich bin durchaus im Stadtbezirk unterwegs. Ich bin auch schon an der Europaschule in Zollstock gewesen und habe dort junge Migrantinnen kennengelernt, die wirklich nicht dem geistigen Niveau, um es einmal brutal auszudrücken, obwohl ich niemanden beleidigen will, entsprechen, das Sie eben dargestellt haben. Die haben dumm herumgepöbel, dass man nur anzweifeln konnte, ob die ihr Abitur dort schaffen werden. Wenn sie es denn schaffen werden, scheint unser Abitur nichts zu taugen. Das ist die derzeitige Situation. Wir müssen dringend etwas für die Bildung tun, aber nicht auf diesem Wege hier.

(Beifall bei pro Köln - Zuruf: Das Niveau muss man doch nicht zulassen!)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Frau Ulke noch einmal.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Wir tun so, als ob wir ewig leben!)

Sabine Ulke (Bündnis 90/Die Grünen): Ich höre gerade von meiner Fraktionsvorsitzenden, dass wir so tun, als würden wir ewig leben. Insofern möchte ich die Debatte zum Abschluss bringen. Ich glaube, die unterschiedlichen Zielsetzungen sind jetzt klar geworden. Es gibt Fraktionen, die dafür sind, dass die Schulverwaltung den begonnenen Weg weiterführt und die internationalen Abschlüsse in den bestehenden Systemen implementiert. Andere Fraktionen wollen eine Europaschule. Insofern finde ich, dass man jetzt darüber abstimmen kann.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Wenn Sie sich jetzt nicht gemeldet hätten, hätte ich schon abstimmen lassen. Ich wollte das gerade ankündigen, Frau Ulke.

(Heiterkeit)

Der Antrag der FDP steht jetzt zur Abstimmung. Wer dafür ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der CDU, der FDP, Herr Dr. Müser, Frau May und meine Stimme.

Gegenstimmen? - Bei der SPD, den Grünen, der Linken und bei pro Köln. Enthaltungen? - Keine. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 2.1.9 auf:

**2.1.9 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend
„Entlastung der Kölner Gastronomen“
AN/0703/2009**

Es spricht Herr Rouhs.

Manfred Rouhs (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! In den zurückliegenden Jahren sind den Betreibern gastronomischer Betriebe erhebliche Lasten aufgebürdet worden. Das betrifft insbesondere die Wirte kleiner Kneipen. Sie mussten zuletzt insbesondere das Rauchverbot verkraften, dessen gesundheitspolitische Zielsetzung ich sehr gut nachvollziehen kann. Das kam vielleicht im richtigen Moment, nämlich in einer Zeit, in der die Wirtschaft relativ rund lief und in der wir noch davon ausgehen konnten, dass es auch in den kommenden Jahren einen Aufschwung geben würde, der den Gastwirten auch dann, wenn bestimmte Anforderungen an sie herangetragen würden, eine bestimmte Basis geben würde, um zu expandieren oder sich zumindest auf dem Niveau halten zu können, auf dem sie ihren Lebensunterhalt bis dahin verdient haben.

Diese Voraussetzungen bestehen mittlerweile nicht mehr. Wir leben jetzt in Zeiten der Rezession. Wir müssen mit ansehen, dass auch in unserer Stadt die Zahl der Arbeitslosen jede Woche größer wird. Hinsichtlich der Entwicklung der Arbeitslosigkeit steht uns der allergrößte Brocken in diesem Jahr und mit hoher Wahrscheinlichkeit auch in den kommenden Jahren eindeutig noch bevor. Eine Folge ist, dass immer mehr Menschen an allen Ecken und Enden sparen müssen. Dazu haben sie unterschiedliche Gelegenheiten: Es wird gespart bei den Taxifahrten, es wird gespart beim Restaurantbesuch und es wird gespart beim Gang in die Kneipe; denn das, was man dort konsumieren kann, hat man, wenn man sich im Supermarkt eindeckt, zu Hause viel billiger. Wer jetzt darauf angewiesen ist, auf den Euro zu achten, wird es verstehen, seine Prioritäten zu setzen.

Dem muss die Kommunalpolitik Rechnung tragen. Es kann nicht angehen, dass wir hier einem Kahlschlag, den der Markt besorgt, tatenlos zusehen und am Ende vor dem

Phänomen stehen, dass ein prozentual wahrnehmbarer Teil der Kölner Kneipenwirte Pleite geht. Falls die wirtschaftliche Entwicklung ungebrochen so weitergeht, wie es sich gegenwärtig abzeichnet, und auf politischer Ebene überhaupt nichts passiert, wird genau das mit einem gehörigen Teil der Kölner Kneipenwirte passieren. Deshalb haben wir diesen Antrag gestellt. Wir wollen die Verwaltung beauftragen, ein Konzept zu erarbeiten, das dem Rat die Möglichkeiten, die für Erleichterungen für die Kneipenwirte sorgen und die in den Gestaltungsrahmen dieses Hauses hineinpassen, aufzeigt.

Ganz bewusst haben wir damit auch auf öffentliche Äußerungen von Roten und Grünen reagiert, die für die Kölner Gastwirte noch mehr Restriktionen fordern, die der Auffassung sind, dieser Berufsgruppe seien weitere Belastungen zuzumuten und diese Sparte sei auch in der Lage, mit weiteren Belastungen gut umzugehen. Meine Damen und Herren, das ist nicht der Fall. Es gibt eine Reihe guteingesessener großer Häuser hier in Köln, die die Veränderungen, die wir gegenwärtig erleben, sehr bequem wegstecken und die vielleicht ohne Weiteres in der Lage sind, mit weiteren Restriktionen zu leben. Aber die vielen kleinen Kneipenwirte können zwei Dinge nicht: Sie können sich einerseits gegen Knüppel, die ihnen die Obrigkeit zwischen die Beine wirft, nicht wehren. Sie haben keinen Etat, um zum Rechtsanwalt zu rennen und sich vor Gericht beispielsweise mit der Frage auseinanderzusetzen, wie sie den Außenteil ihrer Gastronomie im Einzelnen gestalten dürfen. Dafür fehlen ihnen schlichtweg die Ressourcen. Sie haben zweitens absolut kein Polster mehr, um eine weitere Verschlechterung abzufangen, sondern sie sind jetzt darauf angewiesen, dass der Rat der Stadt Köln zeitnah für sie etwas tut und die Initiative ergreift.

Deshalb bitte ich Sie, entweder - das wäre der gerade, demokratische Weg - diesem Antrag zuzustimmen oder sich etwas einfallen zu lassen, wie Sie hier den Pro-Köln-Effekt greifen lassen können, sprich: durch die Hintertür das zu machen, was wir im Kölner Rat beantragen.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Gibt es weitere Wortmeldungen zu diesem Antrag? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich abstimmen. Wer für den Antrag von pro Köln ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die antragstellende

Fraktion. Gibt es Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Damit ist der Antrag mit großer Mehrheit abgelehnt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 2.1.10 auf:

2.1.10 Antrag von Ratsmitglied May (Einzelmandatsträgerin) betreffend „Rücknahme der Teilbebauungspläne auf der Kölner Pferderennbahn“ AN/0717/2009

Änderungs- bzw. Zusatzantrag von Ratsmitglied Dr. Müser (Kölner Bürger-Bündnis AN/0829/2009

Es spricht zunächst Frau May, bitte.

Petra May (Einzelmandatsträgerin): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren! Im *Kölner Stadt-Anzeiger* stand letzte Woche ein interessanter Bericht zu einer bereits bekannten Umweltstudie, dessen Überschrift lautete: „Heiße Sommer, nasse Winter“. Wahrscheinlich haben auch andere Zeitungen darüber berichtet. Es wurde auch unser Umweltminister zitiert, der, weil Nordrhein-Westfalen vom Klimawandel besonders betroffen sein wird, sich dafür aussprach, Maßnahmen zu ergreifen wie eine „systematische Begrünung der Stadtbereiche“. Interessant fand ich in dem Bericht auch folgenden Satz - ich zitiere -: „Vielmehr setzt Uhlenberg ganz auf Freiwilligkeit und Einsicht der Kommunen.“ - Da bin ich wieder beim Thema Freiwilligkeit und Einsicht der Kommunen. Das, was uns frische Luft im Kölner Norden bringt und was unser Klima positiv vor Ort verändert, ist die Rennbahn.

Sehr lange hat es ein Hin und Her gegeben, bis sich die Stadt Köln entschieden hat. Es gab unterschiedliche Standpunkte. Wir haben ausführlich darüber diskutiert, ob wir eine Menge Geld dafür bezahlen, dass der Rennbahnverein die Flächen nicht bebaut. Immerhin ging es um so viel Geld, dass, wie im Fernsehen gesagt wurde, noch so viel Geld übrig bleiben würde, dass man jetzt noch das eine oder andere machen könnte. Als ich das hörte, habe ich gedacht: Das ist ja schön. Vielleicht hätte man gar nicht 15 Millionen Euro bezahlen müssen, wenn es auch mit weniger Geld möglich gewesen wäre. Aber das ist ein anderes Thema, über das wir ein andermal reden können.

Nun kommt aber die Hiobsbotschaft. Letzten November ist im nichtöffentlichen Teil ein

Beschluss gefasst worden. - Meine Damen und Herren, Sie wissen, was im nichtöffentlichen Teil oft passiert: Da werden die Abstimmungen mitunter so schnell durchgezogen, dass man manchmal gar nicht mehr wusste, was man gerade beschlossen hat. - Man kannte zwar die Vorlage, aber diese Vorlage war weder im Stadtentwicklungsausschuss noch im Umweltausschuss.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Im Rat aber)

Es stellt sich die Frage: Warum war dieses wichtige Thema, wie es die Rennbahn nun einmal ist, eigentlich nicht im Umweltausschuss? Es war natürlich im Rat, dann aber nur noch im Liegenschaftsausschuss. Seltsam ist es trotzdem, dass hier nicht noch einmal darüber diskutiert worden ist.

Bei näherem Hinsehen - ich war leider erkrankt und konnte deswegen an der Sitzung nicht teilnehmen - habe ich festgestellt, dass die Rennbahn nun doch bebaut werden kann, zumindest im Bereich Friedrich-Karl-Straße.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Die Rennbahn nicht!)

Dort steht zwar das Schild „Landschaftsschutzgebiet“, aber dort kann sie bebaut werden. Selbst die Scheibenstraße ist im Gespräch. Wenn man den Beschluss genauer liest, stellt man fest, dass es nun die Stadt ist, die dort bauen könnte. Da sind mir einige Fragen gekommen, nämlich: Haben wir alle das nicht begriffen? Oder war das so formuliert, dass wir das nicht mitbekommen konnten? Auf jeden Fall ist das eine Sache, über die hier noch einmal geredet werden muss. Wenn es nun die Stadt ist, die die Grundstücke hat, kann sie sich doch auferlegen, dort nicht zu bauen.

Genau das ist der Punkt bei diesem wichtigen Thema: Öffentlichkeit. Diese fehlte im November/Dezember, und das ist einfach so durchgerutscht. Dieses Thema wurde noch nicht einmal von der Presse aufgegriffen, obwohl die Presse immer viel erfährt. Aber in diesem Fall hat sie davon auch nichts mitbekommen. Deswegen ist es wichtig, dass wir hier heute ein für alle Mal klarstellen: Wir wollen die Rennbahn nicht bebauen.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Herr Dr. Walter-Borjans direkt dazu, bitte.

Beigeordneter Dr. Norbert Walter-Borjans: Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Um noch einmal die Grundlage für eine sachliche Diskussion zu schaffen, will ich Folgendes sagen: Wir haben es mit einem Gelände zu tun, das ungefähr 550 000 Quadratmeter groß ist. Wenn dieses Gelände weiterhin im Besitz des Renn-Vereins geblieben wäre, hätte das laut Satzung des Vereins zur Folge gehabt, dass das Gelände, wenn der Renn-Verein in Insolvenz und in Auflösung gegangen wäre, dem Land zugefallen wäre, mit allen Konsequenzen, die daraus entstanden wären. Jeder von Ihnen wird sicherlich sagen, dass das Land wahrscheinlich nicht die Entwicklung einer Parklandschaft oder eines Grünzugs als erste Priorität angesehen hätte.

Uns ging es um zwei Dinge: Wir wollten auf der einen Seite die Bedeutung des Renn-Vereins und der Rennbahn so gut es geht fortgelten lassen und unterstützen. Auf der anderen Seite wollten wir sicherstellen, dass, wenn es einmal Probleme geben sollte, diese Probleme nicht dadurch gelöst werden, das Gelände scheinbarweise zu verkaufen und zu bebauen. Vielmehr wollten wir die Grünfläche in ihrer Größe erhalten und sicherstellen, dass für den Fall einer Auflösung des Vereins diese Fläche der Stadt gehört.

Darüber waren Gespräche zu führen, und darüber musste man auch verhandeln. Man kann nicht einfach eine Bewertung machen und demjenigen, der verkaufen soll, sagen: Diese Bewertung gilt, dafür bekommst du Geld, und dann verkaufst du. Damit musst du dich einverstanden erklären. - Der Preis, den wir ausgehandelt haben und von dem ich glaube, dass er allen Interessen gerecht geworden ist, war allerdings nur darstellbar, wenn man in einzelnen Teilbereichen einzelne Werte noch optimierte.

An dieser Stelle haben wir klar gesagt: Das ganze Gelände ist 550 000 Quadratmeter groß. Wir stellen sicher, dass die gesamte Seite der Niehler Straße nicht bebaut werden muss, und wir stellen sicher, dass der Nordbereich nicht bebaut werden muss. Es gibt dann noch eine kleine Ecke, die in die Friedrich-Karl-Straße hineinragt. Diese hat eine Größe von 7 900 Quadratmeter, von denen - das betone ich -

3 000 Quadratmeter als Durchgang zum Parkbereich, zu dieser Grünfläche, freibleiben sollen. Das heißt, von 550 000 Quadratmetern bleiben 4 900 Quadratmeter; das ist weniger als 1 Prozent. Wir waren der Ansicht, dass es vertretbar ist, diese 4 900 Quadratmeter als Bauland auszuweisen und es bebauen zu lassen. Natürlich wird dafür der Baulandpreis angesetzt, damit die Kaufsumme wieder ein Stück weit darstellbar ist.

Obwohl wir hier im Augenblick eine nichtöffentliche Vorlage öffentlich behandeln, will ich Ihnen sagen: Bei dieser kleinen Ecke geht es um einen Betrag von immerhin 1,8 Millionen Euro. Sie können sich vorstellen - egal, welche Zahl jetzt insgesamt diskutiert wird -, dass das durchaus ein Betrag war, über den man reden musste. Wir sind der Auffassung, dass die Sicherung einer so großen Fläche im Verhältnis zu dem Preis, den wir mit einer bebaubaren Fläche von weniger als 1 Prozent zahlen, vertretbar ist. Die Fläche lässt im Bereich Friedrich-Karl-Straße noch Platz, auch wenn man sie bebaut, um auf das Gelände zu kommen.

Das kann natürlich der Rat anders entscheiden und anders festlegen. Nur, die Grundlagen dafür wollte ich gerne an dieser Stelle noch einmal darstellen.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Herr Dr. Walter-Borjans. - Eine weitere Wortmeldung kam von Herr Waschek, bitte schön.

(Zuruf von der Tribüne: Wo sind denn die Baupläne dazu? - Gegenruf von Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Die gibt es doch noch gar nicht!)

Johannes Waschek (SPD): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Frau May, schon der Titel Ihres Antrags „Rücknahme der Teilbebauungspläne auf der Kölner Pferderennbahn“ ist falsch. Es gibt keine Teilbebauungspläne für die Rennbahn. Ansonsten hätten wir sie hier schon beschlossen. Es wird auch keinen Beschluss für die Bebauung des Rennbahngeländes mit den Stimmen der SPD-Fraktion geben.

Liebe Frau May, es ist sehr hilfreich, wenn man die Verwaltungsvorlagen vor einer Entscheidung liest und sich über die Rahmenbedingungen,

unter denen ein Beschlussvorschlag entsteht, informiert. Als langjähriges Mitglied des Liegenschaftsausschusses weiß ich, wovon ich rede. Der sorgsame Umgang mit dem öffentlichen Geld macht es notwendig, dass Grundstücke von der Stadt Köln nicht zu Fantasiepreisen erworben werden. Das ist in diesem Fall auch geschehen. Einem Grundstückserwerb, für welchen Zweck auch immer, geht eine Wertermittlung voraus; der Dezernent hat das gerade dargestellt. Diese Wertermittlung ist Grundlage für den Erwerb eines Grundstücks.

Auch beim Erwerb des Rennbahngeländes hat es eine Wertermittlung gegeben, wobei Teilflächen vor dem Hintergrund ihrer heutigen Nutzung unterschiedlich bewertet wurden. Diese Bewertung bestimmte den Preis, den die Stadt Köln bereit war, für das Gelände zu zahlen. Die Stadt Köln hat das Gelände erworben, um eine Bebauung zu verhindern und um den Rennbetrieb zu erhalten. Eine breite politische Mehrheit hat diesen Beschluss gefasst. Es gibt keinen Grund, dieses Paket wieder aufzuschnüren. In diesem Rat gibt es keine politische Mehrheit für eine Bebauung der Fläche an der Friedrich-Karl-Straße, und das ist auch gut so.

(Beifall von Michael
Zimmermann [SPD])

Liebe Frau May, was erhoffen Sie sich von einer erneuten Beratung der alten Vorlage

(Zuruf von Petra May
[Einzelmandatsträgerin])

im Rechnungsprüfungsausschuss, im Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün sowie im Stadtentwicklungsausschuss? Durch den Kauf der Flächen liegt es einzig und allein in der Verantwortung des Rates, ob Flächen des Rennbahngeländes bebaut werden oder nicht. In der entsprechenden Vorlage heißt es - ich zitiere -:

Dabei wurde unterstellt, dass eine circa 7 900 Quadratmeter große Teilfläche an der Friedrich-Karl-Straße bebaut werden kann.

Das heißt ganz eindeutig, Frau May: Sie muss nicht bebaut werden. Die Kölnerinnen und Kölner haben es in der Hand, durch ihre Stimme bei der Kommunalwahl dafür zu sorgen, dass es auch im künftigen Rat keine Mehrheit für eine Bebauung gibt. Handlungsbedarf gibt es aktuell

überhaupt nicht. Die nachfolgenden Ratsmitglieder werden sicherlich verantwortlich mit dieser Liegenschaft umgehen. Wir werden die beiden vorliegenden Anträge ablehnen. - Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Herr Waschek. - Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Sterck, bitte.

Ralph Sterck (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Frau May hat schon auf die merkwürdige Beratungsfolge dieser Verwaltungsvorlage hingewiesen. Wir haben dieses Thema jahrelang diskutiert und dann für den Rennverein eine tolle Lösung gefunden, die auch von einer breiten Mehrheit hier im Rat der Stadt Köln getragen wurde. Deshalb fragt man sich natürlich schon, warum für diese wichtige Vorlage eine Abkürzung, nämlich an den zuständigen Ausschüssen vorbei, gewählt wurde. Warum fehlt die Transparenz?

Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen: Als ich jetzt die Presse dazu gelesen habe, war ich selbst überrascht. Die Vorlage war nicht im Stadtentwicklungsausschuss. Sie können mir natürlich vorwerfen, warum ich mir das hier im Rat nicht besser angeschaut habe. Das ist leider nicht immer möglich. Wenn die Vorlage im Stadtentwicklungsausschuss behandelt worden wäre, wäre mir die Sache - da können Sie sicher sein - auch aufgefallen. Herr Börschel hat in einer Pressemitteilung anlässlich des damaligen Beschlusses gesagt, die scheinbarweise Bebauung des Rennbahngeländes sei verhindert worden. Damit hat er im Grunde das - in Führungszeichen - Kleingedruckte verschwiegen.

Mittlerweile habe ich mir die Vorlage und insbesondere Punkt 2, das Gelände an der Friedrich-Karl-Straße, angeschaut. Aber auch Punkt 3 ist von besonderem Interesse.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Hast du dir das bis jetzt nicht angeguckt?)

- Nein. Ich habe mir das erst jetzt wegen der Presseberichterstattung angeschaut. Dafür könnt ihr mich gerne schelten. Ich kann mir nicht die Vorlagen von allen Ausschüssen anschauen. - Durch den Stadtentwicklungsausschuss ist diese Vorlage leider nicht gegangen; das ist schon

ungewöhnlich. Man fragt sich, warum das nicht geschehen ist. Warum gibt es hier Zusatzbedingungen, die eben nicht nach außen kommuniziert worden sind? Man hätte vor dem damaligen Beschluss den Grundstückwert thematisieren können. Warum werden hier zuständige und damit im Vorfeld befasste Ausschüsse ausgespart? Warum wurde die Vorlage vom Liegenschaftsausschuss direkt in den nichtöffentlichen Teil des Rates gegeben?

Sie wissen, welche Position die FDP in Zusammenhang mit der Rennbahnbebauung vertreten hat. Wir wollten doch keine Bebauung zum Selbstzweck, meine Damen und Herren, sondern dem Rennverein mit einer Bebauung an der Niehler Straße helfen. Uns ging es doch nicht darum, an dieser Stelle entsprechendes Bauland oder Wohnraum zu schaffen. Dafür gibt es andere, bessere Gebiete in Köln. Dafür brauchen wir das Gelände der Rennbahn nicht. Das ist kein Selbstzweck und deshalb sollte man schon mit dem Anspruch antreten, dass man, wenn man das Gelände kauft, es komplett erhält.

Herr Waschek hat gerade dargelegt, in welcher Verantwortung er den Rat sieht. Dieses Gelände muss nicht bebaut werden. Dem Rat obliegt die freie Entscheidung. In diesem Zusammenhang empfehle ich Ihnen, meine Damen und Herren, den Antrag von Herrn Dr. Müser zu unterstützen; denn er fordert, dass das festgeschrieben wird. Er fordert nicht, das Grundstück an den Rennverein zurückzugeben oder das Ganze rückabzuwickeln. - Frau May, ich muss Ihnen leider sagen, an dieser Stelle geht Ihr Antrag in die falsche Richtung. Es hat doch keinen Sinn, eine bereits beschlossene Vorlage noch einmal in irgendwelche Ausschüsse zu schicken. - Herr Müser formuliert vollkommen zu Recht in Punkt 1 seines Antrags: Die Stadt Köln verzichtet bis auf weiteres auf eine Bebauung oder einen Weiterverkauf.

Wenn Sie, Herr Waschek, das, was Sie eben hier gesagt haben, ernst meinen, dann müssten Sie dem Antrag von Herrn Müser zustimmen; denn dieser enthält die Formulierung: Die Stadt Köln verzichtet bis auf weiteres auf eine Bebauung. Deswegen wird die FDP-Fraktion dem Antrag von Herrn Müser zustimmen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Weil hier immer wieder die Legende vom Kleingedruckten erzählt wurde,

(Ralph Sterck [FDP]: Nein!
„Kleingedrucktes“ in
Anführungszeichen!)

will ich all diejenigen, die diese Vorlage gerade nicht griffbereit haben, noch einmal daran erinnern, wie sie aussah, als sie Ihnen vorlag.

Hier ist die Vorlage. Auf der allerersten Seite ist direkt unter dem Thema Grundstücksverkauf die besondere Bedingung aufgeführt. Das heißt, selbst derjenige, der quasi immer nur die Überschriften liest, hätte im Prinzip sofort auf dieses Thema stoßen müssen. Das heißt: Niemand hat versucht, irgendetwas zu verheimlichen; das will ich noch einmal deutlich sagen. Die Vorlage hat insgesamt acht oder zwölf Seiten.

(Ralph Sterck [FDP]: Warum beschäftigt sich der StEA mit so etwas nicht? Wir haben jahrelang im StEA über das Thema gesprochen! - Gegenruf von Michael Zimmermann [SPD]: Sie sitzen doch im Rat! Sie haben doch mitgestimmt!)

- Herr Sterck, Lautstärke überzeugt nicht. - Das steht schon auf der ersten Seite. Das wollte ich Ihnen nur noch einmal in Erinnerung rufen. Das muss jedes Ratsmitglied zur Kenntnis genommen haben und deswegen auch guten Gewissens einer möglichen Bebauung von 1 Prozent der Fläche zustimmen.

(Jochen Ott [SPD]: Richtig!)

Eine weitere Wortmeldung kommt von Herrn Frank.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Werte Kolleginnen und Kollegen! Ich habe den Eindruck, dass, weil einige sich nicht in der Lage sehen, sich auf relevante Vorlagen einer Ratssitzung vorzubereiten, jetzt daraus eine kritische Geschichte gemacht wird - eine Geschichte, bei der es angeblich um Intransparenz geht.

Liebe Frau May, wenn Sie regelmäßig an allen Ratssitzungen bis zum Schluss teilnehmen würden, würden Sie auch alles mitbekommen; denn es gibt kaum eine Vorlage, die transparenter ist.

(Beifall bei der SPD - Zuruf von Petra May [Einzelmandatsträgerin])

- Jetzt halten Sie einmal den Rand. Nachdem ich gesprochen habe, können Sie auch noch ein Wörtchen sagen.

(Heiterkeit bei der SPD)

Wenn Sie die Vorlage lesen würden - und dadurch klar im Vorteil wären -, würden Sie feststellen, dass die Option, diese Teilfläche zu bebauen, Teil der besonderen Bedingungen ist und in der Beschlussvorlage, wie Herr Oberbürgermeister schon zitiert hat, ausdrücklich genannt wird. Auf Seite 4 wird das auch begründet, und zwar damit, dass diese Möglichkeit einer Teilbebauung in den Kaufpreis - der hier ja von verschiedener Seite kritisiert wurde - eingerechnet worden ist. Eindeutiger kann es gar nicht sein.

Die Medien haben es auch gemeldet. Ich habe hier nur einen Ausdruck. Im Onlinemedium www.koeln-nachrichten.de war zu lesen:

Die Stadt Köln kauft das gesamte Areal (54,5 Hektar) vom Renn-Verein. Der wird mit einem Schlag seine Schulden los, und die Stadt kann das Gelände als "grüne Lunge" erhalten.

Einziges Haken: Um den Ankauf wenigstens teilweise zu refinanzieren, soll ein Teil des ursprünglich zur Bebauung eingeplanten Grundstücks doch bebaut werden.

Dort ist also von der Option die Rede.

Wenn man sich ein wenig um die Dinge kümmert, weiß man das. Es ist auch den Leuten bekannt. Es ist auch der Bürgerinitiative bekannt gewesen.

(Petra May [Einzelmandatsträgerin]:
Noch schlimmer!)

Die Bürgerinitiative, aber auch sehr viele Bürger, die sich dafür interessiert haben, haben diesen Beschluss ausdrücklich begrüßt. Warum? Ich kann mich nicht erinnern - und ich bin bereits relativ lange im Rat -, dass der Rat schon einmal einen so grundlegenden Beschluss gefasst hat und 55 Hektar Fläche gekauft hat, um einen kompletten Grünzug, eine parkähnliche Grünanlage, zu erhalten. Das ist der phänomenalste Beschluss der letzten Jahrzehnte. Sagen Sie mir einmal, wo es so etwas noch gegeben hat.

Wäre es nach dem Renn-Verein gegangen, wären wahrscheinlich 10 Hektar bebaut worden

und verloren gegangen. Jetzt unterhalten wir uns - falls es überhaupt dazu kommen sollte; es ist ja eine Option - über vielleicht 4 000 Quadratmeter. Wir sprechen also über weniger als 1 Prozent. Das muss man sich einmal vorstellen.

Meines Erachtens wird hier auch ein wenig mit Krokodilstränen gearbeitet - insbesondere von der FDP-Fraktion, die sehr frühzeitig aus den langwierigen Verhandlungen mit dem sperrigen Vorsitzenden des Renn-Vereins ausgestiegen ist. Sie hat gesagt: Das interessiert uns gar nicht; die sollen ruhig die ganze Niehler Straße mit Wohnungsbau überziehen. - Das hat Sie doch überhaupt nicht interessiert.

(Martin Börschel [SPD]: Eben! - Jochen Ott [SPD]: Genau so ist es! Sehr richtig! - Gegenrufe von der FDP)

Jetzt regt man sich hier über ein paar Quadratmeter auf.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen
und bei der SPD)

Herr Sterck, wo sind wir denn? Das ist doch ein Affentheater. Hier wurden 55 Hektar gesichert, also die gesamte grüne Lunge. Dafür hat die Stadt sehr viel Geld ausgegeben. Das ist meines Erachtens eine der bahnbrechendsten Entscheidungen, die wir in dieser Wahlperiode getroffen haben.

(Beifall bei der SPD)

Dementsprechend stehen wir auch dahinter. Diese kleinliche Krittellei ist wirklich Unfug - zumal die paar Tausend Quadratmeter, die jetzt in die Diskussion gekommen sind, an den Renn-Verein verpachtet sind. Der Renn-Verein nutzt sie derzeit für Stallungen. Es handelt sich also auch um bebauten Gebiet, wie bekannt ist. Ob es dort zu einer Bebauung kommt, muss letztendlich ohnehin der Rat entscheiden.

Gestatten Sie mir zum Schluss noch einen Hinweis zu den Forderungen, das Ganze noch in diesem und jenem Ausschuss zu behandeln. Die Gemeindeordnung hält den Rat für allzuständig. Er ist das Entscheidungsgremium.

Im Übrigen sollte man die relevanten Vorlagen, die hereinkommen, lesen. Diese Mühe sollte sich jedes Ratsmitglied machen. Insofern ist es meines Erachtens jetzt nicht angezeigt, sich hier künstlich aufzuregen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen
und bei der SPD)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Herr Frank. - Herr Dr. Müser.

Dr. Martin Müser (Kölner Bürger-Bündnis): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Mir war der Ratsbeschluss in der Tat bewusst. Ich habe vorher auch mit verschiedenen Leuten darüber gesprochen. Beispielsweise haben Herr Detjen und ich uns kurz davor darüber unterhalten. Ich habe auch mit Vertretern der Bürgerinitiative "Grüne Lunge Rennbahn" darüber diskutiert.

Da jetzt schon Details aus der nichtöffentlichen Sitzung bekannt gegeben wurden, sei mir folgende Anmerkung gestattet: Herr Oberbürgermeister, ich finde es schade, dass das Abstimmungsergebnis nicht genau protokolliert wurde. Sie haben "mit großer Mehrheit gegen pro Köln und andere" geschrieben. Von der Transparenz her ist das nicht ganz richtig. Das ist aber Schnee von gestern.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Wenn Sie das Protokoll zum Gegenlesen bekommen, können Sie das doch einwenden.

Dr. Martin Müser (Kölner Bürger-Bündnis): Natürlich. Es war mir in diesem Fall nicht so wichtig. Im Nachhinein ist es schade; aber gut.

Ich möchte aber schon einige Dinge richtigstellen, die von Herrn Walter-Borjans und auch von Herrn Frank hier nicht richtig dargestellt wurden. Unter dem Eindruck der Drohgebärden des Renn-Vereins hat der Rat in der Tat Ende letzten Jahres beschlossen, das Rennbahngrundstück selber zu kaufen, und zwar mit dem Ziel, es als Grünfläche zu erhalten. Da der Kaufpreis nur für eine Grünfläche ausweislich eines Gutachtens nicht ausreichte, verfiel man auf die Idee, für eine Teilfläche den Wert eines Baugrundstücks zugrunde zu legen.

Herr Walter-Borjans, Sie haben eben richtigerweise gesagt, dass es dabei darum ging, den Wert dieses Grundstücks darzustellen. Es war aber niemals die Rede davon, dass die Stadt Köln anschließend dieses Grundstück bebaut oder weiterverkauft. Das war nicht die Intention.

Es ging darum, die 15 Millionen Euro zusammenzubekommen, aber nicht darum, dass der Rat mit diesem Beschluss gleichzeitig auch einen Baubeschluss oder einen Weiterverkaufsbeschluss in den Raum gestellt hat.

Das ist auch der heutige Sachstand. Herr Streitberger hat bei der letzten Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses noch einmal bestätigt, dass es für das Gesamtgrundstück keinen Baubeschluss gibt - und auch keine irgendwie geartete Beschlussfassung des Rates, dass die Verwaltung von sich aus, oder wie auch immer, aktiv eine Bebauung anstreben oder einen Verkauf in die Wege leiten soll.

Genau das ist auch Gegenstand meines Antrags. Mir geht es darum, dass die Verwaltung dies nicht verfolgt - es sei denn, dass sie durch den Rat dazu beauftragt wird.

Und dass die Verwaltung das tut, ist ja Anlass dieser Antragstellung, Herr Frank und Herr Waschek. Das Ganze wurde doch nicht im luftleeren Raum von Frau May oder von mir plötzlich initiiert. Vor Ort geht die Verwaltung herum. Vor Ort wird kolportiert, dass eine Bebauung bevorsteht, dass ein Verkauf bevorsteht. Wenn die Dame hier oben fragt, wie denn der Bebauungsplan aussieht, ist das doch etwas, was man auch akzeptieren muss. Vor Ort sieht es nun einmal so aus.

Ich kann ihr auch direkt antworten. Im öffentlichen Teil der Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses wurde die Auskunft gegeben, dass eine Bebauung nach § 34 Baugesetzbuch jederzeit möglich ist. Es muss also gar nicht erst ein Bebauungsplanverfahren eingeleitet werden. Schauen Sie sich nur die Häuser links daneben an. Genau so wird es dort anschließend aussehen.

An diesem Punkt stimme ich überhaupt nicht mit Ihnen überein, Herr Frank. Es ist nicht so, als ob dieses Gelände mit Stallungen bebaut wäre und damit als Grünfläche nicht existieren würde. Dort stehen fantastische riesige Bäume, die man sich genauso gut als tollen Park vorstellen könnte. Das wollen die Menschen vor Ort auch. Sie erwarten, dass diese Grünfläche insgesamt so erhalten bleibt.

(Michael Zimmermann [SPD]: Herr Müser, das Gelände gehört uns! - Gegenruf von Martin Börschel [SPD]: Das interessiert ihn nicht!)

Von den Bürgern vor Ort wurde das in den Verhandlungen angestrebt.

(Martin Börschel [SPD]: Das Gelände gehört der Stadt Köln!)

Aus diesem Grund ist es natürlich auch falsch, hier zu behaupten, eine Bebauung sei zukünftig nicht mehr möglich. Wenn hier schon aus dem Vertrag zitiert wird, muss man auch den Hinweis darauf akzeptieren, dass gemäß dem Vertrag weitere Zahlungen fällig werden, wenn zukünftig noch weitere Grundstücke zur Bebauung verwendet werden. Das ist in dem Vertrag schon so vorgesehen.

Damit ist einer weiteren Bebauung Tür und Tor geöffnet. Was jetzt im Raum steht, ist nur der Sündenfall. Nach dieser ersten Bebauung sind weitere Bauungen zumindest nicht mehr so problematisch; denn man hat bereits einen Anfang gemacht.

Im nichtöffentlichen Teil ist hier so beschlossen worden. Das sehen wir als Verdummung der Bürger vor Ort an. Die Bürger haben sich auch im Bürgerhaushalt ganz deutlich für den Erhalt der gesamten grünen Lunge ausgesprochen.

Wir wollen hier Klarheit schaffen. Die Verwaltung soll vom Rat den klaren Auftrag bekommen, nicht ohne einen entsprechenden öffentlich diskutierten Beschluss des Rates von sich aus aktiv zu werden - woraufhin dann wieder nur im nichtöffentlichen Teil der Sitzung des Liegenschaftsausschusses irgendeine Bauungen oder Verkäufe durchgeführt werden.

(Jochen Ott [SPD]: Absolut unfähig! Das kann nicht wahr sein!)

Das ist das Letzte, was die Anwohner wollen. Dagegen richtet sich der hier vorliegende Antrag. Nur weil die Stadt Köln ein, rechtlich gesehen, bebaubares Grundstück besitzt, muss sie es nicht zwanghaft einer Bebauung zuführen.

(Michael Zimmermann [SPD]: Das ist allerdings richtig! Genau das haben wir eben gesagt!)

Das in Rede stehende Grundstück ist dicht mit fantastischen Bäumen bewachsen. Sie gilt es zu erhalten. Eine ortsübliche Bebauung würde diesen Bäumen den Garaus machen und eine weitere Betonwüste schaffen.

(Lachen bei der SPD)

Meine Damen und Herren, wir wollen das vorhandene Grün für die Bürger sichern und erhalten, so wie wir es den Bürgern immer versprochen haben. Wenn Sie das auch wollen, stimmen Sie bitte zu. Die Bürger Kölns werden es Ihnen danken. - Danke schön.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Herr Dr. Müser. - Zwischendurch gebe ich kurz Herrn Dr. Walter-Borjans zu diesem Thema das Wort.

Beigeordneter Dr. Norbert Walter-Borjans: Lieber Herr Müser, erster Punkt: Das Wort Drohgebärde für Preisverhandlungen zu benutzen, halte ich für ein seltsames Verständnis davon, wie in einem Markt ausgehandelt wird, was der eine haben will und der andere geben will. Hier ist nicht mit einer Drohgebärde gearbeitet worden. Der Renn-Verein hat auf der einen Seite die Wahl, ob er verkauft oder nicht; auf der anderen Seite hat er aber auch seine Kosten. Wir haben mit Sicherheit nicht außen vor gelassen, dass der Renn-Verein durchaus in einer schwierigen Situation war. Das hat unsere Verhandlungsposition auch ein Stück weit gestärkt. Das Ganze ist also nicht ein Diktat gewesen, das uns vorgeschrieben worden ist. Vielmehr hat es eine Reihe von Argumenten gegeben. Es gab einige Forderungen mehr, auf die wir nicht eingegangen sind. Am Schluss haben wir dieses Ergebnis erzielt.

Zweiter Punkt: Betonwüste. Ich habe das eben schon einmal draußen vor der Tür mit den Vertretern besprochen, die hier auf der Zuschauertribüne sitzen. Wir reden an dieser Stelle über einen Zipfel entlang der Friedrich-Karl-Straße. Dort soll nicht mehr passieren als das, was in jeder anderen Straße üblich ist. Es soll nämlich die Front geschlossen werden. Dass jede Straße, die nicht mittendrin mindestens zwei unbebaute Grundstücke hat, eine Betonwüste sein soll, wäre eine neue Definition dieses Begriffs. Ich kann eine Betonwüste auch nicht erkennen - zumal wir hier, anders als in anderen Straßen, von vornherein einen Bereich ausgeschlossen haben, der auch in diesem Fall definitiv nicht bebaut wird.

Dritter Punkt: Jetzt komme ich zu der bereits mehrfach angesprochenen Frage, ob hier eine Bauverpflichtung oder so etwas besteht. Dazu hat Ihnen der Oberbürgermeister eben schon die Frontseite des entsprechenden Beschlusses gezeigt. Nichtöffentlich heißt im Übrigen nicht,

dass die Ratsmitglieder diesen Beschluss nicht lesen dürfen; man kann ihn sich sehr wohl angucken.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD, dem Bündnis 90/Die Grünen und pro Köln)

Darin heißt es unten auf der ersten Seite:

Die an der Friedrich-Karl-Straße liegende Teilfläche (Anlage 2)

- dort ist sie genau beschrieben -

wird dem Renn-Verein bis 31.12.2009 verpachtet.

Darauf hat man sich verständigt, weil sich auf dieser Fläche Trainingsbereiche befinden und der Trainer dort seine Stallungen hat.

Sie wird anschließend auf Kosten der Stadt Köln freigestellt und als Wohnbaufläche vermarktet.

Das ist aber nicht der Baubeschluss. Hier geht es erst darum, dies einmal so darzustellen.

Im Übrigen war das auch der Grund, warum wir diesen Preis bezahlt haben. Als Liegenschaftsdezernent muss ich den Rat auch darauf hinweisen, dass es natürlich seinen Preis kostet, wenn er sich jetzt für eine andere Verwertung entscheidet. Bislang sind wir davon ausgegangen, dass in diesem Beschluss die Vereinbarung enthalten ist, dass diese Teilfläche bebaut werden kann. Darauf kann natürlich auch verzichtet werden.

(Martin Börschel [SPD]: Das war für den Ankauf aber wichtig!)

- Das war für den Kauf entscheidend.

Ich habe hier auch den offenen Brief der Initiative der Tierärzte vor mir liegen, in dem noch einmal beschrieben wird, was dort alles schützenswert ist. Wenn man dem folgt und diese Teilfläche nicht bebaut, würde das natürlich auch bedeuten, dass man dieses Areal, nachdem die jetzigen Nutzer es verlassen haben, vor sich hindämmern lassen muss und nichts machen darf; denn ansonsten würde man den Argumenten zuwiderhandeln, die von der Initiative genannt worden sind.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Herr Dr. Walter-Borjans. - Noch einmal Frau May, bitte.

Petra May (Einzelmandatsträgerin): Sehr geehrter Herr Borjans, das Vor-sich-Hindämmern nennt man normalerweise Ökologie. Man spricht davon, dass die Gelände sich entwickeln. Das ist eigentlich das, was wir haben wollen. Dafür treten die Grünen ja auch immer ein. Von daher möchte ich klarstellen, dass das der richtige Weg wäre.

Herr Frank, ich muss Folgendes feststellen: Sie sind noch nicht der Kämmerer; die nächste Wahl möge es auch verhindern. Sie haben hier aber bereits so gesprochen, als ob Sie der Kämmerer wären. Diese Vorlage haben Sie so gut begründet, als ob sie aus Ihrer Feder stammen würde.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Sie haben immer noch nicht mitbekommen, dass der Liegenschaftsausschuss den entsprechenden Beschluss gefasst hat! Ich könnte schreien!)

Das gibt mir doch einiges zu denken.

Außerdem gibt mir zu denken, dass die erste Vorsitzende der Bürgerinitiative "Grüne Lunge Rennbahn" inzwischen für die Grünen kandidiert. Daraus kann man Schlüsse ziehen oder auch nicht; objektiv mag weder das eine noch das andere sein. Auf jeden Fall sind die Bürgerinnen und Bürger vor Ort durch die "Grüne Lunge Rennbahn" nicht mehr informiert worden.

Die Bürger und Bürgerinnen vor Ort sind alarmiert worden, weil sie von dieser Bebauung gehört haben. Auf dem Gelände tut sich auch etwas. Ich war letztes noch vor Ort und habe gesehen, dass Sachen abgeräumt worden sind. Dann kann man schon Gedanken bekommen, was passiert. Aus diesem Grund muss man das auch ernst nehmen.

Herr Borjans, Sie sprachen von einem Zipfel. Denken Sie doch nur an Loriots "Kosakenzipfel". Das kann entscheidend sein. Auch in der Ökologie kann das entscheidend sein.

(Jochen Ott [SPD]: Das ist eine Diskriminierung von Männern!)

- Herr Ott, haben Sie irgendwelche Probleme? Nach der Sitzung können wir gerne darüber sprechen.

(Jochen Ott [SPD]: Wir fordern einen Männerbeauftragten!)

- Wenn Sie sich angesprochen fühlen, ist das Ihr Problem. Jeder zieht sich den Schuh an, der ihm passt.

Da das Ganze nicht im Umweltausschuss war und nicht aus Umweltsicht bewertet worden ist, wissen wir doch nicht, ob gerade dieser Zipfel die gesamte Durchlüftung stört. Wir haben diese Frage nicht untersucht. Trotzdem ist es hier so vorgesehen worden.

Zu Herrn Müser möchte ich Folgendes sagen: Er macht es zwar selten; seine Rede war aber inhaltlich gut. Sie hat mich überzeugt. Deswegen ziehe ich meinen Antrag zurück und werde dem Antrag von Herrn Müser zustimmen. Das halte ich für eine gute Lösung.

Herr Sterck, eines ist aber klar: Hier wurde geschummelt. Das Ganze ging so schnell vom Liegenschaftsausschuss in den Rat, und zwar in den nichtöffentlichen Teil der Sitzung, dass man wirklich darüber nachdenken muss. Wer hier Böses denkt - nun gut.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Ich stelle für die Verwaltung noch einmal fest, dass hier nicht geschummelt wurde, sondern alles den ordnungsgemäßen Lauf gegangen ist - um das noch einmal ganz richtig zu stellen.

(Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Es handelt sich in erster Linie um eine Liegenschaftsangelegenheit. So ist sie auch behandelt worden. Die Vorlage stammt ja auch vom Liegenschaftsdezernenten.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Der heißt übrigens Norbert Walter-Borjans!)

- Mir brauchst du das nicht zu sagen.

Von daher halte ich fest: Das Ganze ist im Rat gewesen. In der Tat war und ist es für jeden gut erkennbar. Wir haben es heute noch einmal geklärt. Natürlich ist der Beschluss selbst kein Bebauungsbeschluss - und erst recht keine Ausführung über die Art und Weise, wie gebaut wird und wie viel Fläche konkret bebaut wird. Alles das wird, wenn es denn dazu kommt, hier sicher noch Thema werden.

Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen und habe jetzt nur noch einen Antrag, nämlich den Änderungsantrag von Herrn Dr. Müser, zur Abstimmung zu stellen. Wer dafür ist, den bitte

ich um das Handzeichen. - Das sind Herr Dr. Müser, Frau May, pro Köln und die FDP. Gibt es Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Dann ist der große Teil des Rates dagegen. Damit ist dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Jetzt kommen wir zu:

2.1.11 Antrag der CDU-Fraktion betreffend "Mittagessenangebot in städtischen Kindertageseinrichtungen" AN/0704/2009

Dazu spricht zunächst einmal Frau Blum.

Carola Blum (CDU): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erhält für die heutige Elterngeneration eine immer wichtigere Bedeutung. So nimmt eine Vielzahl der Familien Kinderbetreuungsangebote in Anspruch, um ihre Kinder während der Berufstätigkeit oftmals beider Eltern in guter Obhut zu wissen.

Mit dem Besuch einer Kindertageseinrichtung ist - unabhängig davon, ob die Eltern 25, 35 oder 45 Stunden in der Woche buchen - regelmäßig die Einnahme eines warmen Mittagessens verbunden - einer Mahlzeit also, die die Kinder an den meisten Tagen der Woche in der Einrichtung zu sich nehmen und die letztlich prägend für die Ernährungsgewohnheiten und das Ernährungsbewusstsein der Kinder ist.

Insoweit muss aus der Sicht der CDU-Fraktion in den Kinderbetreuungseinrichtungen mit und neben der Einnahme der Mahlzeit auch die Heranführung an gesunde Ernährung erfolgen, um die Familien hierbei zu unterstützen und deren eigene Aktivitäten zu ergänzen.

(Beifall bei der CDU)

Von daher stellt sich die Frage nach dem Status quo in den Kinderbetreuungseinrichtungen in Köln. Dort wird die Mittagsmahlzeit in der überwiegenden Zahl durch Cateringunternehmen zubereitet und angeliefert und in den betriebseigenen Küchen der Einrichtungen lediglich aufgewärmt.

Meine Damen und Herren, dem Erziehungspersonal sind darüber hinausgehende Angebote weder organisatorisch noch zeitlich möglich. Ich denke hierbei zum Beispiel an einen gemeinsamen Besuch und Einkauf auf dem Wochenmarkt, die Zubereitung eines frischen

Salats oder die Anrichtung eines Obststellers gemeinsam mit den Kindern.

Es geht darum, Kinder für gesunde Ernährung mit frischen Zutaten zu begeistern. Dass sie dafür offen sind, konnten wir letzte Woche in der Kita Alter Mühlenweg in Deutz erleben, wo Bundesernährungsministerin Ilse Aigner im Zuge der bundesweiten Kampagne "Qualitätsstandards für die Verpflegung in Tageseinrichtungen für Kinder" zu Besuch war.

(Beifall bei der CDU)

Die erwachsenen Gäste wie die Kinder hatten großen Spaß beim gemeinschaftlichen Zubereiten und Essen von frischer Kost.

Gleichzeitig ist uns allen bewusst, dass den Einrichtungen eine Finanzierung von Küchenpersonal zur Wahrnehmung solcher Aufgaben nicht möglich ist. Es gilt also, neue, vielleicht sogar unkonventionelle Wege zu beschreiten, um zum Ziel zu kommen - sowohl im Sinne der Kinder als auch im Sinne der Langzeitarbeitslosen. Letztere können im Rahmen des vorgeschlagenen Modellprojektes nicht nur eine langfristige und dauerhafte Perspektive für ihren Berufsweg erhalten, sondern gleichzeitig auch einen wertvollen Beitrag für unsere Gesellschaft leisten.

(Beifall bei Teilen der CDU)

Ich bitte Sie daher ausdrücklich, gemeinsam mit meiner Fraktion konstruktiv nach Chancen und Lösungsmöglichkeiten und nicht nach Hemmnissen für eine Realisierung der Initiative zu suchen.

Ich darf Ihnen die Eckpunkte unseres Antrages noch einmal in Kürze skizzieren:

- Realisierung eines zweijährigen Modellprojektes in von der Fachverwaltung ausgewählten städtischen Kindertageseinrichtungen
- Einsatz von 25 Langzeitarbeitslosen im Rahmen eines befristeten sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplatzes bei der Stadt Köln nach sensibler Personalauswahl und Schulung durch die Arge
- Finanzierung der Personalkosten durch Leistungen der Beschäftigungsförderung gemäß § 16e SGB II sowie durch Einsparungen bei den Unterkunftskosten, die bislang von der Stadt Köln für den

entsprechenden Personenkreis zu tragen waren

Vor diesem Hintergrund gehen wir davon aus, dass dies kostenneutral zu realisieren sein müsste. Das Ganze ist ein Prüfauftrag an die Verwaltung.

Ich bin fest davon überzeugt, dass wir mit der Realisierung dieses Modellprojektes viel erreichen können. Lassen Sie uns daher gemeinsam die Verwaltung beauftragen, auf Basis der Vorschläge meiner Fraktion ein finanzierbares Gesamtkonzept zu entwickeln. Lassen Sie uns gemeinsam ein innovatives Modellprojekt initiieren. Lassen Sie uns gemeinsam dafür Sorge tragen, dass die Kinder und die langzeitarbeitslosen Kölnerinnen und Kölner gleichermaßen von dieser Initiative profitieren können.

Ich bitte Sie deshalb um Unterstützung unseres Antrags und danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Frau Blum. - Herr Dr. Heinen, bitte.

Dr. Ralf Heinen (SPD): Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Frau Blum, Sie sprechen von neuen Wegen. Das klingt auf den ersten Blick schön. Wenn der Blick ungetrübt und nicht geübt ist, scheint dies ein interessanter Antrag zu sein. Das ist aber nur die eine Seite des Antrages.

Die andere Seite, die sich hinter diesem Antrag verbirgt, wirft ein mindestens trauriges Licht auf die Verantwortlichkeiten der Finanzierung für unsere Kindertagesstätten.

Meine Damen und Herren, aus dieser Verantwortung den Kindern und Eltern gegenüber schultern wir als Kommune zurzeit schon erhebliche freiwillige, aber familienpolitisch notwendige Lasten. Ich erwähne nur folgende Punkte: Geschwisterkinder besuchen Kitas beitragsfrei. Im kommunalen Vergleich sind die Kindergartenbeiträge sehr niedrig. Außerdem gibt es die Beitragsfreiheit ab dem dritten Kindergartenjahr.

(Zuruf von Karl Klipper [CDU])

- Herr Klipper, hören Sie zu; sonst müssen Sie auch noch nach England geschickt werden.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD - Karl Klipper [CDU]: Können Sie überhaupt englisch?)

Auch die enorme Schiefelage im Bereich der U-3-Finanzierung geht zulasten der Stadt Köln. Die Finanzierung der Kitas darf keine Privatangelegenheit der jeweiligen Kommune sein - abhängig von ihrer Finanzsituation: Reiche Kommunen können sich De-luxe-Kindergärten leisten, arme Kommunen müssen Basis-Lightversionen nutzen.

(Karl Klipper [CDU]: 50 Jahre SPD!)

KiBiz - jetzt kommen wir zu Ihrem Programm, meine Damen und Herren -, das sogenannte Kinderbildungsgesetz, ist ein erheblicher Einschnitt in die Betreuungslandschaft unserer Kinder.

(Karl Klipper [CDU]: Ein positiver!)

Über die letzten Jahre mussten gerade die Angebote, die Sie jetzt fordern, nach und nach eingeschränkt werden. Im neuen KiBiz wurde die Aufgabenbeschreibung, die Sie hier von kommunaler Seite fordern, herausgestrichen.

Die jüngste Untersuchung der Fachhochschule Köln - sie wurde vor zwei Wochen veröffentlicht - spricht in diesem Zusammenhang in Bezug auf die Arbeitsbelastung von Erzieherinnen und Erziehern klare Worte. Hauptsache, der Finanzbeutel der Landesregierung wird geschont! Die Verantwortung für originäre Bereiche der Betreuung für Kinder wird anderen überlassen - wem auch immer.

Meine Damen und Herren, diese Situation hat die Verwaltung 2007 veranlasst, sogenannte Integrationsjobs gerade für den in Ihrem Antrag genannten Bereich zu beantragen. Damals waren es 19 Kräfte an der Zahl, die im hauswirtschaftlichen Bereich von Kindertageseinrichtungen eingesetzt wurden. Ein Jahr später konnten acht Kräfte in die sogenannte Entgeltvariante für Langzeitarbeitslose übernommen werden.

Deren Verträge laufen jetzt aus. Anfang April dieses Jahres hat die Verwaltung beantragt, diesen acht Kräften ein auf zwei Jahre angelegtes Beschäftigungsverhältnis gemäß der Förderung nach § 16e SGB II - das ist die Regelung, die Sie jetzt anführen - anbieten zu können, wobei die Arge 75 Prozent der Personalkosten übernimmt.

Das, was jetzt beantragt wird, läuft also bereits. Dies ist aber aus der Not heraus geboren. Es ist nicht der richtige Weg, diese Defizite über Umwege an der Kinderbetreuungsgesetzgebung vorbei zu finanzieren. Der richtige Weg wäre es, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU-Fraktion, diese Finanzierung über Düsseldorf zu leisten. Dafür sollten Sie sich stark machen.

Den bisherigen Maßnahmen, die seitens der Verwaltung zur Umsetzung in den Kitas durchgeführt wurden, stimmen wir zu. Deswegen möchten wir folgende Änderung beantragen.

Wir schlagen vor, gemäß Punkt 1 des Antrages der CDU-Fraktion die Prüfung und Bewertung für die acht gerade genannten Stellen, die bereits seit zwei Jahren laufen und neu überführt werden müssen, vorzunehmen und dies dann den Fachausschüssen zur Beschlussfassung vorzulegen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Herr Dr. Heinen. - Herr Helling von den Grünen, bitte.

Ossi Helling (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Die Idee, die die CDU in ihrem Antrag vertritt, ist bestechend und einfach. Sie ist insofern einfach, als dass das Mittagessen in vielen Kindertagesstätten frischer und gesünder sein könnte. In vielen Kindertagesstätten könnten die Kinder sogar noch Kenntnisse über gesunde Ernährung in spielerischer Art und Weise vermittelt bekommen. Wenn dafür laut Kinderbetreuungsgesetzgebung kein Personal finanziert wird, könnte das Ganze doch von Langzeitarbeitslosen geregelt werden.

Meine Damen und Herren, diese einfachen und bestechenden Ideen haben Politiker und Verwaltungsleute bereits seit etlichen Jahren. Sie werden auch ansatzweise umgesetzt - nicht nur in Köln, sondern auch in anderen Städten. Das verschweigt die CDU, nebenbei gesagt, aber. Sie trägt hier einen Antrag vor und tut so, als habe sie wie das Huhn das goldene Ei gefunden.

Bei der Realisierung solcher Pläne tauchen in der Realität aber Schwierigkeiten auf, die im Antrag der CDU teilweise nicht genannt werden.

Erste Schwierigkeit: Woher kommt die Zahl 25? Warum nehmen wir nicht 50? Oder warum

nehmen wir nicht fünf? Die Zahl 25 ist nirgendwo abgeleitet.

Zweite Schwierigkeit: Wie im Einzelnen kann man Ein-Euro-Jobber - die das in Köln ja schon machen, was im CDU-Antrag aber nicht benannt wird - auf unbefristete, aber öffentlich dauergeförderte Arbeitsplätze umstellen?

Dritte Schwierigkeit: Wer zahlt in welchem Umfang die über die 75 Prozent, die die Arge bei §-16e-Stellen finanziert, hinausgehenden Restkosten?

Vierte Schwierigkeit: Wie können die Kindertagesstätten die Betreuung dieser Langzeitarbeitslosen, die durchaus sinnvoll eingesetzt werden können, sichern? Weil eine Vorschulung durch die Arge - das zeigen alle Erfahrungen mit Langzeitarbeitslosen - überhaupt nicht ausreichend ist, wird Personal in den Kindertagesstätten freigesetzt werden müssen, um sich einer dauerhaften Betreuung zu widmen.

Fünfte Schwierigkeit - auch diese Fragestellung ist interessant -: Warum sollte dieses Projekt nur bei der Stadt laufen und nicht im Sinne von Subsidiarität auch bei freien Trägern?

Sie sehen also: eine einfache Idee, die aber - wie so oft - nicht einfach zu realisieren ist.

Insofern sind auch wir dafür, dass geprüft wird, wie in den Kölner Kindertagesstätten bisher mit den Ein-Euro-Jobbern umgegangen worden ist. Dann sollten wir die weitere Debatte über diesen Antrag und die zahlreichen hier auftauchenden Probleme in den Fachausschüssen für Soziales und Senioren - im Sinne von Beschäftigungsförderung - und Jugendhilfe - im Sinne der Verbesserung der Situation in den Kindertagesstätten - führen. Auch wir sind für eine Verweisung in die Fachausschüsse. - Danke schön.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön. - Herr Mendorf, bitte.

Marco Mendorf (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich habe ein wenig die Vermutung, dass Herr Helling hier hauptsächlich die Probleme sieht. Wir sollten uns doch einfach einmal den Inhalt und das Anliegen dieses Antrages anschauen. Er beinhaltet einen

Prüfauftrag. Man kann auch Ihre Probleme noch aufgreifen und mit prüfen, meine Damen und Herren. Insofern gibt es überhaupt keinen Grund, diesen Antrag hier in den Problemen zu ertränken.

(Ossi Helling [Bündnis 90/Die Grünen]:
Das ist doch die Realität!)

Wir können dieses Thema auch schon am heutigen Tag ganz gut voranbringen.

Meine Damen und Herren, ich habe schon öfters Diskussionen über Themen wie Kindergärten usw. geführt. Die SPD lässt an dieser Stelle - und an anderer Stelle - nie die Gelegenheit aus, sich über die Zustände in Nordrhein-Westfalen und über die Finanzierungsprobleme der Kommunen auszulassen. Wie ich hier schon mehrfach dargestellt habe, hat Nordrhein-Westfalen aber noch nie - das ist auch belegbar - so viel Geld für Kitas ausgegeben wie in diesem Jahr.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Über 1 Milliarde Euro; 20 Prozent mehr! Das ist in vier Jahren erreicht worden. Natürlich - das habe ich auch oft gesagt - sind die Städte und Gemeinden dann mit in der Verantwortung, sich ebenfalls mehr und stärker zu engagieren, so wie das Land dies seit mittlerweile vier Jahren tut.

(Unruhe)

Meine Damen und Herren, mit ihrem Antrag zum Mittagessenangebot ist die CDU auf dem richtigen Weg. Wir stehen inhaltlich völlig dahinter. Schließlich handelt es sich dabei um ein Thema, das nicht nur uns hier betrifft, sondern auch viele Eltern in Köln beschäftigt. Viele Eltern fragen sich: Wie kann ich in der Familie das Essen gesund organisieren? Wie kann ich meinen Kindern Geschmack darauf machen, sich gesund zu ernähren? Wie kann ich meinen Kindern zu Hause eben nicht nur die Tiefkühlpizza in den Ofen schieben, sondern ein Klima schaffen, dass auch zu Hause selbst gebacken und selbst gekocht wird, und zwar unter Verwendung guter vitaminreicher Produkte, die gerade für Kinder wichtig sind?

(Anhaltende Unruhe)

- Meine Damen und Herren, es wäre schön, wenn Sie mir zuhören könnten. - Ich warte darauf, dass mir wenigstens 90 Prozent zuhören. 10 Prozent sind immer Totalausfall. Ich kann mich dann ja revanchieren; jeder redet irgendwann einmal.

(Zuruf)

- In den 2:21 Minuten, die ich noch habe, schaffe ich das. Ich kann hier noch ein bisschen still stehen. - Meine Damen und Herren, vielleicht können Sie mir einfach zuhören. - Vielen Dank.

Meine Damen und Herren, das Thema Ernährung wird viel diskutiert. Lassen Sie mich zwei Beispiele nennen. Im Internet gibt es verschiedene Foren, in denen sich Eltern darüber austauschen, beispielsweise das Forum "Kinderküche" von www.brigitte.de. Dort schreibt eine Mutter:

Wie kriege ich den Kindergarten/Erzieherinnen/Eltern dazu, dass die Kids eine gemeinsame gesunde Mahlzeit kriegen? Das ist ein Großprojekt, das viel Zeit und Energie kostet ...

Meine Tochter hat den gemeinsamen Hort-Kantinenfraß überlebt. Ich hatte morgens keine Zeit und keine Nerven für Lunchboxen. Banane und Stulle, mehr war nicht drin.

Aber abends war ich bestimmter. Da gab es immer Selbstgekoktes.

(Anhaltende Unruhe)

- Meine Damen und Herren, Sie können auch den Saal verlassen, wenn Sie nicht zuhören möchten.

(Peter Kron [SPD]: Danke für den Hinweis!)

- Herr Kron, Sie können; Sie müssen aber nicht.

Ein anderes Zitat aus diesem Forum lautet:

Wir hatten in einem Kindergarten eine wunderbare Köchin, die jeden Tag frisch und preiswert gekocht hat. Die Eltern haben Obst und Gemüse aus dem Garten kostenlos geliefert. Es war super.

Dann musste gespart werden. Die Köchin wurde entlassen und ein billiger Lieferservice beauftragt.

Damit will ich nur zum Ausdruck bringen, dass das Thema "Essen im Kindergarten" wirklich viele Eltern betrifft.

Denken Sie nur an eine Familie, die ihren Kindern genau dies mit auf den Weg geben möchte und sich auch zu Hause entsprechend

einbringen will, ihren Kindern aber zumuten muss, dass die Mahlzeit im Kindergarten als Tiefkühlkost angeliefert wird und am Tag vorher vorgekocht wurde, sodass die Vitamine am Mittag nicht mehr vorhanden sind. Damit geben wir im Kindergarten ein schlechtes Vorbild.

Meine Damen und Herren, hier wurden auch die Kosten angesprochen. Ich finde es vernünftig, dass Sie auch einen Vorschlag unterbreitet haben, wie man das Ganze realisieren kann. Allerdings bin ich mir nicht sicher, dass wir mit einem Einsatz von Langzeitarbeitslosen wirklich auf dem richtigen Weg sind. Ich weiß, dass es Geld kostet. Ich weiß auch, dass wir die Erzieherinnen und Erzieher nicht noch zusätzlich in die Verantwortung nehmen können, sondern dass wir diese zusätzliche Aufgabe auch mit zusätzlichem Personal unterlegen müssen.

Das Ganze ist ein Prüfauftrag. Diese Thematik sollte in der Tat geprüft und auch angegangen werden. Das können wir heute auch beschließen, finde ich. Trauen Sie sich einfach. Stimmen Sie diesem Antrag zu. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Herr Mendorf. - Gibt es weitere Wortmeldungen? - Frau Blum hat sich noch einmal gemeldet. Bitte schön.

Carola Blum (CDU): Meine Damen und Herren! Ich schließe hier noch einmal an. Das Ganze ist in der Tat ein Prüfauftrag. Deshalb wäre ein Verweis dieses Antrags in die Fachausschüsse nicht richtig, Herr Helling - auch nicht mit einer reduzierten Anzahl. Wir sollten jetzt dahin gehend abstimmen, dass diesem Prüfantrag stattgegeben wird.

Sie haben gefragt: Woher kommt die Zahl 25? Wir haben 230 städtische Kitas. Die von Herrn Dr. Heinen und der SPD vorgeschlagenen acht Kräfte würden keinen Mehrwert bedeuten; denn wir hatten auch vorher acht. Deren Verträge sind aber ausgelaufen. Insofern wäre die Wiederanstellung von acht Leuten natürlich auch schon gut und zu begrüßen. Dies ist aber ein Tropfen auf den heißen Stein, wie sich herausgestellt hat. Deshalb wollen wir eine höhere Zahl.

Wenn die SPD sich jetzt dafür ausspricht, erst einmal die Bedingungen für acht Stellen zu

prüfen und das Ganze dann an die Fachausschüsse zur endgültigen Beschlussfassung zu überweisen, könnten wir uns damit einverstanden erklären - aber unter der Maßgabe, dass die Verwaltung auch prüfen soll, ob es bei kostenneutraler Berechnung auch 25 Stellen sein können. Wir sind uns ja alle einig, dass es ungeheuer wichtig ist, die Kinder an gesunde frische Kost heranzuführen. Ich denke, dass Sie vor diesem Hintergrund unserem Antrag zustimmen sollten. Wir könnten uns aber darauf einigen, vorläufig die Prüfung von acht Stellen vorzunehmen - unter der Maßgabe, das Ganze aufzustocken, vielleicht auch stufenweise aufzustocken, wenn es einigermaßen kostenneutral dargestellt werden kann.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön. - Frau Dr. Klein.

Beigeordnete Dr. Agnes Klein: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Gestatten Sie mir einen kurzen Hinweis aus Sicht der Fachverwaltung. Im Februar dieses Jahres hat das Fachamt verwaltungsintern schon sozusagen einen entsprechenden Antrag formuliert. Wir befinden uns also bereits mitten in der Prüfung - allerdings mit der Zahl acht im Rahmen dieses Modellversuchs. Dabei müssen wir natürlich die Zusatzfinanzierung der 25 Prozent realisieren.

Insofern sind wir als Verwaltung mitten in der Prüfung. Die Verweisung an die Fachausschüsse ist da durchaus hilfreich. - Danke schön.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Frau Blum.

Carola Blum (CDU): Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, dass wir in unserem Prüfauftrag eine andere Finanzierung vorschlagen. Bei der Prüfung sollte man auf jeden Fall doch über die acht Stellen hinausgehen, um zu sehen, dass wir möglichst viele Langzeitarbeitslose in diese wichtige Aufgabe integrieren können.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Wäre die SPD dazu bereit? - Herr Dr. Heinen, bitte.

Dr. Ralf Heinen (SPD): Wir möchten gerne bei unserem Antrag bleiben. Es handelt sich um eine Pilotprüfung. Wir haben das noch nicht im politischen Gremium gehabt. Bis jetzt war es ein verwaltungsinterner Vorgang. Von daher möchten wir innerhalb der Fortführung dieses Pilotprojektes die Prüfung und Bewertung vorgenommen haben.

Zunächst wollen wir abwarten, was dabei herauskommt, und uns jetzt nicht auf Zahlen festlegen. Wir wollen sehen, was sich in den Fachausschüssen in Bezug auf die Prüfung und Bewertung ergibt. Dann können wir weiter darüber reden. Ich möchte keine Zahlen vorwegnehmen.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Das ist ja richtig, Herr Dr. Heinen. Es war jetzt die Frage, ob Sie sich, wenn Ihr Änderungsantrag, was er ja wahrscheinlich ist, durchkommt - und gleichzeitig die weitere Bearbeitung im Ausschuss für Soziales und Senioren sowie im Jugendhilfeausschuss, wie hier auch von Herrn Helling vorgetragen worden ist -,

(Dr. Ralf Heinen [SPD]: Dann schauen wir weiter!)

darüber hinaus bereit erklären, die Prüfung auch für 25 Personen zuzulassen. Das ist die Frage. Sie können ja Nein sagen. Dann stimmen Sie entsprechend ab. Ich frage Sie nur. Es ist ja der Wunsch von Frau Blum, dass Sie das bitte aufnehmen sollen.

Dr. Ralf Heinen (SPD): Herr Oberbürgermeister, es gibt keinen Grund, eine Zahl zu nennen. Es geht generell darum, das Projekt, das gestartet worden ist, zu prüfen - unabhängig von einer Zahl. In Abhängigkeit von dem Ergebnis, das dabei herauskommt, lässt sich dann überlegen, ob so etwas - in welcher Form auch immer - weiterzuführen ist.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Sie haben hier ja auch Zahlen aufgeschrieben.

Dr. Ralf Heinen (SPD): Aber wir können jetzt doch nicht sagen, dass für alle 560 Kindergärten geprüft werden soll, ob das möglich ist. Diese Zahl wäre auch beliebig. Deswegen wollen wir erst einmal das prüfen lassen, was läuft, und

dann auf Grundlage des Ergebnisses weitere Überlegungen anstellen.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Sie wollen das also nicht, sondern möchten über Ihren Änderungsantrag abstimmen lassen. Okay; dann machen wir das so.

Daher stelle ich den hier vorgetragenen Änderungsantrag der SPD, dem sich die Grünen nach meinen Informationen anschließen, zur Abstimmung. Ich lese den Text noch einmal vor:

Wir möchten vorschlagen, gemäß Punkt 1 des Antrags der CDU-Fraktion die Prüfung und Bewertung für diese acht Stellen vorzunehmen und dies dann den Fachausschüssen zur Beschlussfassung vorzulegen.

Wenn ich es richtig sehe, sollen die restlichen Punkte des Antrags der CDU-Fraktion aus Ihrer Sicht entfallen.

(Dr. Ralf Heinen [SPD]: Ja!)

- Okay. - Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. - SPD, Grüne und Linke. Gegenstimmen? - Das sind CDU, FDP, pro Köln, Herr Dr. Müser und meine Stimme. Enthaltungen? - Keine. Damit ist es mit Mehrheit so beschlossen.

Dann kommen wir zu:

2.1.12 Antrag der FDP-Fraktion betreffend "Einrichtung eines Stadtbildfonds im städtischen Haushalt" AN/2581/2008

Dazu spricht Herr Sterck. Bitte schön.

Ralph Sterck (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Von anderen Rednern ist eben schon unser heutiges Themenmanagement erwähnt und gelobt worden, dass wir als Liberale in der Sitzung vor der Europawahl zwei europapolitische Themen vorlegen. Auch die Idee des Stadtbildfonds schlummert schon etwas länger in unserer Fraktion. Wir haben die Ratssitzung, bei der der Städtebauliche Masterplan für die Kölner Innenstadt verabschiedet wird, für den richtigen Zeitpunkt gehalten, um mit diesem Thema hier vorstellig zu werden.

Die Stadt Köln betreibt eine sehr engagierte Liegenschaftspolitik. Hier wird jeder Acker, der zum Kauf steht, erworben - entsprechend der rheinischen Fruchtfolge "vom Ackerland zum Bauerwartungsland zum Bauland". Diese Liegenschaftspolitik kümmert sich aber nicht um Fragen des Stadtbildes.

Im Stadtentwicklungsausschuss haben wir ein unrühmliches Beispiel diskutiert, nämlich ein Gebäude an der Ecke Subbelrather Straße/Innere Kanalstraße, das als einzelner Zahn übrig geblieben ist. Eigentlich müsste man es abreißen und das Grundstück in den inneren Grüngürtel integrieren. Was hat die Liegenschaftsverwaltung gemacht? Sie hat es irgendwann verkauft. Der neue Eigentümer hat es dann saniert. Damit ist an eine Integration dieses Grundstücks in den Grüngürtel nicht mehr zu denken.

Im Stadtentwicklungsausschuss sowie im Liegenschaftsausschuss, der hier mitberatend war, haben wir uns mit weiteren Grundstücken - Ecke Ulrichgasse/Ankerstraße und auf der anderen Rheinseite an der Auffahrt zur Severinsbrücke in der Helenenwallstraße - beschäftigt, auf denen seit 60 Jahren einzelne Gebäude innerhalb von Grünflächen stehen. Keiner ergreift eine Initiative - es hat auch niemand Geld dafür -, solche Grundstücke anzukaufen.

Der Masterplan zeigt viele weitere Stellen auf, an denen wir im Interesse des Stadtbildes Investitionen in Liegenschaften tätigen sollten. Darin ist zum Beispiel in sehr großzügiger Art und Weise der Durchbruch von der Schildergasse in Richtung Offenbachplatz enthalten - gegenüber dem Weltstadthaus und der Antoniterkirche mit Blick auf den Neubau des Schauspielhauses und das Opernhaus. Dort wird einfach einmal ein Gebäude weggenommen.

Hier stellt sich die Frage: Wie erreichen wir ein solches Ergebnis? Wie kommen wir dahin, entsprechende Grundstücke zu erwerben? Im Masterplan finden Sie viele weitere Beispiele, beispielsweise die Erweiterung des inneren Grüngürtels. Die Verlängerung des südlichen Grüngürtels bis zum Rhein ist ja eine Herkulesaufgabe für kommunalpolitische Generationen. Die Frage ist aber: Wer soll das bezahlen?

Eine einzelne Fraktion kann sich das nicht auf die Fahnen schreiben und in den Haushaltsplanberatungen sagen: Nehmt einmal unser ganzes Geld, das wir im Haushalt

bewegen wollen, und gebt mir 3 Millionen Euro, damit wir hier ein Grundstück erwerben können, um das Gebäude abzureißen und anschließend Gras einzusäen. - Jeder würde so etwas als Irrsinn bezeichnen.

Meine Damen und Herren, deswegen schlägt Ihnen die FDP-Fraktion heute vor, wie wir solche Investitionen in Grundstücke, aus denen kein Bauerwartungsland und kein Bauland wird, mit denen wir aber etwas für das Stadtbild tun, finanzieren können. Wir wollen nämlich Geld aus dem Liegenschaftsankaufsetat zurücklegen, um solche aus Sicht des Liegenschaftsetats unrentierlichen Investitionen zu finanzieren. Das steht im ersten Absatz unseres Antrages.

Im zweiten Absatz wird das Verfahren beschrieben. Die Verwaltung macht jährlich einen Vorschlag und sagt: Wir haben jetzt soundso viel im Topf. Sollen wir noch ein Jahr sparen? Dann haben wir für dieses oder jenes große Projekt Geld. Oder sollen wir die vorhandenen Mittel schon in diesem Jahr ausgeben und uns um den Erwerb des Grundstücks A oder B kümmern? - Darum geht es uns in unserem Antrag.

Im Vorfeld haben wir schon einmal unter den Fraktionen darüber gesprochen. Von finanzpolitischer Seite und von liegenschaftspolitischer Seite wurden entsprechende Bedenken geäußert. Ich habe mich bei der Kämmerei noch einmal erkundigt. Mir ist vonseiten der Verwaltung bestätigt worden: Ja, so kann man es machen; für diesen Zweck kann man Gelder zurücklegen. - Von daher gibt es keine rechtlichen Bedenken dagegen.

Ich würde mich freuen, wenn wir heute diesen Beschluss fassen würden; denn Köln kann mehr - auch an Investitionen für das Stadtbild. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke, Herr Sterck. - Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Waschek.

Johannes Waschek (SPD): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Herr Sterck, Sie haben ja recht, wenn Sie beklagen, dass das Stadtbild an zahlreichen Stellen durch Fehlentwicklungen viel zu wünschen übrig lässt. Zu einer aktiven

Liegenschaftspolitik gehört auch aus meiner Sicht die Umsetzung von stadtentwicklungspolitischen Zielen. Dazu gehören auch die in Ihrem Antrag genannten und von Ihnen hier beschriebenen Fälle. Wir können uns also leicht über das Ziel verständigen.

Die Art und Weise, wie Sie es erreichen wollen, findet unsere Zustimmung allerdings nicht - auch wenn die Kämmerei Ihnen gesagt hat, dass dies ein Weg sei. Wir wollen aber schon gerne, dass Sie sich auch an den Haushaltsplanberatungen beteiligen und dort Ihre Verantwortung übernehmen. Das können Sie natürlich nur, wenn Sie auch daran mitarbeiten.

(Zuruf von Ralph Sterck [FDP])

Im Rahmen der Haushaltsplanung ist dann auch eine angemessene Abwägung mit anderen politischen Zielsetzungen möglich. Aus diesem Grund werden wir Ihren Antrag ablehnen.

Meine Damen und Herren, der gebotene sorgsame Umgang mit öffentlichen Mitteln setzt der Umsetzung von aus der Sicht der Liegenschaftspolitik unrentierlichen, aber stadtbildverbessernden Maßnahmen klare Grenzen. Das öffentliche Interesse muss sich - mit oder ohne Stadtbildfonds - überzeugend darstellen lassen. In den Fällen, in denen sich ein öffentliches Interesse an dem Erwerb eines Grundstücks überzeugend darstellen lässt, ist im Übrigen schon jetzt ein Ankauf möglich.

In der Vergangenheit haben wir das Instrument der Liegenschaftspolitik leider zu wenig genutzt. Wir sollten daran arbeiten, dass das besser wird.

Herr Sterck, lassen Sie uns deshalb bei den nächsten Haushaltsplanberatungen gegebenenfalls gemeinsam darauf zurückkommen. Dann können wir zu einer Entscheidung kommen. Für heute lehnen wir Ihren Antrag ab. - Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke, Herr Waschek. - Herr Frank, bitte.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Werte Damen und Herren! Dieser Antrag der FDP ist nicht neu. In der alten Wahlperiode haben wir hier einen Antrag eingebracht - er ist sogar verabschiedet worden -, der die Überschrift "Strategisches

Flächenmanagement" trug. Was Sie in Ihrem Antrag beschrieben haben, ist ein Bestandteil von strategischem Flächenmanagement. Sie haben ja auch mit einer Art revolvierendem Etat gearbeitet. Zumindest vermute ich, dass das dahintersteckt. Jedenfalls geht es aus der Begründung so hervor.

Wir haben hier auch kürzlich schon einen ähnlichen Antrag verabschiedet. Darin ging es darum, dass der Erlös aus Grünflächen, die überplant werden und auch bebaut werden, in einen Teiletat fließt, der dann zum Ankauf neuer Grünflächen verwendet wird. Sie werden sich daran erinnern können.

Solche Instrumentarien sind also machbar. Ausarbeitungen über strategisches Flächenmanagement liegen auch vor.

Es gibt dabei nur einen Haken. Dieser Beschluss, der nach meiner Erinnerung im Jahre 2004 gefasst wurde, ist von der Verwaltung nie umgesetzt worden. Ihre Fraktion hat auch nichts dazu beigetragen; denn er sollte von demjenigen umgesetzt werden, den Sie seinerzeit zum Kämmerer gewählt haben, nämlich von Herrn Soénius, der das Liegenschaftsdezernat und die Kämmerei eine ganze Zeit lang zusammen betrieben hat. Erst kürzlich hat er sich in der Zeitung gerühmt, welche Großtaten er vollbracht habe. Das ist einer der Punkte, die er versemelt hat. Wir könnten so etwas schon längst in Köln haben.

Ein zweites Phänomen ist, dass der Liegenschaftsetat aufgrund des Haushaltssicherungskonzepts letztendlich zur Sanierung des Haushalts beitragen musste. Der heutige Liegenschaftsetat weist einen Ankaufsetat von etwa 32 Millionen Euro auf. Mit dieser Summe ist man nicht in der Lage, solche Investitionen durchzuführen. Von den 32 Millionen Euro stehen uns für das restliche Haushaltsjahr jetzt noch etwa 9 Millionen Euro disponible Masse zur Verfügung. Wenn Sie davon noch 10 Prozent wegnehmen, braucht man den Liegenschaftsausschuss eigentlich gar nicht mehr einzuberufen.

Wenn man Ihren Antrag ernst nimmt, ist dies daher eine Aufgabe für den neuen Haushalt. Es ist aber auch eine Aufgabe der Liegenschaftspolitik, sich darauf zu verständigen, ein strategisches Flächenmanagement haben zu wollen. Ihr Detail, das wir im Grundsatz für richtig halten, Handlungsmöglichkeiten für solche Maßnahmen zu schaffen, müsste darin

einfließen. Insofern ist das ein klassisches Thema für 2010.

Das setzt aber voraus, dass die FDP - Herr Waschek hat bereits darauf hingewiesen - von der Politik der Rosinenpickerei Abstand nimmt und nicht weiter nach dem Motto handelt: Die schönen Sachen versuchen wir hier klarzukriegen; wenn es etwas härter wird, sind wir aber nicht dabei.

(Manfred Wolf [FDP]: Wer sagt das denn?)

- Sie müssen ja Folgendes wissen, Herr Wolf: 2007 war die FDP am Stadthaushalt beteiligt. 2008 hat sie die Einladung schnöde abgelehnt und ist erst gar nicht gekommen. Das ist so. Jetzt will man noch etwas unterbringen. Vielleicht wäre ein ganzheitlicher Politikansatz auch für die FDP der bessere Weg. Wie wir eben bei der Pferderennbahn schon gesagt haben, ist derjenige, der liest, klar im Vorteil; das galt ja für einige Ratsmitglieder. Wer an den Haushaltsplanberatungen teilnimmt, ist noch stärker im Vorteil.

In diesem Sinne schlage ich vor: Wiedervorlage 2010. Für heute müssen wir Ihren Antrag ablehnen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke, Herr Frank. - Gibt es weitere Wortmeldungen? - Noch einmal Herr Sterck.

Ralph Sterck (FDP): Zunächst frage ich: Ist der Liegenschaftsdezernent im Saal? Ich will ihm jetzt nicht unrecht tun. Vielleicht sitzt er ja irgendwo in den Reihen. - Er scheint nicht da zu sein. Das finde ich sehr enttäuschend. Schließlich handelt es sich hier um ein liegenschaftspolitisches Thema - und um ein Kämmereithema. Auch für denjenigen, der sich gleich zum Kämmerer bestellen lassen will, selbst wenn es nur vorübergehend ist, wäre dies also schon eine interessante Fragestellung.

Meine Damen und Herren - viele sitzen ja nicht mehr auf der Zuhörerbank; der eine oder andere Journalist ist noch hier -, Sie bekommen hier gerade ein kleines Lehrstück mit, wie in diesem Hause mit politischen Ideen umgegangen wird. Die beiden Redner von SPD und Grünen, die hier die Mehrheit stellen, sagen: Eigentlich ist es eine gute Idee. Wir nehmen diese Idee jetzt aber

als Geisel dafür, dass die FDP sich beim nächsten Haushalt ein bisschen geschmeidiger zeigt. Wenn sie das tut, darf sie diesen Vorschlag noch einmal vorbringen. Dann sind wir auch bereit, über solche guten Ideen noch einmal entsprechend zu beraten.

Meine Damen und Herren, natürlich können Sie das tun. Daran kann ich Sie nicht hindern. Sie haben hier im Hause die Mehrheit. Was Sie tun - Sie picken sich nämlich, um Ihre Worte zu gebrauchen, Herr Frank, die Rosinen heraus und entscheiden, was hier eine Chance hat und was, weil es aus der falschen Richtung kommt, keine Chance hat -, ist aber ein politischer Stil, der dem Ansehen der gesamten Politik in dieser Stadt sehr schadet; denn viele gute Ideen geraten hier unter die Räder, wenn sie von der falschen Seite kommen und aus Versehen von der CDU oder von der FDP vorgetragen werden. Dann hat die Stadt keine Chance, in diese Richtung vorangebracht zu werden. Das finde ich sehr enttäuschend.

Sie können diesen Antrag heute ablehnen. Sie werden uns aber nicht dazu bringen, wegen dieser Fragen unbedingt dem Haushalt 2010 zuzustimmen. Auf diese Geiselnahme fallen wir nicht herein. Da machen wir nicht mit. Dann muss die Stadt noch etwas länger unter Ihrer Mehrheit leiden. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Daher können wir jetzt über den Antrag der FDP-Fraktion abstimmen. Ich darf fragen, wer dafür ist. - Das sind die FDP-Fraktion, pro Köln und Herr Dr. Müser. Gegenstimmen? - Von CDU, SPD und Grünen. Gibt es Enthaltungen? - Bei mir - und sonst keinem. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Ich rufe auf:

2.1.13 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend "Neufassung des § 5 der Kölner Straßenordnung" AN/0712/2009

Herr Rouhs.

Manfred Rouhs (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Wir alle legen Wert darauf, Recht und Gesetz in unserer Stadt zu mehr Geltung zu verhelfen. Wir wollen, dass Köln schöner wird und die

unansehnlichen Ecken bereinigt werden. Um dieses Ziel zu erreichen, machen wir Ihnen hier einen Verbesserungsvorschlag für § 5 der Straßenordnung unserer Stadt.

Dieser Verbesserungsvorschlag zielt darauf ab, dass für die Ordnungskräfte in Köln zwei Dinge möglich werden:

Zum einen sollen sie in dem Moment, wenn mit Graffiti-Schmierereien oder wild geklebten Plakaten nicht etwa nur öffentliches Eigentum - dafür gilt das Gebot des Einschreitens ohnehin schon - beeinträchtigt wird, sondern auch in Fällen, in denen privates Eigentum geschädigt wird, tätig werden können, ohne dass der Privateigentümer seinerseits in irgendeiner Form initiativ werden muss. Das wäre zum Beispiel wichtig bei Einrichtungen, die nicht unmittelbar bewohnt werden, oder wenn sich der Eigentümer nicht unverzüglich meldet. Im Moment schaut die Kommune weg, wenn sich dort Graffiti-Schmierer verlustieren oder illegal Plakate geklebt werden. Das spricht sich herum. An solchen Stellen setzen die Schmierer und Wildplakatierer den Hebel an. Wenn sich das herumspricht und sich die Ecken einmal etabliert haben, findet die entsprechende Folgekleinkriminalität statt; das heißt, möglicherweise wird in Etappen ein ganzer Straßenzug ein Stück weit heruntergezogen.

Zum anderen haben wir hier einen Vorschlag implementiert, der auch rechtlich ohne Weiteres zulässig ist. Er wendet sich vor allem gegen koordinierte illegale Plakatieraktionen, wie wir sie im Moment im Zusammenhang mit unserem Anti-Islamisierungskongress, der an diesem Wochenende stattfinden wird, beobachten können. Da ziehen Gruppen aus dem linken Milieu los und verkleben in organisierter Form Plakate, die sich gegen unsere Versammlung richten.

(Beifall von Peter Kron [SPD])

Diese Plakate werden auf dem Eigentum anderer Leute angebracht, ohne dass von diesen eine Genehmigung eingeholt worden ist und ohne dass vonseiten der Stadt gegen diese illegalen Plakatierungen in irgendeiner Form eingeschritten wird und diese Plakate wieder entfernt werden. Bisher stellen sich die Ordnungskräfte auf den Standpunkt: Wenn wir den Schwarzplakatierer nicht an Ort und Stelle erwischen, können wir nichts tun; und da wir nicht wissen, wer das Plakat angebracht hat, können wir auch niemanden dafür in Haftung nehmen.

Würde der Vorschlag, den wir hier eingebracht haben, angenommen, wäre der Verwaltung die Möglichkeit an die Hand gegeben, dass in Fällen, in denen so etwas kampagnenartig und organisiert gemacht wird, wie wir es gegenwärtig in Köln erleben, der Verursacher, also derjenige, der die Kampagne startet, für die Beseitigung schwarz geklebter Plakate in Anspruch genommen werden kann. In Städten, in denen solche Verordnungen von den Kommunalparlamenten bereits verabschiedet worden sind, ist es rechtlich zulässig, in dieser Art und Weise zu verfahren. Das ist erprobt; das wird in anderen Städten auch so gemacht; es ist belastbar und durchsetzbar; dazu gibt es bereits richterliche Entscheidungen; das ist so in Ordnung. Damit könnten wir in Köln nicht nur in diesem Einzelfall, sondern weit über den Tag und die Woche hinaus einen wesentlichen Beitrag dazu leisten, dass unsere Stadt im engeren Sinn des Wortes schöner, dass sie ansehnlicher wird und dass den diversen Formen, sei es organisierter oder nur rein privat veranlasster Verunstaltung, in entsprechend koordinierter Form durch die Stadt Köln entgegengewirkt wird.

Meine Damen und Herren, das ist einer der Beiträge, den die Kommune wirklich völlig freihändig leisten kann. Das heißt, die typische Ausrede, hier müsse erst ein Gesetzgeber tätig werden oder da müsse das Land etwas machen oder gar der Bund eine Kampagne starten, gilt in diesem Fall nicht. Wir haben der Einfachheit halber hier auch keinen Prüfauftrag an die Verwaltung formuliert, sondern den Verordnungstext gleich selber so verfasst, wie er hier ohne Weiteres beschlussreif wäre, wenn bei Ihnen der politische Wille dazu vorhanden wäre. Deshalb erlauben wir uns, höflich, aber bestimmt für diesen Antrag hier Ihre Zustimmung zu erbitten.

Es gilt natürlich mein Standardsatz für sachbezogene Ideen, die Sie nicht positiv bescheiden können, weil der Antrag von pro Köln kommt: Denken Sie über den Text, den wir Ihnen hier vorgelegt haben, einmal in Ruhe nach. Wenn Sie es denn nicht unmittelbar über pro Köln machen wollen, machen Sie sich Gedanken darüber, wie Sie den Inhalt unseres Antrags auf anderem Wege einfließen lassen können. Sie werden sicherlich geeignete Mittel und Wege finden. Wichtig ist, hier endlich die Initiative zu ergreifen. Wichtig ist, dass die Kommune das Spektrum ihrer Möglichkeiten ausschöpft und in dieser Frage nicht alles beim Alten belässt. Sie hätten ohne Weiteres auch eigene Mittel und

Wege, wenn sich in Ihren Köpfen die Erkenntnis durchsetzte, dass auf diesem Feld Handlungsbedarf besteht.

(Beifall von pro Köln)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das scheint nicht der Fall zu sein. Dann lasse ich abstimmen. Wer für den Antrag von pro Köln ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die antragstellende Fraktion. Gibt es Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Dann ist das mit großer Mehrheit abgelehnt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 2.1.14 auf:

**2.1.14 Antrag der Fraktion pro Köln
betreffend „Absage des Rates an
Gewalt und rechtswidrige Blockaden“
AN/0714/2009**

Frau Wolter, bitte.

Judith Wolter (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Die linksextremen Ausschreitungen am 1. Mai in Berlin und Hamburg haben wieder in erschreckender Weise gezeigt, zu welcher Gewalt und Gesetzlosigkeit die Feinde der Demokratie in Deutschland imstande sind. Hunderte Polizisten wurden verletzt, die Staatsanwaltschaft hat mehrere Anklagen wegen Mordversuchs erhoben, und es gab erhebliche Sachbeschädigungen. Brennende Autos und Müllcontainer säumten den Weg der Linksextremisten, jener Klientel also, deren örtliche Protagonisten nicht erst am 20. September 2008 zu Hilfstruppen der politischen Klasse in Köln avanciert sind. Jawohl! Im letzten Jahr waren sich CDU, SPD und Co. nicht zu schade, den durch gewalttätige Linksextremisten erzwungenen Abbruch des ersten Anti-Islamisierungskongresses als Sieg der Demokratie zu bezeichnen.

Die Geister, die Sie riefen und die auch bundesweit für Empörung sorgten, werden Sie auch dieses Jahr nicht los. Auf eine Anfrage des Bundestagsabgeordneten Henry Nitzsche antwortete die Bundesregierung gestern, dass auch am 9. Mai wieder linksextreme Proteste in Köln erwartet werden. Auch der Landtag NRW wird sich in einer Aktuellen Stunde mit der Krawallbereitschaft linker Extremisten auseinandersetzen. Nur in Köln gibt es keine

klare Verurteilung und Distanzierung von linksextremen Chaoten und Extremisten.

Die Fraktion pro Köln fordert daher CDU, SPD, FDP und die Grünen auf, endlich ihrer Verantwortung gerecht zu werden und den Radaubrüdern von Links die Tür zu weisen. Zeigen Sie endlich den nötigen Anstand gegenüber den Kölner Bürgern, die in ihrer übergroßen Mehrheit linksextreme Gewalttäter nicht in der Domstadt haben wollen! Zeigen Sie endlich die notwendige Einsicht, dass man friedliche und genehmigte Kundgebungen der Pro-Bewegung nicht einfach mittels linksextremer Hilfstruppen durch die Hintertür verhindern darf, selbst wenn Ihnen die politischen Ziele von pro Köln und pro NRW ein Dorn im Auge sind! Zu Demokratie und Meinungsfreiheit gehört es auch, dass sich die Opposition friedlich versammeln und demonstrieren darf. Respektieren Sie endlich die Werte unseres Grundgesetzes! Heute haben Sie die Chance dazu, auch wenn ich leider befürchten muss, dass Sie weiterhin an Ihrer demokratiefeindlichen Grundhaltung festhalten wollen.

Wer geglaubt hat, die linksextremen Ausschreitungen am 20. September 2008 hätten angeblich gemäßigte Pro-Köln-Kritiker nachdenklich gemacht, irrt leider. Wie im Vorjahr schon ist bei der etablierten Politik und gesellschaftlich relevanten Organisationen von einer Abgrenzung oder gar Verurteilung von linksextremen Gegendemonstranten nichts zu sehen. Im Gegenteil, führende Kommunalpolitiker und hohe kirchliche Laienvertreter rufen gemeinsam mit bekennenden Linksextremisten zum Protest gegen den Anti-Islamisierungskongress auf, wohlwissend, dass hier wiederum gewaltbereite Störer und Blockierer von Links außen auf die friedlichen Teilnehmer einer ordentlich angemeldeten Versammlung losgehen wollen.

Wes Geistes Kind die meisten dieser selbsternannten Antifaschisten sind, die Henryk M. Broder nach dem 20. September treffend als „rote SA“ charakterisiert hat, wird anhand des Aufrufs zur linksradikalen Vorabenddemo am 8. Mai in Köln deutlich. Unter dem Motto „Europa.Deutschland.Köln - alles Scheiße“ werden derzeit linke Politikriminelle aus ganz Deutschland herbeigetrommelt. Wie schon im Vorjahr dürfen sich diese gewaltbereiten Extremisten direkt vor dem Kölner Hauptbahnhof versammeln, um dann Freitagabend gröhrend und randalierend durch die Straßen der Innenstadt zu ziehen. Zur Erinnerung: Pro Köln

wurde von der Polizeiführung der Roncalliplatz verweigert, unter anderem wegen der Nähe zum Hauptbahnhof.

Nur eine deutliche Verurteilung und Abgrenzung von diesen linksextremen Gegendemonstranten im Vorfeld des Kongresses könnte glaubhaft machen, dass die etablierten Parteien, Gewerkschaften und Kirchenvertreter nichts mit diesen Krawallbrüdern zu tun haben. Wenn allerdings wie im Vorjahr der erst von linksextremen Blockierern und Störern ermöglichte Abbruch des Kongresses von den Altparteien auch noch als Sieg gefeiert wird, lässt das auf das Gegenteil schließen. Wer diese Feinde der Demokratie quasi als Hilfstruppen im Kampf gegen die Pro-Bewegung gewähren lässt, trägt auch eine Mitverantwortung für die begangenen Straftaten, Körperverletzungen und Sachbeschädigungen.

Die linksextreme Szene will in diesem Jahr neben der Vorabenddemo am Freitag auch am Samstag den Kongress durch eine aktive Teilnahme auf der Hauptkundgebung sprengen. Auch wenn die Generalprobe dazu vor dem Ehrenfelder Moscheegelände grandios floppte, ist mit dieser angekündigten Störung einer genehmigten Versammlung eine erhebliche kriminelle Energie verbunden. CDU, SPD und FDP wären hier in der Pflicht, solche Versuche schon im Vorfeld auf das Schärfste zu verurteilen; denn in einer Demokratie muss der Wettstreit der Argumente in zivilisierter Form stattfinden. Demonstrationen für, aber auch gegen Großmoscheen und Islamisierung sind legitim. Störungen und Angriffe auf Versammlungen anderer dagegen sind strafbar und dürfen nicht augenzwinkernd und schadenfroh geduldet werden, wenn es gegen Rechts geht.

Es bleibt abzuwarten, ob es dieses Jahr wieder eine Blamage des Rechtsstaates geben wird oder ob vom 8. bis zum 10. Mai die eingesetzten Polizeibeamten ihre Pflicht tun dürfen. Vonseiten der Pro-Bewegung wurden zumindest alle möglichen Vorkehrungen getroffen, um einen sicheren und friedlichen Verlauf der Veranstaltung zu ermöglichen. Pro Köln und Pro NRW haben hinsichtlich der diversen öffentlichen Kundgebungen ihre volle Kooperationsbereitschaft zugesagt. Die Sicherheitsbehörden haben bereits jetzt alle notwendigen Informationen erhalten. Insbesondere die Anreise der Veranstaltungsteilnehmer wurde mit der Polizei abgeklärt. Einer friedlichen Demonstration für Demokratie und Meinungsfreiheit und gegen

Islamisierung und Überfremdung steht also nichts mehr im Weg.

Pro Köln hat in der Domstadt bereits jetzt ein kraftvolles demokratisches Mandat. 16 000 Kölnerinnen und Kölner haben uns als ihre Vertreter in den Stadtrat gewählt. Weit über 20 000 Kölner haben unser Bürgerbegehren gegen die Großmoschee unterschrieben.

(Susana dos Santos Herrmann [SPD]:
Stimmt gar nicht!)

Jetzt soll und wird diese politische Meinung auch in Form öffentlicher Kundgebungen vertreten werden. Wir sprechen und demonstrieren in der Frage der Islamisierung für die schweigende Mehrheit der Bevölkerung. Das ist unser gutes Recht. - Danke.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Wer ist für diesen Antrag? - Das ist pro Köln. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist das mit großer Mehrheit so abgelehnt.

(Regina Wilden [pro Köln]: Das ist so
peinlich für Sie!)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 2.2.1 auf:

2.2.1 Anträge und Vorschläge aus den Bezirksvertretungen hier: Umsetzung des Beschlusses der Bezirksvertretung 2 Rodenkirchen vom 05.05.2008 durch die Einleitung vorbereitender (Sanierungs-) Untersuchungen gem. § 141 Baugesetzbuch für Köln-Meschenich 0274/2009

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch keine. Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 2.2.2 auf:

2.2.2 Gemeinsamer Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Bezirksvertretung Porz hier: Maßnahmenpaket für den Stadtbezirk Porz 1588/2009

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Frau Wilden, bitte.

Regina Wilden (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Die Bezirksvertretung Porz hat geschlossen für die hier vorgeschlagenen Maßnahmen gestimmt, obwohl einigen Mitgliedern durchaus bewusst war, dass deren Umsetzung im Rahmen des Konjunkturprogramms nicht möglich sein wird.

Ich möchte gern die Gelegenheit nutzen, hier im Rat darauf hinzuweisen, dass wir in Porz eine Never-Ending-Story haben. Das betrifft in erster Linie die Verlängerung der Linie 7. Ich möchte hinzufügen, dass sie technisch äußerst einfach durchführbar wäre. Das ist eine gerade Strecke, ohne Steigungen. Es ist auch kein Einsturz beim Bau oder ein anderweitiges Unglück zu befürchten. Es gibt bei uns jeden Tag, sowohl vormittags als auch nachmittags, stundenlange Autostaus auf dem Weg von Langel nach Zündorf.

Ich bitte die hierfür zuständigen Dezernenten und auch die Mitglieder des Rates, endlich zur Kenntnis zu nehmen, dass in Porz ein wichtiges Projekt ansteht. Wir werden keine Ruhe geben. Nicht nur pro Köln, sondern die gesamte Bezirksvertretung Porz wird in dieser Sache am Ball bleiben. - Vielen Dank.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Okay. Wir nehmen als Rat die Anregung der Bezirksvertretung Porz zur Kenntnis und beschließen, sie zurückzuweisen. So lautet der Beschlussvorschlag. Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Bei Enthaltung von pro Köln ist das einstimmig beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 3 auf:

3. Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Zu Tagesordnungspunkt 3.1:

3.1 Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend „Sachstand Integrationsfirmen“ AN/0699/2009

Dazu liegt noch keine Antwort vor. Herr Kahlen, darf ich Sie danach fragen?

(Stadtdirektor Guido Kahlen:
Nächste Sitzung!)

- Das wird in der nächsten Sitzung beantwortet.

Zu Tagesordnungspunkt 3.2:

**3.2 Anfrage der Fraktion Die Linke.Köln
betreffend „Strom- und Gaspreise bei der
Rheinenergie AG“
AN/0826/2009**

Dazu liegt die Antwort vor. Gibt es Rückfragen? -
Ich sehe, das ist nicht der Fall.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 4 auf:

4. Einwohner und Bürger

Zu Tagesordnungspunkt 4.4.1:

**4.4.1 Änderung des § 27 Gemeindeordnung
NRW und Verlängerung der
Experimentierklausel
1716/2009**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Herr Breite,
bitte.

Ulrich Breite (FDP): Herr Oberbürgermeister!
Meine sehr verehrten Damen und Herren! Bei
diesem Punkt geht es um den Integrationsrat.
Zum einen hat die Landesregierung einen
Gesetzesentwurf dazu vorgelegt. Zum anderen
hat auch die Fraktion der Grünen im Landtag
einen Gesetzesentwurf vorgelegt. Sowohl im
Gesetzesentwurf der Grünen im Landtag als
auch im Gesetzesentwurf der Landesregierung
ist vorgesehen, den Räten die Entscheidung zu
überlassen, den Integrationsrat in seiner jetzigen
Form - das läuft hier in Köln unter dem Begriff
„Experimentierklausel“ - beizubehalten oder
einen Integrationsausschuss zu bilden.

In dieser Vorlage hier wird nun empfohlen, die
Experimentierklausel beizubehalten. Wir halten
das für einen Rückschritt. Wir sind der Meinung,
dass das, was die Grünen in den Landtag
eingebracht haben und auch die
Landesregierung vorgeschlagen hat, der bessere
Weg ist. Deswegen werden wir jetzt gegen diese
Vorlage stimmen. Sicherlich kann man an beiden
Entwürfen, sowohl an dem der Grünen als auch
an dem der Landesregierung, noch
Verbesserungen vornehmen. Aber dass wir jetzt
überhaupt nichts machen, halten wir nicht für
den richtigen Weg. Darum werden wir dagegen
stimmen. Wir halten das, was die Grünen und
auch die Landesregierung vorgeschlagen haben,
für richtig. - Danke schön.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Tayfun
Kelttek dazu, bitte.

Tayfun Kelttek (Integrationsrat): Sehr geehrter
Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Damen
und Herren! Zunächst einmal zum Formalen: Der
Integrationsrat bittet den Rat der Stadt Köln, den
Landtag aufzufordern, sich bei der Änderung von
§ 27 der Gemeindeordnung am Eckpunktepapier
des Innenministeriums, des
Integrationsministeriums, des
Integrationsbeauftragten der Landesregierung,
der kommunalen Spitzenverbände und der
LAGA NRW zu orientieren. Sofern dies nicht
möglich ist, wird darum gebeten, von einer
Änderung des § 27 der Gemeindeordnung
abzusehen und stattdessen den Kommunen
auch weiterhin die Möglichkeit zu geben, durch
Inanspruchnahme der Experimentierklausel
gemäß § 129 der Gemeindeordnung von § 27
der Gemeindeordnung abzuweichen.

Meine Damen und Herren, wir haben hier in Köln
vor etwa viereinhalb Jahren auf der Grundlage
des § 129 der Gemeindeordnung einen
Integrationsrat eingerichtet. In erster Linie sind
die Mitwirkung des Rates und des
Ausländerbeirates gefragt. Das haben wir auf
jeden Fall erreicht. Dieses Gremium arbeitet seit
viereinhalb Jahren sehr konstruktiv. Die
konstruktive und harmonische Zusammenarbeit
zwischen den Parteien, die aus dem Rat
entsandt wurden, und den Migrantenvverbänden
zeigt, dass sich dieses Gremium bewährt hat.
Die Wahlbeteiligung für dieses Gremium hat sich
im Vergleich zur Wahl des Ausländerbeirates
beinahe verdoppelt. Das ist einmalig in einer
Stadt wie Köln. Bei über 250 000 Migrantinnen
und Migranten haben sich circa 20 Prozent der
Wähler an dieser Wahl beteiligt. Diese hohe
Wahlbeteiligung zu erreichen, war nicht ganz
einfach.

Im Integrationsrat sind elf Ratsmitglieder und 22
gewählte Migrantenvvertreter. Diese
Migrantenvvertreter engagieren sich, weil sie
wissen, dass sie in diesem Gremium einiges
bewegen können. Sie können sich hier fachlich
und inhaltlich einbringen, weil sie selbst von
diesem Thema betroffen sind. Sie haben auch
sehr vieles eingebracht. Das können die Damen
und Herren Ratsmitglieder, die im Integrationsrat
vertreten sind, sicherlich bestätigen.

Im Vergleich zu anderen Bundesländern haben
wir in dieser Frage große Fortschritte erreicht.
Ein Bundesland, nämlich Rheinland-Pfalz, hat

sogar unser Kölner Konzept übernommen und es in der Gemeindeordnung des Landes verankert.

Ich kann im Moment nicht verstehen, warum der Gesetzesentwurf, der in die Beratung des Landtages eingebracht worden ist, diese Erfahrungen nicht berücksichtigt. Wie gesagt, wir haben vor einem Jahr im Innenministerium die Erfahrungen der einzelnen Kommunen ausgewertet. Anhand dieser Erfahrungen wurde ein Eckpunktepapier formuliert und vereinbart. Dieses Papier sollte schon vor den letzten Sommerferien als Gesetzesentwurf in den Landtag eingebracht werden. Das ist nicht passiert. Stattdessen wurde vor einigen Wochen von der CDU- und der FDP-Fraktion ein Gesetzesentwurf in den Landtag eingebracht, der leider viele Erfahrungen, die wir in den letzten viereinhalb Jahren gesammelt haben, nicht berücksichtigt.

Ich will hier nur einige wenige Punkte nennen. Alle anderen können Sie im Antrag nachlesen.

Erstens, die Zusammensetzung. Im Gesetzesentwurf wird die Zusammensetzung, wie wir sie hier in Köln haben, nicht berücksichtigt. Im Integrationsausschuss, der als Option angeboten wird, soll es keine Stimmenmehrheit der Migrantenvertreter mehr geben, wie es jetzt im Integrationsrat der Fall ist. Stattdessen sieht der Gesetzesentwurf vor, dass dieses Gremium mehrheitlich mit Ratsmitgliedern besetzt wird. Außerdem wird dieses Gremium nur Beratungskompetenz und kein Beschlussrecht haben.

Ein solcher Integrationsausschuss wird von vielen, von fast allen Migrantenvertretern in den anderen Städten abgelehnt. Wenn die Migrantinnen und Migranten nach diesem Modell arbeiten müssen, werden sie nicht motiviert sein, sich politisch zu beteiligen. Deswegen lehnen wir dieses Modell ab. Die Landesregierung beziehungsweise der Landtag sollte sich für ein Modell entscheiden, das jedem dient. Ich denke, unser Modell hat uns bisher dabei geholfen.

Zweitens. Wir haben auch dadurch eine hohe Wahlbeteiligung erreicht, weil wir viele Eingebürgerte und Aussiedler in unsere Arbeit einbezogen haben. Dadurch haben wir Vielfalt im Integrationsrat erreicht. Würde diesen Gesetzesentwürfen gefolgt, würde diese Vielfalt im Integrationsrat verhindert. Das bedeutete nichts Gutes für unsere zukünftige Arbeit.

Ich möchte zum Schluss kommen. Mit Ihrem Votum sollten Sie dem Landtag das Signal geben, noch Ergänzungen und Verbesserungen an den Gesetzesentwürfen vorzunehmen, ehe das Gesetz verabschiedet wird. Ihr Votum sollte darauf abzielen. - Danke schön.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön. - Gibt es weitere Wortmeldungen? - Keine. Dann lasse ich abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Gegen die FDP und pro Köln. Enthaltungen? - Gibt es keine. Dann ist das mit großer Mehrheit so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 4.4.2 auf:

4.4.2 Verabschiedung einer Resolution zum geplanten Treffen von pro Köln am 08./09.05.2009 1850/2009

Es sprechen Herr Keltek und dann Herr Rouhs, bitte schön.

Tayfun Keltek (Integrationsrat): Meine Damen und Herren! Der Integrationsrat Köln bittet den Rat der Stadt Köln, den in der letzten Sitzung einstimmig verabschiedeten nachfolgenden Resolutionstext gegen das europaweit geplante Treffen von pro Köln in Köln zu übernehmen und zu verabschieden.

Nach dem ersten Versuch von pro Köln am 20. September letzten Jahres, einen Anti-Islamisierungskongress abzuhalten, wird jetzt beabsichtigt, gemeinsam mit pro NRW als sogenannten Wahlkampfhöhepunkt zur Europawahl 2009 erneut einen Anti-Islamisierungskongress zu veranstalten. Geplant sind eine internationale Pressekonferenz am Freitag, den 8. Mai 2009, sowie eine Hauptkundgebung mit abschließendem Protestzug am Samstag, den 9. Mai 2009.

(Bernd M. Schöppe [pro Köln]: Genau!)

Das Innenministerium von Nordrhein-Westfalen führt pro Köln seit 2004 unter dem Verdacht einer rechtsextremistischen Bewegung in Nordrhein-Westfalen im Verfassungsschutzbericht auf. Das Verwaltungsgericht Düsseldorf, bestätigt durch das Oberverwaltungsgericht Münster, hat 2005 festgestellt, dass sich insbesondere aus Äußerungen in Infoblättern von pro Köln sowie aus Artikeln, die sich im Archiv der Homepage von pro Köln befinden, Anhaltspunkte für den

Verdacht von Bestrebungen ergeben, die die Menschenwürde und das Diskriminierungsverbot verletzen, weil Ausländer beziehungsweise Migranten mit überwiegend drastischer Wortwahl anhaltend negativ bewertet, herabgesetzt und ausgegrenzt werden.

Der Kölner Integrationsrat setzt sich ausdrücklich für das gleichberechtigte Miteinander und gegen jede Form von Fremdenfeindlichkeit und Angriffe auf die demokratische Verfassung der Bundesrepublik Deutschland ein.

(Beifall bei der SPD und von Teilen der FDP sowie bei der Linken.Köln)

Keine Ideologie, keine Religion rechtfertigt oder legitimiert Extremismus, Terrorismus und Menschenrechtsverletzungen. Das ist auf das Schärfste zu verurteilen und zu bekämpfen.

(Beifall bei der SPD und von Teilen der FDP sowie bei der Linken.Köln)

Der Integrationsrat bewertet den erneuten Versuch der Durchführung eines von pro Köln organisierten Anti-Islamisierungskongresses als Angriff auf die Verfassung der Bundesrepublik Deutschland, die auch das Recht auf die Freiheit der Religionsausübung schützt.

(Beifall bei der SPD und von Teilen der FDP sowie bei der Linken.Köln)

Mit großer Sorge nimmt der Integrationsrat der Stadt Köln diese Veranstaltung zur Kenntnis und ruft alle Demokratinnen und Demokraten auf, sich im Rahmen der jeweils eigenen Möglichkeiten gegen die von pro Köln verbreiteten demokratie- und ausländerfeindlichen Aussagen zu stellen.

(Beifall bei der SPD und von Teilen der FDP sowie bei der Linken.Köln)

Alle Menschen, alle Kölnerinnen und Kölner, egal, welcher Konfession, Hautfarbe oder Nationalität, sind aufgerufen, gegen diesen Anti-Islamisierungskongress und die damit verbundenen fremdenfeindlichen Aussagen Flagge zu zeigen. Sie sind aufgerufen, die Aktionen, Demonstrationen und Veranstaltungen, die sich dagegen formieren, zu unterstützen.

Unsere demokratisch verfasste Gesellschaft wird durch den Anti-Islamisierungskongress und die in diesem Zusammenhang propagierten Meinungen und Ziele in ihren Grundsätzen infrage gestellt. Sie nimmt zwar dadurch nicht

wirklich Schaden, aber dieser Kongress muss allen demokratisch orientierten Kräften Anlass geben, deutlich zu machen, dass antidemokratische, ausländerfeindliche und rassistische Meinungen weder in Köln noch in einer anderen Stadt in unserem Land repräsentativ sind und dass sie nicht gewollt sind.

(Beifall bei der SPD und von Teilen der FDP sowie bei der Linken.Köln)

In einer globalisierten Welt, die immer mehr zusammenwächst und aufeinander angewiesen ist, darf die Spaltung der Gesellschaft nicht zugelassen werden. Köln ist und bleibt eine weltoffene Stadt, die sich für das friedliche und gleichberechtigte Mit- und Nebeneinander einsetzt und in der Rassismus und Extremismus keinen Platz haben dürfen. - Danke schön.

(Beifall bei der SPD und von Teilen der FDP sowie bei der Linken.Köln)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Herr Keltek. - Herr Rouhs, bitte.

Manfred Rouhs (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich würde Herrn Keltek sicherlich Unrecht tun, wenn ich ihm jetzt vorwerfen würde, dass er sich von den etablierten Parteien zum Zwecke der politischen Propaganda instrumentalisieren lässt; denn er selbst ist ja über ein Parteiticket in sein Amt gelangt. Dieser Integrationsrat ist ein Gremium, das Bestandteil des etablierten politischen Betriebs ist und nicht eine wirkliche Interessenvertretung der in Köln lebenden Ausländer.

(Beifall bei pro Köln - Zuruf von Jörg Detjen [Die Linke.Köln])

Dem tragen der Oberbürgermeister und auch andere auf die Weise immer wieder Rechnung, indem Sie die wirklich relevanten Unterhaltungen mit Repräsentanten der in dieser Stadt oder in unserem Land lebenden Menschen fremder Nationalität auf anderen Ebenen führen. Sie sitzen zum Beispiel mit der DITIB, die gesellschaftlich allgemein anerkannt ist, an einem Tisch. Aber Sie sitzen auch mit einer Organisation wie Milli Görüs zusammen, die antiwestlich, antisemitisch und antidemokratisch orientiert ist. Trotzdem müssen Sie sich mit deren Repräsentanten an einen Tisch setzen, wenn Sie mit den in dieser Stadt lebenden

Ausländern reden wollen, weil der Anteil der Menschen mit türkisch-islamischem Zuwanderungshintergrund, der von Milli Görüs vertreten wird, derart groß ist, dass Sie sie nicht einfach ignorieren können.

Meine Damen und Herren, das macht ein Stück weit Ihr Dilemma deutlich, zeigt aber auch, wie scheinheilig und in sich nicht schlüssig Ihre Vorhaltungen sind: Derjenige, der hier auf der Basis von Recht und Gesetz als Teilnehmer eines demokratischen politischen Wettbewerbs in Konkurrenz zu Ihnen in dieser Stadt öffentlich auftritt, wie es die Bürgerbewegung pro Köln tut, soll ein Extremist sein, während Sie sich selbst, die Sie unter anderem mit Gruppen wie Milli Görüs kooperieren, sich für die Hüter der demokratischen Ordnung halten. Das ist in sich widersprüchlich und scheinheilig. Das hat weder Hand noch Fuß. Das hat keinen roten Faden, wie auch anderen Teilen Ihrer politischen Aktivitäten ein roter Faden fehlt.

Die Resolution, die Sie hier verabschieden wollen, ist scheinheilig und in den beiden relevanten inhaltlichen Punkten schlicht von der Realität abgehoben. Es ist sachlich falsch, uns Rassismus und Menschenverachtung vorzuwerfen,

(Beifall bei pro Köln)

weil wir die Zuwanderungspolitik Ihrer Parteien kritisieren. Es ist außerdem nicht so, Herr Keltek, dass wir Integration, also das, was Ihr Gremium im Prinzip vorantreiben soll, ablehnen. Im Gegenteil, wir befürworten die Integration der in dieser Stadt lebenden Menschen fremder Nationalität, die hier auf Dauer bleiben wollen, die ein Bestandteil Mitteleuropas werden wollen, die die mitteleuropäische Kultur als ihre eigene anerkennen wollen und die verstanden haben, dass ein vollständiger Spracherwerb - das halten wir in der Tat für ein objektiv wichtiges Kriterium - die Voraussetzung ist, um den Weg der Integration zu gehen. Mit dem Einstehen für diesen Teil der in Köln lebenden Ausländer, um ihnen Integrationsmöglichkeiten zu geben, rennen Sie bei uns offene Türen ein.

Das, was wir ablehnen, sind Parallelgesellschaften. Der Vorwurf, den wir nicht an die Adresse des Integrationsrates, aber an die der etablierten Parteien richten, ist, dass sie dafür sorgen, dass sich Parallelgesellschaften verfestigen können. Das sehen wir in Ehrenfeld aufgrund Ihrer Förderung des Großmoscheeprojektes von DITIB. Das sehen wir in Nippes, wo Sie Milli Görüs den Rücken

stärken und damit die Gelegenheit geben, ihre radikal islamische Parallelstruktur auszubauen. Das, meine Damen und Herren, sind Ansätze zur Desintegration, die wir verurteilen. Unsere Position hat mit Rassismus und Menschenverachtung nichts zu tun.

Falsch ist auch Ihre Vorhaltung, unsere Einstellung sei demokratiefeindlich. Sie ist allein schon deshalb falsch, weil die von uns artikulierte Kritik an Ihrer Zuwanderungspolitik und an Ihrem Konzept des Multikulturalismus prozentual nur von einem gerade so fassbaren Teil der Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt mitgetragen wird, die wir hier in den politischen Gremien repräsentieren. Das ist nicht antidemokratisch, sondern das ist Demokratie, meine Damen und Herren. Sie werden auf Dauer nicht umhin kommen, dieses Faktum zur Kenntnis zu nehmen.

Im Übrigen bringt meine Fraktion immer wieder, so auch in der heutigen Ratssitzung, eine ganze Reihe von sehr sachlichen, themenbezogenen Anträgen ein, für die Sie schlicht jede Diskussion verweigern. Sie lesen das, Sie nehmen das sorgfältig zur Kenntnis. Die CDU-Fraktion bringt hier sogar einen zwei Jahre alten Pro-Köln-Antrag als eigenen Antrag ein. Das belegt immerhin, dass Sie sich hinter den Kulissen mit den Inhalten unserer Anträge, die wir hier auf die Tagesordnung setzen lassen, auseinandersetzen. Aber in der Ratssitzung selbst sagen Sie nicht ein Wort dazu. Sie stimmen en bloc ab, wie es die Blockparteien in der früheren DDR gemacht haben, und Sie schotten sich vollständig ab gegen das Phänomen politischer Opposition, mit dem Sie auf einmal durch uns konfrontiert sehen und das Sie nicht haben wollen.

Meine Damen und Herren, was ist denn undemokratisch: Diese Opposition hier zu artikulieren, wie wir es tun, oder darauf mit einem Brett vor dem Kopf zu reagieren, wie Sie es tun? Sie betreiben hier politischen Autismus. In diesen politischen Autismus passt die hier zur Abstimmung stehende Resolution hervorragend hinein.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Dann kommen wir jetzt zu dieser Abstimmung. Gibt es Gegenstimmen? - Wie angekündigt von pro Köln. Enthaltungen? - Gibt es keine. Dann ist das mit großer Mehrheit so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 5 auf:

5. Ortsrecht

Zu Tagesordnungspunkt 5.2.1:

5.2.1 Änderung der Benutzungs- und Entgeltordnung der Stadtbibliothek Köln 0652/2009

Hier soll wie Ausschuss Kunst und Kultur abgestimmt werden. Das ist gleichermaßen wie auch beim AVR Anlage 3. Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Es ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 6 auf:

6. Unterrichtung des Rates über die vom Kämmerer/Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, Mehrauszahlungen und -verpflichtungen für das Haushaltsjahr 2009 gem. § 83 Abs. 1 und § 85 Abs. 1 GO NRW i. V. m. der Haushaltssatzung 2008/2009 1531/2009

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Ich sehe, das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch nicht. Einstimmig beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 7 auf:

7. Überplanmäßige Ausgaben

Zu Tagesordnungspunkt 7.1:

7.1 Genehmigung einer überplanmäßigen Auszahlung zur Beschaffung von Hardware 1268/2009

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch nicht. Einstimmig beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 9 auf:

9. Allgemeine Vorlagen

Zu Tagesordnungspunkt 9.1:

9.1 Überplanmäßige investive Auszahlung im Teilfinanzplan 0405 - Kulturförderung, Teilplanzeile 9 - Erwerb von beweglichem Anlagevermögen hier: Beschaffung eines neuen Bibliotheksmanagementsystems für die Stadtbibliothek

0636/2009

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch nicht. Einstimmig beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 9.2:

9.2 Teilergebnisplan 1201 - Verkehrsflächen und -anlagen ÖPNV Bedarfsfeststellung zur Planung der Ertüchtigung der Kölner Straßentunnel 1075/2009

Gibt es Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch nicht. Einstimmig.

Zu Tagesordnungspunkt 9.3:

9.3 Teilergebnisplan 1201 - Verkehrsflächen und -anlagen ÖPNV Bedarfsfeststellung zur Planung der Ertüchtigung des Tunnels Grenzstraße in Köln-Kalk 1179/2009

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch nicht. Einstimmig beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 9.4:

9.4 Vereinbarung mit der Stadt Siegburg zur testweisen Übernahme des Telefonservices durch das Call-Center der Stadt Köln 1270/2009

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Bei pro Köln. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es mit Mehrheit so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 9.5:

9.5 Einrichtung des Neubaus der Gesamtschule Rodenkirchen, Sürther Str. 191, 50999 Köln 0335/2009

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Auch keine. Enthaltungen? - Auch nicht. Einstimmig beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 9.6:

9.6 Bedarfsfeststellung über die Beförderung von behinderten Kindern in städt. integrativen Kindertageseinrichtungen 1236/2009

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch keine. Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 9.7:

9.7 Unterstützung der Gewerbetreibenden im Severinsviertel durch die kurzfristige Einrichtung eines Veedelsmanagements und Erstellung eines Marketingkonzepts 1400/2009

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Einstimmig.

Zu Tagesordnungspunkt 9.8:

9.8 Erweiterter Planungsbeschluss für den Umbau der Stadtbahnhaltestelle Liebigstraße in Ehrenfeld 3126/2008

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch keine. Dann ist es einstimmig so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 9.9:

9.9 Einrichtung einer Mehrstelle beim Büro der Behindertenbeauftragten V/3 4935/2008

Ich freue mich sehr, dass unsere Behindertenbeauftragte durch diese Vorlage eine tatkräftige Unterstützung bekommt und auch Sie, wenn Sie dieser Vorlage zustimmen, sie in ihrer hervorragenden Arbeit unterstützen.

(Ossi Helling [Bündnis 90/Die Grünen]:
Wir freuen uns auch!)

- Wenn ihr euch auch freut, dann bitte ich euch, zuzustimmen. - Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 9.10:

9.10 Erweiterter Planungsbeschluss für den Umbau der Stadtbahnhaltestelle Margaretastraße im Stadtbezirk Ehrenfeld 0583/2009

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch nicht. Einstimmig beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 9.11:

9.11 Standorterweiterung Nachbarschaftshilfen „Kölsch Hätz“ 0858/2009

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Auch nicht. Enthaltungen? - Auch nicht. Einstimmig beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 9.12:

9.12 Änderung des Rettungsdienstbedarfsplanes der Stadt Köln 1068/2009

Dazu wollte Frau Bredehorst eine Mitteilung machen, bitte schön.

Beigeordnete Marlis Bredehorst: Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister. - Ich will kurz den Protokollauszug aus der Niederschrift des Umweltausschusses berichten. So, wie es dort wiedergegeben wird, ist es nicht gewesen. Wir haben das auch schon im gestrigen Finanzausschuss berichtet. Sowohl der Vorsitzende des Umweltausschusses, Herr Bacher, als auch ich, die ich als Dezernentin dabei war, haben das mündlich richtiggestellt.

Der Ausschuss selbst hat die Angelegenheit ohne Votum in den Rat geschoben; er hat aber schon darüber geredet. Das ist in der Niederschrift fälschlicherweise als „Beschluss“ bezeichnet und abgedruckt worden. Es war allerdings eine Beschlussempfehlung, die jetzt erst vom Rat beschlossen werden soll. Das betrifft den Wortlaut im Protokollauszug,

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:
Anlage 2!)

Anlage 2. Es wird also empfohlen, das gegebenenfalls, sozusagen aus der Diskussion heraus, hier zu beschließen.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Können Sie das noch einmal klarstellen, bitte?

Beigeordnete Marlis Bredehorst: Der Umweltausschuss hat kein Votum abgegeben, hat aber diese hier fälschlicherweise als Beschluss wiedergegebene Beschlussempfehlung schon vorab diskutiert.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Wir würden jetzt wie Anlage 2 beschließen. Ist das richtig?

Beigeordnete Marlis Bredehorst: Genau.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Ist der Vorsitzende des Ausschusses damit einverstanden?

(Zuruf von Götz Bacher [SPD])

- Okay. - Dann beschließen wir wie Anlage 2. Ich glaube, es gibt keinen weiteren Klärungsbedarf, da es, wie ich sehe, keine weiteren Wortmeldungen gibt. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Es ist einstimmig so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 9.13:

**9.13 Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.08.2008 für die Bühnen der Stadt Köln
1218/2009**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch nicht. Einstimmig.

Zu Tagesordnungspunkt 9.14:

**9.14 Verteilung der Mittel zur Förderung von Interkulturellen Zentren für das Jahr 2009
1403/2009**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Bei pro Köln. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es mit großer Mehrheit so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 9.15:

**9.15 Soziale Stadt NRW - Mülheim-Programm hier: Integriertes Handlungskonzept Mülheim 2020 für das Programmgebiet "Soziale Stadt" Köln - Mülheim
3493/2008**

Hier soll abgestimmt werden wie StEA, Anlage 13. Aber zunächst will Herr Helling noch etwas dazu sagen. - Bitte schön, Herr Helling.

Ossi Helling (Bündnis 90/Die Grünen): Die Abstimmung wie StEA ist klar. - Ich habe eine Frage an den zuständigen Dezernenten. In den

Diskussionen im Sozialausschuss wurde vorgeschlagen, die Lenkungsgruppe, die vorgesehen wird, um die beteiligten Dezernenten und nicht nur um Mitarbeiter der Fachämter zu ergänzen. Dazu gab es in den Stellungnahmen der Verwaltung keine Antwort. Ich möchte nun wissen, ob dieser Vorschlag umgesetzt werden kann oder nicht.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Herr Streitberger, bitte.

Beigeordneter Bernd Streitberger: Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Herr Helling, das ist sicherlich kein Problem. Wir können das gerne so umsetzen.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke. - Gibt es weitere Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Bei Enthaltung von pro Köln ist das einstimmig so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 9.16:

**9.16 Eine Stunde kostenfreies Parken auf der Severinstraße
1510/2009**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Herr Rouhs.

Manfred Rouhs (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Es geschehen noch Zeichen und Wunder. Wie haben Sie damals meine Fraktion in Acht und Bann getan für unseren Vorschlag, eine Stunde kostenfreies Parken in Köln zu etablieren. Da hieß es, das sei vollkommener Quatsch und komplett diskussionsunwürdig. Jetzt fangen Sie an, diesen Pro-Köln-Vorstoß Straßenzug für Straßenzug umzusetzen, beginnend in der Severinstraße. Ich weiß nicht, wie viele Ratssitzungen Sie brauchen werden, bis Sie am Ende mit ganz Köln durch sind. Ich beglückwünsche Sie aber zur Erweiterung Ihres Horizonts, für die diese Vorlage hier spricht, und kann Ihnen nur empfehlen, weiterhin fleißig unsere Anträge zu lesen.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht.

Gegenstimmen? - Gibt es nicht. Enthaltungen? - Auch nicht. Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 9.17:

9.17 Wirtschaftspläne des Wallraf-Richartz-Museums & Fondation Corboud der Stadt Köln für die Geschäftsjahre 2. Halbjahr 2008 und 2009 1542/2009

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch nicht. Einstimmig so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 9.18:

9.18 Rechtlich unselbständige Stiftungen der Stadt Köln hier: Modernisierung des Einfamilienhauses Pallenbergheim 13 in Köln-Weidenpesch 1604/2009

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Nicht. Enthaltungen? - Auch nicht. Dann ist es einstimmig so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 9.19:

9.19 Bestellung eines Beigeordneten zum Stadtkämmerer 1220/2009

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Gegen die Stimmen von CDU und pro Köln. Enthaltungen? - Bei den Linken. Dann ist das mit Mehrheit so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 9.22:

9.22 Konjunkturpaket II, Festlegung der Maßnahmen der 1. Tranche 1441/2009

Meine Damen und Herren, das ist eine ganz wichtige Vorlage. Lassen Sie mich deshalb noch einige Sätze dazu sagen.

Sie wissen, dass heute die Festlegung der Maßnahmen der 1. Tranche im Rahmen des im Februar verabschiedeten Gesetzes zur Sicherung von Beschäftigung und Stabilität in Deutschland, kurz: Konjunkturpaket II, ansteht. Anfang April wurde das Gesetz zur Umsetzung des Zukunftsinvestitionsgesetzes vom Landtag Nordrhein-Westfalen beschlossen. Köln erhält, wie Sie wissen, über 100 Millionen Euro, davon

72,6 Millionen Euro für den Schwerpunkt Bildungsinfrastruktur und 27,8 Millionen Euro für den Schwerpunkt Infrastruktur.

Die Bezirksregierung hat der Stadt Köln Mitte April den Bewilligungsbescheid erteilt. Es gibt zwar noch einige Fragen, insbesondere zu den Förderbereichen, aber die Verwaltung kann jetzt dem Rat eine erste Maßnahmenliste zum Beschluss vorlegen. Da die Zeit drängt - die Maßnahmen müssen bis Ende 2010 begonnen werden; einige sollen bis dahin schon abgeschlossen sein -, sollten wir heute einen Beschluss fassen.

Die Fachdezernate der Verwaltung haben unter Berücksichtigung der Förderfähigkeit und der Prioritäten eine Vielzahl von Vorschlägen aus unterschiedlichen Bereichen erarbeitet. Da die Möglichkeit besteht, dass Art. 104 des Grundgesetzes geändert wird - das soll im Juni/Juli entschieden werden -, haben wir die Tranchen aufgeteilt. In der 1. Tranche sollen etwa 57 Prozent mit konkreten Maßnahmen belegt werden. Wichtig ist noch, zu erwähnen, dass uns von den freien Trägern, die nach den gesetzlichen Vorgaben angemessen zu berücksichtigen sind, ebenfalls bereits eine Vielzahl von Anträgen vorliegt, die derzeit von der Fachverwaltung geprüft werden. Dazu wird dem Rat noch vor den Sommerferien ein umfassendes Konzept vorgelegt.

Das Konjunkturprogramm wird somit jetzt auch in Köln ganz konkret. Die formalen Voraussetzungen, insbesondere im Vergabebereich, wurden seitens der Verwaltung geschaffen, sodass mit der praktischen Umsetzung jetzt auch begonnen werden kann. Es besteht die hohe Erwartungshaltung, dass mithilfe der Finanzhilfen des Konjunkturpakets II die derzeitige Wirtschaftskrise deutlich abgemildert werden kann. Die Stärkung des örtlichen Handwerks muss in diesem Zusammenhang unser besonderes Ziel sein.

Ich würde mich freuen, wenn wir in dieser schwierigen wirtschaftlichen Situation eine breite Basis über die Parteigrenzen hinweg für die Umsetzung der Maßnahmen aus dem Konjunkturprogramm II schaffen könnten. Ich bitte hier um Ihre möglichst einhellige Zustimmung.

Gibt es weitere Wortmeldungen? - Bitte schön, Herr Börschel.

Martin Börschel (SPD): Herr Oberbürgermeister! Ich möchte eine Anregung für die 2. Tranche schon jetzt geben. Sie haben richtigerweise in der Verwaltungsvorlage unter 2.2.2 das Maßnahmenpaket für den Stadtbezirk Porz zur Ablehnung empfohlen. Dieser Empfehlung ist der Rat auch gefolgt. Nichtsdestotrotz sollte man im Hinblick auf die Grundgesetzänderung zumindest prüfen, ob einzelne Elemente aufnahmefähig in die 2. Tranche sind. Falls nicht, dann nicht. Falls doch, sollte man es zumindest berücksichtigen und nicht aberkennen. - Vielen Dank.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Das werde wir gerne mitberücksichtigen. Danke. - Abgestimmt werden soll wie Finanzausschuss. Gibt es Gegenstimmen? - Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 9.23:

**9.23 Abfederung finanzieller Härten für Träger von Kindertageseinrichtungen durch die Gesetzesänderung auf KiBiz zum 01.08.2008
5695/2008**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch keine. Dann haben wir das einstimmig beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 9.24:

**9.24 Finanzierung der Wohnraumberatung wohnmobil
1695/2009**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Auch nicht. Enthaltungen? - Auch nicht. Einstimmig.

Zu Tagesordnungspunkt 9.25:

**9.25 Finanzierung und Absicherung des Gastspiels „Der Ring des Nibelungen“ der Kölner Oper anlässlich der EXPO 2010 in Shanghai
1707/2009**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Herr Börschel, bitte.

Martin Börschel (SPD): Ich möchte zu dieser Vorlage gerne einen Änderungsantrag stellen, und zwar, bezogen auf den Beschlusstext, die

Summenangabe zu streichen. Dort steht: 1,379 Millionen Euro. Ich möchte bitten, diese zu ersetzen durch eine neue Summe, die da lautet: 825 000 Euro. Das ist der Änderungsantrag, den ich noch ganz kurz erläutern möchte.

Wir möchten uns hier mit diesem Änderungsantrag auf die maximal notwendige Summe, die die Verwaltung selbst in ihrer Beschlussvorlage ausgerechnet hat, beschränken, die entsteht, wenn man die Aufwendungen für das Gastspiel „Der Ring des Nibelungen“ auf Einladung zur EXPO 2010 nach Shanghai aufaddiert. - Es könnten weitere Kosten entstehen durch das zusätzliche Gastspiel des „Don Giovanni“ in Peking.

Wir bitten allerdings, mit dieser Änderung sicherzustellen, dass zunächst die Deckungslücke, die bis zu 825 000 Euro für den „Ring des Nibelungen“ betragen könnte, auf null schließt. Es soll also das wahrgemacht werden, was sowohl Herr Laufenberg, Herr Stenz und Herr Quander noch einmal im Finanzausschuss dokumentiert haben: Die Lücke soll über Sponsorengelder, die in erfreulich großem Umfang avisiert sind, aber nachvollziehbarerweise noch nicht vertraglich gebunden werden konnten, geschlossen werden. Zu einer abschließenden Entscheidung über ein mögliches weiteres Gastspiel sollte man erst dann kommen, wenn die Verwaltung und die Operngeschäftsleitung ihren Worten hat Taten folgen lassen können, also die Deckungslücke auf null gebracht hat, sodass eine Inanspruchnahme der Betriebsmittelrücklage nicht erforderlich wird. Dann müsste und würde man weiterreden.

Diese Art von Anreizsystem möchten wir schon schaffen. Es ist uns einsichtig, dass auf der einen Seite der Imagegewinn durch das Gastspiel „Ring des Nibelungen“ in Shanghai anlässlich der EXPO 2010 überzeugend ist. Andererseits würde ein Imageverlust eintreten, wenn man jetzt, nachdem die Überlegungen und Vorbereitungen so weit gediehen sind, das Gastspiel noch absagte. Das möchten wir natürlich nicht. Wir verbinden damit nicht wie in der letzten Ratssitzung die Kritik, dass man so lange geplant hat, ohne den Rat und seine Ausschüsse einzubinden. Lange Rede, kurzer Sinn. Wenn das alles gelingt, wenn das Bemühen um Sponsoring Erfolg hat, dann soll es so sein. Dann sind wir auch bereit, über anderes zu reden. Aber diesen Anreiz möchten wir gerne dem beteiligten Team geben. Deswegen unser Änderungsantrag.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Herr Dr. Lemper.

Dr. Lothar Theodor Lemper (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Die CDU-Fraktion hat ihre Entscheidung mit der SPD abgestimmt. Herr Börschel hat das auch in unserem Sinne vorgetragen.

Ich möchte allerdings bei der Gelegenheit nicht unerwähnt lassen, dass wir festgestellt haben, dass sich zwischen der uns in der letzten Ratssitzung ohne Vorwarnung, ohne Absprachen hereingereichten Tischvorlage und der heutigen Vorlage und den damit verbundenen Überlegungen einige akzeptable Veränderungen ergeben haben, und zwar zugunsten dessen, was wir damals angemahnt hatten. Das ist das Erste.

Zum Zweiten. Das geht an die Adresse von Herrn Professor Quander, aber auch an Adressen derjenigen, die sich in der Wochenendausgabe der *FAZ*, wie ich finde, in sehr ungehöriger Weise in Bezug auf die Entscheidung des Rates geäußert haben.

(Martin Börschel [SPD]: Helfen Sie mir!
Ich kenne das nicht!)

- Zwischendurch muss man auch einmal den Feuilletonteil der *FAZ* lesen.

(Zuruf von Barbara Moritz [Bündnis
90/Die Grünen])

- Das ist für mich eine Pflichtlektüre; das ist richtig. Ich bin gerne bereit, auch andere mit den hinreichend gewonnenen Erkenntnissen auszustatten.

(Ralph Sterck [FDP]: Aber bitte nicht
heute Abend!)

- Welchen Erfolg das hätte, will ich jetzt gar nicht einschätzen. Ich lasse mich aber jetzt nicht ablenken.

Einlassungen, dass die Entscheidung des Rates ein Ausdruck von Dummheit sei, nur weil wir über die Frage der Finanzierung des Gastspiels der Oper in China nachdenken, finde ich unangemessen. Ich darf darauf hinweisen, dass es zur Sorgfaltspflicht des Rates gehört, sich immer bewusst zu sein, dass wir hier treuhänderisch tätig sind, dass wir es mit öffentlichen Geldern zu tun haben, also mit Geldern der Bürgerschaft und dass wir auch sorgfältig mit diesen Geldern umzugehen haben

(Beifall bei der CDU und der SPD sowie von Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

und dass allgemeine Proklamationen, wie wichtig das alles sei, kein Ersatz für eine gute Vorbereitung sind. Herr Quander, vielleicht ist es ganz gut, wenn diese Dinge künftig besser vorbereitet werden, als es bisher der Fall war.

Durch unsere Beschlussfassung wollen wir nicht nur Ihnen, sondern allen Beteiligten die Gelegenheit geben, Köln hervorragend auf der EXPO zu präsentieren. Gleichzeitig wollen wir den Beteiligten mit auf den Weg geben, dass eine solche nicht ganz unwichtige Entscheidung - es handelt sich um die Bereitstellung von Steuermitteln in nicht gerade unerheblicher Höhe - in Zukunft vernünftig abgesprochen sein muss, damit nicht wieder ein völlig überflüssiger Imageschaden im kulturellen Bereich eintritt und das Bild dieser Stadt in der Öffentlichkeit durch unangemessene Äußerungen, seien sie bewusst oder unbewusst getätigt, beschädigt wird. - Danke schön.

(Beifall bei Teilen der CDU
und der SPD)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Herr Dr. Lemper. - Ich darf den Kulturdezernenten fragen, ob er mit der jetzt durch den Änderungsantrag reduzierten Summe unsere Musiker nebst Instrumenten wenigstens bis nach Shanghai befördern lassen kann und ob es vielleicht auch noch für die Rückreise reicht.

(Heiterkeit - Martin Börschel [SPD]: Sie haben es erfasst, was wir erreichen wollen!)

- Ich durchschaue das.

Beigeordneter Prof. Georg Quander: Wenn die nicht zurückkommen können, würde das viel Geld sparen.

(Heiterkeit - Zuruf von Dr. Lothar
Theodor Lemper [CDU])

Nachdem sich im Verlaufe der Ratssitzung diese Lösung abzeichnete und kommuniziert wurde, habe ich mit Herrn Laufenberg telefoniert. Er wird versuchen, auf Basis dieses Beschlusses mit den Chinesen - das betrifft das Gastspiel in Shanghai - die Verträge so abzuschließen. Er glaubt, das sei darstellbar.

(Ralph Sterck [FDP]: Ist dann Peking gestorben?)

- Das Gastspiel in Peking ist auf dieser Basis erst einmal nicht möglich. Aber er versucht, die Option offen zu halten. - Wie gesagt, ihm sind eine Reihe von Sponsorenleistungen in Aussicht gestellt worden, immer unter der Maßgabe, dass das Ganze überhaupt stattfinden kann. Die Oper wird ihre Bemühungen selbstverständlich aktivieren. Das haben sowohl er im Betriebsausschuss als auch ich im Finanzausschuss zugesagt. Ich bin eigentlich guter Hoffnung, dass bis zu diesem Ereignis noch mehr Sponsorengelder zusammenkommen. Ich wünsche mir, dass am Ende beide Gastspiele möglich sein werden.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Das wünsche ich mir auch, gerade auch wegen unserer guten Verbindungen zu unserer Partnerstadt.

Der Betrag ist reduziert worden. Das ist, wie ich feststellen muss, zwischen den Fraktionen auch so abgesprochen. Der genaue Betrag

(Martin Börschel [SPD]: 825 000!)

ist 825 000 Euro. Wenn es keine weiteren Wortmeldungen gibt, lasse ich über diesen Antrag abstimmen.

(Ralph Sterck [FDP]: Über den Änderungsantrag!)

- Über den Änderungsantrag, natürlich. - Wer dafür ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD, die CDU, die Grünen, Herr Dr. Müser und pro Köln. Gegenstimmen? - Von der FDP. Enthaltungen? - Bei der Linken. Ich enthalte mich, auch, weil ich lieber die größere von mir vorgeschlagene Summe bereitgestellt gesehen hätte.

Jedenfalls sollen sich die Beteiligten noch einmal ordentlich anstrengen, wie auch zugesagt, und den Restbetrag aus möglichst hoher Akquise selbst darstellen. So ist es gewollt. Vielleicht lässt sich dann auch noch das Gastspiel in Peking realisieren, wie es sich der Kulturdezernent erhofft. Das würde mich sehr freuen.

(Ralph Sterck [FDP]: Herr Oberbürgermeister, Sie müssen noch die Gesamtvorlage abstimmen! Ich habe extra gefragt, ob Sie über den Änderungsantrag abstimmen! Da haben

Sie Ja gesagt! - Martin Börschel [SPD]: Aber die ist doch damit angenommen worden!)

- Diese Änderung bezieht sich ja nur auf diesen einen Punkt und nicht auf die gesamte Vorlage. Es ist nur der Betrag geändert worden.

(Ralph Sterck [FDP]: Herr Oberbürgermeister, erinnern Sie sich, dass Sie unter Punkt 2 schon etwas nicht haben abstimmen lassen und - -!)

- Herr Sterck, es ist hier ein Änderungsantrag ausschließlich bezüglich der Summe gestellt worden. Wir können aber gerne noch einmal die gesamte Vorlage mit dieser Änderung abstimmen lassen. Dabei wird dasselbe Stimmverhältnis herauskommen.

(Martin Börschel [SPD]: Denn die FDP möchte nur da dabei sein! Das ist doch klar! Das ist doch der einzige Grund! - Ralph Sterck [FDP]: Sie können natürlich Ihre Vorlage entsprechend ändern! Dann stimmen wir über etwas anderes ab!)

- Die Vorlage ist ja jetzt geändert. Das haben wir gerade mitbekommen.

(Ralph Sterck [FDP]: Jetzt ist sie geändert!)

Auf Wunsch der FDP stimmen wir noch einmal über die gesamte Vorlage in der geänderten Form ab. Wer dafür ist, bitte ich um das Handzeichen. - Natürlich sind fast alle dafür.

(Zurufe: Ah!)

Gibt es Gegenstimmen? - Die Linke ist dagegen. Enthaltungen? - Gibt es keine. Damit ist die Vorlage verabschiedet. Gute Reise und viel Erfolg!

Zu Tagesordnungspunkt 9.27:

9.27 Roncalliplatz
Durchführung der Veranstaltungen
„Kölner Domspiele“ vom 09.09.-
10.09.2009 und der Konzerte der Gruppe
BAP am 11.09. und optional am
12.09.2009 auf dem Roncalliplatz und
Zurverfügungstellung der
Veranstaltungsfläche inklusive Auf- und
Abbau vom 07.09.2009 bis zum
15.09.2009
1877/2009

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Zunächst Herr Frank, bitte.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Ich habe zu dieser heute vorgelegten Vorlage zur Durchführung der „Kölner Domspiele“ und dem Konzert der Gruppe BAP nur eine Frage, die sich auf den wirtschaftlichen Hintergrund bezieht. Das ist ja nicht das erste Konzert. Wir hatten bei früheren Konzerten des Öfteren Verwicklungen; das heißt, dass die Stadt in irgendeiner Art und Weise finanziell beteiligt war, Bürgschaften leisten musste und gar für Einnahmeausfälle gerade stehen musste. Meine Frage ist schlicht und einfach: Werden der Stadt Kosten daraus entstehen, oder nehmen wir hier nur die Sondernutzungsgebühr ein?

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Nein. Herr Frank, Ich hatte Ihnen schon heute Mittag gesagt, dass der Stadt weder Kosten für die „Domspiele“ noch für das BAP-Konzert entstehen. Vielleicht kann das der Stadtdirektor auch noch einmal bestätigen.

(Stadtdirektor Guido Kahlen: Es ist so!)

Er bestätigt: Es ist so. Es entstehen keine Kosten für die Stadt.

Gibt es weitere Fragen? - Bitte schön, Herr Repgen.

Dietmar Repgen (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich habe keine Frage, sondern wollte im Namen der FDP-Fraktion einige Anmerkungen zur Vorlage machen. Wir erleben hier eine weitere Episode aus der Reihe: Das Vergabekonzept und die Folgen. Das bestätigt uns als FDP wieder einmal darin, dass es seinerzeit richtig war, grundsätzlich gegen das Vergabekonzept zu stimmen.

Geradezu lehrbuchhaft lässt sich erkennen, dass das Vergabekonzept in der jetzigen Form einfach zu eng, zu statisch, zu dirigistisch und letztendlich auch willkürlich ist. Man muss sich nur einmal anschauen, welche Verrenkungen die Verwaltung machen musste, um ihre Vorlage irgendwie in dieses Konzept hineinzupressen. Das ist nicht gerade das, was man sich unter einem flexibel handhabbaren Vergabekonzept vorstellt, sondern eher das Gegenteil, nämlich ein Trauerspiel. Das ist die Korrektur der Korrektur.

Es gab schon mehrere Beispiele dafür, dass das Vergabekonzept in der jetzigen Form für die Stadt Köln als eine große Stadt, als Stadt der Events - mit diesem Etikett wird auch geworben -, nicht geeignet ist. Ich würde dringend empfehlen - das richtet sich vielleicht schon an die Mitglieder des nächsten Rates -, hierüber noch einmal eine grundsätzliche Diskussion zu eröffnen und zu überlegen, ob man das Vergabekonzept in seiner jetzigen Form nicht einfach abschafft und dafür etwas Neues macht; denn letztendlich bringt es uns nichts, wenn es zu schwierig ist, es anzuwenden.

Hier wird argumentiert, das sei eine einmalige, eine besondere Situation. Wir von der FDP-Fraktion sagen Ihnen voraus: Eine Vorlage dieser Art wird sich, wenn das Vergabekonzept in seiner jetzigen Form bestehen bleibt, noch mehrfach wiederholen. Wir werden uns immer wieder damit auseinandersetzen müssen und dabei an unsere Grenzen stoßen. Das ist einfach einer Stadt wie Köln nicht würdig. - Danke.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Dennoch hat es trotz des von Ihnen bemängelten Konzeptes eine sehr gute Lösung für diese schwierige Situation gegeben. Das möchte ich an der Stelle einmal ausdrücklich sagen. Es war nicht ganz einfach.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Es ist alles wunderbar!)

- In diesem Fall ist eine wirklich hervorragende Lösung gefunden worden. - Herr Schöppe.

Bernd M. Schöppe (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Werte Kolleginnen und Kollegen! Im Namen meiner Fraktion bitte ich um getrennte Abstimmung. Wir können uns natürlich die „Domspiele“ vor dem Dom sehr gut vorstellen. Dort gehören sie hin; das ist die passende Kulisse. BAP kann unseres Erachtens auch woanders spielen.

(Jörg Detjen [Die Linke.Köln]: Ey!)

- Tut mir furchtbar Leid, Herr Detjen. - Wir bitten um getrennte Abstimmung.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Okay. Inwieweit das praktisch überhaupt machbar

wäre, ist hier die Frage. Das würde schwierig, weil dafür dieselbe Bühne benutzt wird.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Das sind doch keine zwei Punkte! Das hängt doch miteinander zusammen! Das kann man gar nicht getrennt abstimmen! - Martin Börschel [SPD]: Der Änderungsantrag ist undurchführbar!)

Ich sage ja gerade: Sie benutzen dafür dieselbe Bühne. Insofern kann man dem Antrag auf getrennte Abstimmung eigentlich gar nicht nachgeben. Denn es ist eine Einheit in der Darstellung in dieser Vorlage. Darüber kann man nicht getrennt abstimmen.

Deshalb frage ich Sie nun: Wer gegen die Vorlage ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das ist pro Köln. Enthaltungen? - Gibt es keine. Dann ist das mit großer Mehrheit so beschlossen.

Durch Ihre Anfrage haben Sie ja zum Ausdruck gebracht, dass Ihnen eine der beiden Veranstaltungen an dieser Stelle nicht so zusagt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 11 auf:

11. Bauleitpläne - Anregungen / Satzungen

Zu Tagesordnungspunkt 11.1:

11.1 Satzungsbeschluss betreffend die vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. 6250/04 Arbeitstitel: 4. Änderung Gewerbe- und Medienpark in Köln-Ossendorf 0998/2009

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch nicht.

Zu Tagesordnungspunkt 11.2:

11.2 Satzungsbeschluss betreffend die vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. 7242/02 Arbeitstitel: Airport-Business-Park in Köln-Porz-Gremberghoven, 3. Änderung 1087/2009

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine.

Zu Tagesordnungspunkt 11.3:

11.3 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf Nr. 65509/03

Arbeitstitel: Pferdeschutzhof in Köln-Weidenpesch 4899/2008

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Einstimmig beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 14 auf:

14. Weitere bauleitplanungsrechtliche Sachen

Zu Tagesordnungspunkt 14.1:

14.1 Sanierung Ehrenfeld/Ost Aufhebung der Sanierungssatzungen Ehrenfeld/Ost , Abschnitte I und II 3945/2008

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch nicht. Einstimmig beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 14.2:

14.2 Regionale 2010: Neugestaltung des Ottoplatzes am Bahnhof Köln/Messe Deutz 5765/2008

Änderungs- bzw. Zusatzantrag der CDU-Fraktion AN/0825/2009

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Herr Möring, bitte.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Wir wollen wie Verwaltung Variante 3!)

- Ja.

Karsten Möring (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Angesichts der fortgeschrittenen Zeit und des fast völlig fehlenden Publikums nehmen Sie bitte die Rede, die ich jetzt hier halten werde, als eine völlig selbstlose Rede zur Kenntnis,

(Heiterkeit)

geschuldet der Tatsache, dass der Rat dabei ist, wenn ich die Signale richtig deute, einen Schildbürgerstreich par excellence vorzunehmen.

Es geht um eine Frage, die neben einem städtebaulichen Aspekt auch noch einen anderen Aspekt hat. Wir reden über die Gestaltung des Vorfelds eines Bahnhofs. Ein Bahnhof, auch Verkehrsknotenpunkt genannt,

(Martin Börschel [SPD]: Hat meistens vier Seiten!)

ist in erster Linie eine Verkehrsfläche, die eine Funktion erfüllt, nämlich Verkehr zu ermöglichen, in diesem Fall sowohl Bahnverkehr als auch Zubringerverkehr.

Die Verwaltung hat uns nach einem langen Prozess verschiedene Varianten vorgelegt. Wir haben eine ganze Reihe von Ortsterminen gehabt, um die Problematik vor Ort in Augenschein zu nehmen. Alle Beteiligten wissen, dass es sich dabei um eine schwierige Situation handelt. Aber es kann ja wohl nicht sinnvoll sein, zu einer Lösung zu kommen, die uns in der Front des Bahnhofs einerseits einen schön gestalteten Platz mit denkmalgeschützten Elementen beschert und andererseits diesen Bahnhof, immerhin der zweitwichtigste in Köln, mit nur acht Parkplätzen - das sind noch nicht einmal Parkplätze, sondern sogenannte Kiss & Ride-Plätze - für das Hinbringen, Aussteigen, Küssen oder auch nicht zu versehen.

(Karl Klipper [CDU]: Muss das ein Chaos sein!)

Mit *acht* Plätzen. Gleichzeitig wird argumentiert, dass die Anzahl von 13 Taxistandplätzen ein absolutes Minimum darstelle, um diesen Bahnhof zu erreichen. So kann man einen solchen Bahnhof nicht sinnvoll betreiben.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben im Vorfeld sowohl in der Diskussion im Verkehrsausschuss als auch im Stadtentwicklungsausschuss eine ganze Reihe von Argumenten ausgetauscht. Ich erinnere mich, dass von der SPD auch das Argument bezüglich des Vorfahrens kam. Es sollte keine Differenzierung geben, dass jemand, der mit dem Taxi kommt, Vorrang hat, weil er mehr Geld bezahlt als jemand, der selbst dorthin kommt. Von diesem Argument höre ich jetzt nichts mehr. Ich höre nur, dass die Variante, die acht Kiss & Ride-Plätze im Auenweg - das ist ein schöner Platz - vorsieht, befürwortet wird.

(Martin Börschel [SPD]: Hören wir doch, was die Verwaltung uns sagt und uns vorschlägt!)

- Sie hat uns mehrere Varianten vorgeschlagen, Herr Börschel.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Variante 3 hat die Verwaltung uns vorgeschlagen! Ganz eindeutig!)

- Ist ja gut, Leute. Wir sind ja frei in unserer Entscheidung.

Wir haben einen Änderungsantrag eingebracht und diesen bereits im Verkehrsausschuss diskutiert. Auf der Basis der Variante 3 sagen wir: Es schadet dem Ensemble nicht, aber es hilft in der Sache, wenn wir entlang der Opladener Straße Längsparkplätze einrichten. Das würde den Platz nicht beeinträchtigen, aber es könnten 16 oder 17 zusätzliche Parkplätze geschaffen werden. Gleichzeitig schlagen wir vor, diese Plätze in Kurzzeitparkplätze - ob für eine Viertelstunde oder für eine halbe Stunde wäre noch zu diskutieren - umzuwandeln.

Der Sinn der Übung ist ganz einfach: Wer seine Eltern oder andere zum Bahnhof bringt oder dort abholt und nicht die Möglichkeit hat, das per ÖPNV zu machen, oder nicht das Geld für eine Taxifahrt hat, soll in die Lage versetzt werden, dort anzuhalten, auszuladen, jemanden auf den Bahnsteig zu begleiten oder von dort abzuholen und dann wieder abzufahren. Ende der Botschaft. Das geht nicht mit nur acht Parkplätzen.

(Beifall bei der CDU)

Die Verwaltung hat in ihrer Stellungnahme zu unserem Änderungsantrag eine Reihe von Argumenten gebracht. Ich muss gestehen: Über einige habe ich doch etwas geschmunzelt. Da wird unter anderem gesagt, dass der Stellplatz, der sich in der Nähe der Ampelanlage zum Auenweg befindet, nur unter Verkehrsgefährdung eine Wiedereinfädung in die Siegburger Straße ermöglicht. Ich frage Sie: Wie viele der etwa 20 Autos, die dort pro Tag stehen, fahren denn in die Siegburger Straße?

Gleichzeitig hat uns die Verwaltung vorgerechnet, welche Park- oder Haltemöglichkeiten im größeren Umfeld des Bahnhofs, also auch in den südlich angrenzenden Nebenstraßen, noch bestehen. Ich frage Sie: Ist die Verkehrsgefährdung durch Fußgänger, die mit Koffern dort entlanggehen, nicht größer als durch den einen oder anderen Fahrer, der sich mit seinem Fahrzeug in den Verkehr der Opladener Straße einfädelt?

(Martin Börschel [SPD]:
Verkehrsfährdung durch
Kofferträger? Jetzt wird es albern!)

- Nehmen Sie das nicht so lustig. Wenn Sie einen Beschluss fassen, der tatsächlich nur ganze acht Parkmöglichkeiten am Bahnhof schafft, werden wir ja sehen, was das für Konsequenzen haben wird.

Uns geht es darum, mehr Kurzzeitparkplätze in einer dann immer noch nicht ausreichenden Anzahl zu schaffen, um damit die Möglichkeiten vor Ort und die Attraktivität des Bahnhofs zu verbessern. In Kürze werden dort fünf ICE-Fernzüge und jede Menge Regionalzüge halten. Es wird dort eine hohe Frequenz erreicht werden; zumindest soll die erreicht werden. Das, was hier zur Diskussion steht, wird genau das massiv behindern. Das wollen wir nicht.

Wir wollen, dass diese Fläche nicht nur stadtgestalterisch in Ordnung ist, sondern auch als Fläche für den Verkehr genutzt werden kann. Diese Kombination ist nach unserer Auffassung möglich. Es ist unter Umständen auch möglich, darauf zu verzichten, eine Möglichkeit zu haben, vorzufahren. Aber jetzt frage ich Sie: Wie wollen Sie 13 Stellplätze für Taxis in der Variante 3 unterbringen, wenn die Rampe freigehalten werden soll? Das war doch eine Intention. Ich erinnere mich an die Anfrage von Frau Bürgermeister, die ich im Protokoll des Stadtentwicklungsausschusses gelesen habe. Da klang es so, als könnten wir auf eine Linie kommen. Davon hat sich die SPD bedauerlicherweise verabschiedet. Ich will hier nicht spekulieren, warum. Das kann sich jeder selbst überlegen und beantworten.

Die Begründung für die Ablehnung unseres Änderungsantrages, den wir hier vorlegen, ist absolut nicht stichhaltig. Die Konsequenzen eines solchen Beschlusses wären fatal. Deshalb bitte ich Sie sehr nachdrücklich, noch einmal zu überlegen, ob Sie unserem Änderungsantrag nicht doch besser zustimmen, zum Wohle der Verkehrseinrichtung Bahnhof Deutz/Messe.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Frau Kirchmeyer.

Christtraut Kirchmeyer (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir als FDP sind sicherlich

nicht dafür bekannt, autofeindlich oder nicht für Parkmöglichkeiten zu sein. Uns eilt da ein gewisser Ruf voraus.

Kollege Möring hat hier ausgeführt, dass es dort neben den acht Kiss & Ride-Plätzen keine weiteren Parkplätze geben werde. Wie Sie jedoch den Unterlagen der heutigen Sitzung entnehmen können, die Ihnen als Tischvorlage vorgelegen haben, sind im Umfeld einige Parkplätze vorhanden, die genutzt werden können. Es ist sicherlich zumutbar, angesichts des begrenzten Platzes, der dort besteht und der noch dazu von viel Verkehr umflossen wird - das steht ja außer jeder Frage -, an einem Kiss & Ride-Platz anzuhalten, die Fahrgäste oder seine Bekannten aussteigen zu lassen, sich auf der anderen Seite einen Parkplatz zu suchen und dann die Fahrgäste oder seine Freunde auf dem Bahnhof zu verabschieden. Dafür muss man vielleicht fünf Minuten früher kommen, aber ich halte das über diese Kiss & Ride-Parkplätze durchaus für machbar. Deshalb können wir dem Änderungsantrag der CDU auch nicht komplett zustimmen.

Es hat uns natürlich sehr gefreut, dass sich die Verwaltung aufgrund unseres Antrags, den wir in der Dezember-Sitzung im Verkehrsausschuss gestellt haben, Gedanken gemacht hat und ebenfalls zu dem Schluss gekommen ist, die Variante 3 neu zu entwerfen und sie dann in der Form, wie sie jetzt auch von der Verwaltung vorgeschlagen wird, den Gremien als Beschlussvorlage vorzulegen.

Wir haben in der letzten Verkehrsausschusssitzung beantragt, die Taxiplätze von der südlichen auf die nördliche Straßenseite zu verlegen, um den Fahrgästen einen ungehinderten Zugang zu den Taxis vom Gehweg aus zu ermöglichen. Die CDU war so freundlich, das in ihren Änderungsantrag als Punkt 3 aufzunehmen. Eigentlich können wir für uns selber sprechen; der Aspekt war ja auch im Protokoll der Sitzung enthalten. Die Verwaltung sah darin auch keine Schwierigkeiten, sodass es eines dritten Punktes eigentlich nicht bedurft hätte. Nun ist er eben aufgeführt - okay.

Da unserer Fraktion die anderen beiden Punkte in diesem Zusammenhang nicht so gut gefallen und die Kurzzeitparkplätze am Auenweg bereits in unserem Antrag enthalten waren, bitten wir Sie, Herr Oberbürgermeister, über die drei Punkte getrennt abstimmen zu lassen. Wir würden dann die Punkte 1 und 2 ablehnen und nur dem Punkt 3 zustimmen. Ich bitte auch die

anderen Fraktionen um entsprechende Zustimmung. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Frau Kirchmeyer. - Herr Kron, bitte.

Peter Kron (SPD): Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will zwei Punkte erwähnen und mich dabei kurz fassen.

Punkt 1. Ich gebe zu, es ist selten, dass wir dem, was die FDP vorträgt, inhaltlich voll zustimmen können. In diesem Fall ist das aber so. Was den Änderungsantrag der CDU betrifft, so will ich dazu sagen, dass es müßig wäre, wenn ich all das, was Frau Kirchmeyer eben dazu ausgeführt hat, jetzt noch einmal wiederholen würde.

Punkt 2. Wir haben das Thema erstmals 2007 diskutiert. Wir haben im Verkehrsausschuss ebenso wie die BV mehrere Beschlüsse dazu gefasst; wir hatten einen Ortstermin; es gab dazu zwei, drei Mitteilungen. Wir haben auch Beschlüsse gefasst, die Herrn Streitberger nicht gefallen haben. Legitimer Widerstand war also vorhanden.

Die SPD-Fraktion wird der vorgeschlagenen Variante 3 zustimmen und, wie Frau Kirchmeyer bereits ausgeführt hat, auch dem Punkt 3 des CDU-Änderungsantrags folgen. Wie gesagt, inhaltlich schließen wir uns an das an, was Frau Kirchmeyer gesagt hat. - Es ist jetzt noch einmal zur Diskussion gekommen, weil durch die Regionale 2010, durch die neue Vorlage der StEA mitbetroffen war. Deshalb waren neue Diskussionen nötig. Nach fast zwei Jahre langen Diskussionen kommt nun Variante 3 plus Punkt 3 des CDU-Antrags. Herr Streitberger, Glückwunsch!

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Herr Kron. - Herr Klipper.

Karl Klipper (CDU): Herr Oberbürgermeister! Ich möchte eine Frage an den Wirtschaftsdezernenten stellen.

Am Bahnhof Deutz werden in Zukunft fünf ICE-Linien halten. Aus jedem ICE - das sind lange Züge - werden über 400 Leute in Köln aussteigen. Wir sind stolz darauf, dass wir in einer Stunde von Köln nach Frankfurt kommen

können. Das geht aber nicht, wenn es im Umfeld des Bahnhofs nur acht Kiss & Ride-Parkplätze gibt. Die meisten Leute werden nicht die KVB benutzen, um dorthin zu fahren, sondern sie werden überwiegend mit ihrem Auto dorthin fahren oder mit Firmenwagen oder Taxis gefahren werden. Wie sehen Sie die Entwicklung - ich wundere mich, dass von Ihrer Seite kein Einspruch kommt -, wenn es dort nur acht Kiss & Ride-Parkplätze geben sollte? Damit wird der Verkehr dort nicht bewältigt werden können.

Ich halte das für einen enormen Nachteil. Der Vorteil, dass man von dort aus nur eine Stunde bis zum Flughafen braucht, wird damit wieder aufgehoben; denn sehr viele Leute werden viel mehr Zeit benötigen, um überhaupt den Bahnhof zu erreichen. Ich halte das für einen erheblichen Nachteil.

(Martin Börschel [SPD]: Sie müssen den Kulturdezernenten fragen! Das ist der Niedergang der Kulturstadt Köln!)

- Herr Börschel, betrachten Sie das einfach einmal als einen komplexen Bereich. Denn der ganze Bereich um den Bahnhof herum muss ertüchtigt werden. Ich sage Ihnen schon jetzt voraus, dass die 70 000 Leute, die von RTL kommen, einen noch größeren Druck auf die Parkplätze erzeugen werden. Sie werden sehen, dass sie keine Chance haben werden, dort vorzufahren. Ich erwarte vom Wirtschaftsdezernenten eine Stellungnahme dazu.

(Zurufe von der SPD)

- Herr Zimmermann und Herr Börschel können ruhig dazwischenquatschen. - Ich hätte gerne von Ihnen eine Antwort auf meine Frage, wie Sie den Deutzer Bahnhof beziehungsweise das gesamte Deutzer Umfeld unter wirtschaftspolitischen Aspekten sehen.

Beigeordneter Dr. Norbert Walter-Borjans: Zunächst einmal haben wir dieses Thema im Rahmen der guten Zusammenarbeit zwischen dem Verkehrsdezernenten und dem Wirtschaftsdezernenten in unserem Jour fixe immer wieder besprochen. Das ist der erste Punkt.

Der zweite Punkt. Sie haben absolut recht: Auch ich halte die Lage des Deutzer Bahnhofs für ein absolut wichtiges Standortargument. Ich kann nur sagen: Von denjenigen, die entweder den

Bahnhof schon jetzt nutzen oder die ihn in Zukunft nutzen werden, ist dieses Thema noch nie an uns herangetragen worden. Dieses Thema haben wir im Vorfeld diskutiert, weil wir wissen, dass sowohl bei dem, was jetzt entsteht, sprich: RTL, als auch bei dem, was künftig im Bereich der Messe-City entstehen wird, natürlich auch die Frage des dafür notwendigen Parkraums eine Rolle spielen wird. Ich kann nur sagen, dass ich absolut offen bin, mit denjenigen, die diesen Bahnhof nutzen und die dort einen Engpass sehen, zu reden. Bislang ist das jenseits der politischen Diskussion hier nicht thematisiert worden. - Ich schaue mal eben herüber zum Kollegen Bernd Streitberger. - Bislang war das kein Thema, das von unseren Kunden als Engpass definiert worden ist.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Herr Möring.

Karsten Möring (CDU): Darf ich eine Frage ergänzen, Herr Oberbürgermeister? - An diesem Bahnhof gibt es eine Reihe von Parkplätzen, die wegfallen werden, wenn mit der Bebauung für LANXESS und der Umgestaltung des Vorfelds begonnen wird. Nach meiner Kenntnis sind diese Parkplätze gut ausgelastet, oft voll besetzt. Allein aus dieser Tatsache stellt sich die Frage, wo sich diese Parkplätze in Zukunft befinden sollen. Das sind ja Parkplätze mit Parkuhren und keine Dauerparkplätze.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Das war aber mehr eine rhetorische Frage, oder? - Herr Streitberger wird darauf antworten.

Beigeordneter Bernd Streitberger: Herr Möring, dort gibt es gegenwärtig 40 Parkplätze; das ist bekannt. Diese Parkplätze sind überplant, und zwar rechtskräftig mittels eines Bebauungsplans für das Gebäude, was für LANXESS vorgesehen ist. Das heißt, diese Parkplätze fallen ersatzlos weg; das ist schade. Es kann auch unter dem Gebäude keine Tiefgarage errichtet werden, weil dort die Stadtbahn fährt. Es besteht aber die Möglichkeit, bei diesem neu zu errichtenden Gebäude auf der Strecke Opladener Straße in Richtung Stadthaus/Kölnarena ein Parkhaus zu errichten - das würden wir uns aus städtebaulichen Gründen auch wünschen -, nämlich zwischen den Bahnanlagen und der Straße. Dort können noch ungefähr 200 Stellplätze geschaffen

werden. Im Nahbereich bis 200 Meter gibt es rund 2 500 Stellplätze. Am Ort selbst gibt es eindeutig zu wenige Stellplätze, allerdings gibt es im Nahbereich nicht zu wenige Stellplätze.

(Martin Börschel [SPD]: Das hört Herr Möring heute zum ersten Mal - es ist nicht zu fassen! - Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Das wussten Sie ja alles gar nicht!)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist jetzt alles geklärt, vor allem erschöpfend.

(Heiterkeit)

Wir werden zunächst über den CDU-Änderungsantrag abstimmen. Ich schlage vor, weil Punkt 3 noch die Chance hat, Zustimmung zu finden, zunächst einmal über die Punkte 1 und 2 des Änderungsantrages abzustimmen. Wer dafür ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die CDU-Fraktion und pro Köln. Enthaltungen? - Gibt es bei Herrn Dr. Müser und bei mir. Ich finde den Vorschlag diskutabel, aber er hat keine Mehrheit bekommen.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Herr Oberbürgermeister, warum sind Sie heute so enthaltsam?)

- Ja, das ist eine ganz vernünftige Überlegung. Ich habe auch noch einmal über das Thema nachgedacht.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist schon mehrfach vorgekommen heute!)

- Enthalten heißt ja nicht, enthaltsam zu sein. Das ist etwas anderes.

Jetzt kommen wir zur Abstimmung über Variante 3, wie sie in der Vorlage der Verwaltung vorgeschlagen wird, ergänzt um den dritten Spiegelstrich des CDU-Änderungsantrags. Dafür wird es sicherlich eine große Mehrheit geben.

(Zurufe: Ja!)

Wer dafür ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind alle außer der CDU und pro Köln. Gibt es Gegenstimmen? - Bei CDU und pro Köln. Gut. Dann machen wir es so.

Zu Tagesordnungspunkt 14.3:

14.3 Beschluss über die Offenlage des Bebauungsplan-Entwurfes (vorhabenbezogener Bebauungsplan) Nr. 69450/09
Arbeitstitel: „Musical Theater Köln“ in Köln-Kalk
0767/2009

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Abstimmung wie StEA, Anlage 7. Gegenstimmen? - Gegen die Linke. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das mit großer Mehrheit so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 14.4:

14.4 Rechtsrheinisches Entwicklungskonzept - Teilraum Nord
5365/2007

Abstimmung wie StEA, Anlage 11. Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Bei Enthaltung von pro Köln ist es einstimmig so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 14.5:

14.5 Städtebaulicher Masterplan für die Kölner Innenstadt
5681/2008

Empfohlen wird, wie StEA, Anlage 11, abzustimmen. Gibt es dazu Wortmeldungen? - Herr Detjen.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Er muss doch sagen, dass das ein ganz kapitalistischer Plan ist!)

Jörg Detjen (Die Linke.Köln): Genau. Frau Moritz, hat das schon gelernt. Ich habe das im Stadtentwicklungsausschuss schon mehrfach gesagt.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Der Masterplan ist schon bezahlt, Herr Detjen.

Jörg Detjen (Die Linke.Köln): Wir halten den Masterplan für ein interessantes Objekt, stimmen zwar nicht jedem einzelnen Punkt zu, finden ihn aber im Prinzip vernünftig. Wir lehnen aber die Lenkungsgruppe, über die wir jetzt abstimmen werden, ab. Wir sind nicht der Meinung, dass in dieser Lenkungsgruppe auch ein Vertreter des Vereins „Unternehmer für die Region Köln e. V.“

sitzen muss. Irgendwann muss Schluss sein. Jetzt wäre der richtige Zeitpunkt, einen Schnitt zu machen -

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Die winken mit dem Kapital.

Jörg Detjen (Die Linke.Köln): - und die Sache vonseiten der Stadt und der verschiedenen Gruppen in die Hand zu nehmen.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Bezahlt haben sie das ja; das habe ich gesagt. Ich bin da anderer Meinung. - Ich lasse über die Vorlage in der vorliegenden Form abstimmen. Wer stimmt gegen die Vorlage? - Das ist, wie angekündigt, die Linke. Enthaltungen? - Gibt es bei pro Köln. Dann ist das mit großer Mehrheit so beschlossen. Ich bin froh, dass wir jetzt endlich einen Einstieg bekommen.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Und dass es losgeht!)

- Genau. Wir hatten versprochen, noch vor der Kommunalwahl damit zu beginnen.

Zu Tagesordnungspunkt 14.6:

14.6 Sanierung Kalk Aufhebung der Sanierungssatzung Kalk
5768/2008

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch nicht. Dann ist das einstimmig.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 15 auf:

15. KAG-Satzungen
Erschließungsbeitragssatzungen

Zu Tagesordnungspunkt 15.1:

15.1 Satzung über die abweichende Herstellung der Erschließungsanlage Scheuermühlenstraße von Wendekreis Höhe Scheuermühlenstr. 2 bis Wendekreis Höhe Scheuermühlenstr. 63 in Köln-Wahnheide
0688/2009

Gibt es Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch keine.

Zu Tagesordnungspunkt 15.2:

15.2 204. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Abs. 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen 1205/2009

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Gegen die Stimmen von pro Köln. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es mit großer Mehrheit so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 16 auf:

16. Wahlen

Zu Tagesordnungspunkt 16.1:

16.1 Neuwahl von Mitgliedern des Beirates bei der Unteren Landschaftsbehörde durch vorzeitiges Ausscheiden gemäß § 2 der Verordnung zur Durchführung des Landschaftsgesetzes NW (DVO-LG) 0913/2009

Wie Anlage 2 und mit meiner Stimme kann hier gewählt werden. - Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Bei den Liberalen. Es ist einstimmig bei Enthaltung der FDP.

Zu Tagesordnungspunkt 16.2:

16.2 Berufung einer/eines Vertreterin/Vertreters der Bezirksschülervertretung als ständiges Mitglied mit beratender Stimme in den Ausschuss für Schule und Weiterbildung in der Eigenschaft einer sachkundigen Einwohnerin/eines sachkundigen Einwohners 1305/2009

Hier wird ohne meine Stimme abgestimmt. - Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine.

Zu Tagesordnungspunkt 16.3:

16.3 Änderung der personellen Zusammensetzung der Gesundheitskonferenz 1457/2009

Diese Wahl findet mit der Stimme des Oberbürgermeisters statt. - Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch keine. Also ist es einstimmig beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 16.4:

16.4 Wahl einer stellvertretenden sachkundigen Einwohnerin für den Ausschuss für Soziales und Senioren 1811/2009

Hier wird wieder ohne Beteiligung des Oberbürgermeisters abgestimmt. - Gibt es Wortmeldungen? - Ich sehe, das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch keine. Damit einstimmig ohne die Stimme des Oberbürgermeisters.

Zu Tagesordnungspunkt 16.5:

16.5 GEW Köln AG hier: Vorschlag für die Wahl eines Mitgliedes in den Aufsichtsrat 1886/2009

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch keine. Mit der Stimme des Oberbürgermeisters einstimmig.

Zu Tagesordnungspunkt 16.6:

16.6 Flughafen Köln/Bonn GmbH (FKB) hier: Vorschlag zur Wahl eines Aufsichtsratsmitgliedes 1891/2009

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Gegen die CDU und pro Köln. Enthaltungen? - Gibt es keine. Dann ist es mit Mehrheit und mit der Stimme des Oberbürgermeisters so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 16.8:

16.8 Fleischversorgung Köln GmbH - Besetzung des Aufsichtsrates 1893/2009

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Gegen die Stimmen von pro Köln. Enthaltungen? - Gibt es nicht. Dann ist es mit der Stimme des Oberbürgermeisters und großer Mehrheit so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 16.7:

16.7 Kölner Gesellschaft für Arbeit und Beschäftigungsförderung mbH 1892/2009

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Gegenstimmen bei pro Köln. Enthaltungen? - Gibt es keine. Dann ist

das mit der Stimme des Oberbürgermeisters und großer Mehrheit so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 17 auf:

**17. Genehmigung von
Dringlichkeitsentscheidungen gemäß §
60 Abs, 1 Satz 3 GO NRW**

Zu Tagesordnungspunkt 17.1:

**17.1 Lebensmittelüberwachung /
Stellenbedarf für
Lebensmittelkontrolleure
1046/2009**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch nicht. Einstimmig beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 17.2:

**17.2 Sonderkreditprogramm Severinstraße
1411/2009**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch keine. Einstimmig beschlossen.

Meine Damen und Herren, wir sind damit am Ende der öffentlichen Sitzung.

(Schluss: 21:44 Uhr)